

FOKUS: IM BUNDESHAUS **WIE POLITIK IN  
DER SCHWEIZ FUNKTIONIERT**  
Ein Lehrstück in Demokratie s.8

**Im Gespräch**  
Die russische Autorin  
Linor Goralik erklärt  
Kindern den Krieg. s.46

**Im Osten was Neues**  
Chinas Machthaber  
fördern ein Symbol der  
Freiheit: das Segeln. s.50

NR. 363

NZZ

SEPTEMBER 2023

# FOLIO





ROLEX AND NATIONAL GEOGRAPHIC  
PERPETUAL PLANET AMAZON EXPEDITION



DAWA YANGZUM SHERPA,  
INTERNATIONALE  
BERGFÜHRERIN



FRANCESCO SAURO,  
FORSCHER UND ENTDECKER



CRISTIAN DONOSO,  
FORSCHER UND ENTDECKER



GHISLAIN BARDOUT,  
FORSCHER UND ENTDECKER



## WAS TREIBT SIE AN?

**Forscher, Abenteurer, Wissenschaftler.** Frauen und Männer, die immer wieder Horizonte erweitert und ihre Erkenntnisse mit der Menschheit geteilt haben. Rolex war an ihrer Seite, als sie zum tiefsten Punkt der Ozeane, zu den höchsten Gipfeln der Erde, zu den undurchdringlichsten Regenwäldern und den Polen vorstießen. Was bewegt sie dazu, sich immer wieder hinauszuwagen – jetzt, da wir genauer denn je wissen, dass unsere Welt Grenzen hat? Sicherlich nicht Prestige, Anerkennung oder flüchtige Rekorde. Vielmehr wollen sie verstehen, wie komplex und verletzlich unser Planet ist. Sie wollen seine Veränderungen dokumentieren und herausfinden, wie wir ihn gemeinsam besser machen können. Deshalb stehen wir ihnen zur Seite, solange sie uns brauchen. Denn heute geht es weniger darum, neues Terrain zu entdecken, sondern vielmehr darum, die Wunder der Erde mit neuen Augen zu betrachten, den Sinn für das Staunen neu zu entfachen und aktiv für den Schutz unseres blauen Punkts im Universum einzutreten ... **Darum, unser Bestes zu tun, um den Planeten dauerhaft zu erhalten.**

*#Perpetual*



OYSTER PERPETUAL  
SUBMARINER DATE



**EDITORIAL** — Eine Gruppe von NZZ-Journalistinnen und -Journalisten machte im Februar dieses Jahres einen gemeinsamen Ausflug: Kollegen der Bundeshausredaktion, des Ressorts Visuals und von Folio trafen sich in Bern. Wir hatten uns für eine Führung im Bundeshaus verabredet. Wir wollten alle Räume sehen, vom Keller bis zur Kuppel, wir wollten wissen, was wo passiert. Manche in unserer Gruppe bestaunten zum ersten Mal die Wandelhalle, den National- oder den Ständeratssaal. Andere bewegen sich täglich im Bundeshaus und gingen nun doch durch Türen, die sich ihnen noch nie geöffnet hatten.

Im Oktober 2023 sind eidgenössische Wahlen. Nie zuvor wollten sich so viele Menschen ins Parlament wählen lassen. Aber was erwartet sie dort? Auf welche Weise nehmen Nationalräte und Ständerätinnen Einfluss auf das Geschehen im Land und auf unser Leben? Und wie funktioniert eigentlich ein politisches Geschäft – von der ersten Idee bis zur letzten Konsequenz?

Um das zu verstehen, suchten wir ein Beispiel und wählten schliesslich die Zweitwohnungsinitiative. Das Anliegen des Umweltschützers Franz Weber versetzte die Berggebiete vor elf Jahren in Aufruhr. Wir reisten deshalb nicht nur nach Bern, sondern auch ins Bündnerland, ins Wallis und ins Tessin. Wir sprachen mit Befürwortern und Gegnern des Volksbegehrens, mit Politikerinnen, Beamten, Bundesrichtern und mit Altbundesrätin Doris Leuthard. Es war eine erhellende Reise hinter die Kulissen der Bundespolitik, die zeigt: Was manchmal abstrakt und trocken wirken mag, hat grossen Einfluss auf unseren Alltag.

Gerne lade ich Sie bei dieser Gelegenheit zu einem Gespräch mit Doris Leuthard und dem Politologen Adrian Vatter ein. Meine Kollegin Lea Haller, Redaktionsleiterin des Magazins «NZZ Geschichte», und ich diskutieren mit den beiden am 13. November 2023 im Zürcher «Kaufleuten» über Erfolgsmomente und Krisen des schweizerischen Regierungssystems. Mehr Informationen und die Möglichkeit, Tickets zu kaufen, finden Sie online.

*Aline Wanner*

- ◀ Cover: *Tom Huber* – Auch die Bilder im Schwerpunkt stammen vom Zürcher Fotografen; es sind Fotomontagen.

«Karussell der Macht»  
Der QR-Code führt direkt zu den Informationen über die Veranstaltung am 13. November 2023 im Zürcher «Kaufleuten».



## IMPRESSUM

### Redaktion

Aline Wanner (Leitung),  
Reto U. Schneider (Stv.),  
Flurin Clalüna, Barbara Klingbacher

### Gestaltung

Patrick Savolainen (Art Direction),  
Lea Truffer (Bildredaktion),  
Danijel Bejlan, Cian Jochem,  
Roland Shaw (NZZ Visuals),  
Eleni Bolovinos (Layout),  
Urs Remund (Korrektorat)

### Autoren

Fabian Schäfer, Alexander Estis,  
Matthias Sander, Sabine von Fischer,  
Simon Tanner, Gudrun Sachse, Ingrid Feigl, Jörg Boner, Emile Stricker,  
Sven Michaelsen

### Adresse Redaktion und Verlag

NZZ Folio, Falkenstrasse 11  
Postfach, CH-8021 Zürich  
Tel. +41 44 258 11 11  
E-Mails an die Redaktion:  
vorname.nachname@nzz.ch  
folio.nzz.ch

### Chefredaktor

Eric Gujer

### Creative Direction

Rahel Arnold

### Anzeigenverkauf

NZZone  
Neue Zürcher Zeitung AG  
Falkenstrasse 11  
Postfach, CH-8021 Zürich  
Telefon +41 44 258 16 98  
Fax +41 44 258 13 70  
inserate@nzz.chnzzzone.ch  
Westschweiz:  
Anne-Sandrine Backes,  
Tel. +41 21 318 46 63  
Verbreitete Auflage: 65 734 Ex.  
(Wemf 2023)

### Leserservice

Tel. +41 44 258 10 00  
Fax +41 44 258 18 39  
leserservice@nzz.ch  
nzz.ch/leserservice

### Jahresabonnements (inkl. MWSt)

NZZ Folio wird der Inlandauflage der «Neuen Zürcher Zeitung» beigelegt. Den Auslandabonnenten der NZZ wird es separat zugestellt.  
NZZ Folio (inkl. digitale Ausgabe):  
72 Fr. (Schweiz)  
72 € (Ausland)  
NZZ Folio erscheint seit 1991.

### Einzelheftbestellung

(inkl. MWSt)  
13.10 Fr. (Schweiz und Ausland)

### Bestellen:

folio.nzz.ch/heftbestellung

### Litho und Druck

CH Media,  
Swissprinters AG

### Das Unternehmen NZZ

Felix Graf (CEO)

© Verlag NZZ Folio,  
2023 (ISSN 1420-5262).  
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (besonders ihre Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten.



## TERTIANUM

# Neue Erfahrungen in exklusiver Gesellschaft

Ein Ort der glücklichen Momente, Entspannung und Erholung: In einer unserer erlesenen Tertianum Residenzen entdecken Sie Ihren Alltag neu. Mit unseren gehobenen Standards und erstklassigen Service-Leistungen erfüllen wir Ihre grössten Ansprüche und kleinsten Wünsche.

### Gönnen Sie sich eine Auszeit und lernen Sie uns kennen

- + Pro Woche ab CHF 960.– für eine Person oder ab CHF 1350.– für zwei Personen
- + Vollpension mit ausgezeichneter Küche
- + Überraschungsgeschenk im Zimmer
- + Teilnahme an allen kulturellen und gesellschaftlichen Anlässen und Ausflügen
- + 24-Stunden-Notrufbereitschaftsdienst

Das Angebot gilt von Anfang September bis Ende Dezember 2023.

Bei Vertragsabschluss  
zwischen September und  
Dezember 2023 wird die  
**gesamte Organisation Ihres  
Umzugs** von Tertianum  
durchgeführt. Darüber hinaus  
**schenken wir Ihnen einen  
ganzen Wohnmonat.**



**tertianum-special.ch**

Oder informieren Sie sich per Telefon:  
043 817 75 75 (08.00 – 17.00 Uhr)

## 8 Vom Volk ins Bundeshaus

Im Herbst wird das Parlament gewählt. Was passiert dort genau? Und wie wirken sich politische Entschiede auf das Leben aus? Wir verfolgen, wie eine Idee zum Volksbegehren wird und später zum Gesetz. Der Weg der Zweitwohnungsinitiative führt aus einem Büro auf die Strasse, in Kommissionssitzungen, Ratssäle und Hinterzimmer. Wir treffen listige Politiker, Umweltschützer, verzweifelte Unternehmer und Menschen in Wohnungsnot.

Von FLURIN CLALÜNA,  
BARBARA KLINGBACHER,  
FABIAN SCHÄFER,  
RETO U. SCHNEIDER,  
ALINE WANNER;  
Visualisierungen DANIJEL BELJAN, CIAN JOCHEM,  
ROLAND SHAW;  
Bilder TOM HUBER



8 Die Umweltaktivistin Vera Weber war bei der Zweitwohnungsinitiative von Anfang an dabei und hat dafür einen Preis bezahlt. Tom Huber



8 Zuspitzen und übertreiben ist erlaubt: Mit diesem Plakat kämpften die Befürworter für ihre Initiative. Helvetia Nostra



55 Wieso mag man in Zürich keine Hochhäuser? Luca Schenardi



43 Ein Gemälde als Antwort auf ein Gedicht: Ausschnitt aus Stefan Guggisbergs «Ohne Titel (Bach)». Galerie Eigen + Art

---

43 VOM WORT ZUM BILD

### Kraft verschleissen

---

46 IM GESPRÄCH

«Sie sind die hilflosesten Menschen»  
Die russische Autorin *Linor Goralik*  
über Kinder im Krieg und den eigenen  
Schmerz.

---

50 MONDE MINIATURE

### Im Osten was Neues

Die chinesische Regierung fördert  
eine Sportart, die als Inbegriff von  
Freiheit gilt: Segeln.

---

55 ESSAY

### Spitzen und Stümpfe zwischen den Hügeln

*Sabine von Fischer* erklärt, warum wir  
höher bauen sollten.

---

57 DER META-FLANEUR

### Katzen tanzen über den Laufsteg

---

58 WER WOHN'T DA?

### Weniger ist mehr

---

61 DAS EXPERIMENT

### 6 Menschen, 200 Mücken

---

62 HALBWEGS DURCHS JAHR

### Die Reklamation

---

63 WILLKOMMEN AUF DIESER WELT

### Adisbel Fady, Bolivien

---

64 MEINE BÜCHER

### Moderatorin Gülsha Adilji

---

64 MONATSBESCHWERDE

### Reiseblogs

---

65 26 FRAGEN ÜBER HUMOR UND WITZ

### Was fällt Ihnen leichter: Lachen oder Weinen?

---

66 FOLIO FOLIES

### Gerhard Glück

---

A hand holding a pen over a document, with the Swiss Parliament building in the background. The document has some text visible, including 'Untersc', 'nachfolgend unter', 'tonsverfassung v', 'te, die folgende', 'Auf diesem Unters', 'tonalen Angelegen', 'auf andere Weise', 'Nr. Name, Vom', '6', '7', 'Die U', 'stim', 'statu', 'Arg', 'Or', 'Ur'.

# VOM VOLK INS BUNDESHAUS

Nie wollten sich so viele Menschen ins Schweizer Parlament wählen lassen wie in diesem Herbst. Aber was erwartet sie dort? Ein Lehrstück in Politik am Beispiel einer Volksinitiative.

Von *Flurin Claiina, Barbara Klingbacher, Fabian Schäfer, Reto U. Schneider, Aline Wanner*;  
Visualisierungen *Danijel Beljan, Cian Jochem, Roland Shaw*;  
Bilder *Tom Huber*



# Schriftenbogen für Initiative

Unterzeichnenden Stimmberechtigten des Kantons Bern reichen gestützt auf Artikel 58 der Bernischen Verfassung vom 6. Juni 1993 und Artikel 140 ff. des kantonalen Gesetzes vom 5. Juni 2012 über die politischen Rechte die Initiative in Form der einfachen Anregung/des ausgearbeiteten Entwurfs (Unzutreffendes streichen)

Dieser Schriftenbogen dürfen nur Personen unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnhaft sind und stimmberechtigt sind. Wer mit einem anderen Namen als seinem eigentlichen Namen unterschreibt, ist nicht stimmberechtigt. Das Ergebnis der Unterschriftensammlung wird nach Artikel 58 der Bernischen Verfassung geprüft.

Geburtsdatum (TT MM JJ) (Leer lassen)  
Unterschrift (möglichst in eigener Hand)

Die Initiative wird durch das Initiativkomitee eingeholt. Bitte beachten Sie, dass die oben Unterzeichnenden in Kantonsparlamenten nicht stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte nicht ausüben können.

Ort und Datum.  
Unterschrift



# 1. Die Geburt einer Initiative

Eines Nachts hat ein Mann eine Idee. Sie wird die Schweizer Politik und das Leben vieler Menschen umpflügen. Doch vorher gibt es viel zu tun. Ein Kapitel über das Ringen um 38 Worte, Glück und Elend beim Unterschriftensammeln und das mächtigste Recht des Volkes.

## Sommer 2004: Ein Stück Land

Acht Jahre bevor sich alles ändert, kauft Vincenzo Pedrazzini in Campo ein Stück Land. Knapp 100 000 Franken kosten die 2000 Quadratmeter im Seitental Rovana im Tessiner Maggiatal. Der Jurist, Unternehmer und spätere Vizepräsident der FDP hat keine Zweifel, dass darauf dereinst Ferienhäuser zu stehen kommen. Doch bald schon wird 120 Kilometer westlich am Genfersee eine Entwicklung in Gang gesetzt, die seinen Plan zunichte machen wird.

Pedrazzini verfolgt mit dem Kauf auch ein ideelles Ziel. Die Gemeinde ist vom Aussterben bedroht. Einst wohnten hier über 1000 Menschen, jetzt sind es 56. Wenn Campo überlebt, dann nicht mit Einwohnern, sondern mit Bewohnern auf Zeit. So sieht das Pedrazzini. Auf einem anderen Grundstück lässt er für seine Familie ein Chalet bauen.

Obwohl Pedrazzini in der Deutschschweiz aufgewachsen ist und im Kanton Schwyz lebt, fühlt sich Campo für ihn wie Heimat an. Als Bub hat er viel Zeit hier verbracht, so wie das nun seine Kinder tun. Schon seine Vorfahren gestalteten das Dorf. Das Handelsgeschlecht Pedrazzini baute im 18. Jahrhundert die Palazzi, die das Ortsbild heute noch prägen. Jetzt möchte er die Häuser mitgestalten, die auf dem Land am sanft geneigten Hang stehen werden.

Dabei rechnet er nicht mit einem exzentrischen 77-jährigen, der in Kanada Robbenbabys gerettet hat und in Australien Wildpferde. Und vor allem rechnet er nicht mit den Überraschungen, welche die Schweizer Demokratie bereithält, wenn das Volk seine Stimmzettel in die Urne legt.

## Frühsummer 2005: Die Idee

Woran Franz Weber nächtelang arbeitet, verrät er weder seiner Frau noch sei-

ner Tochter. Er schliesst sich in seinem Haus in Montreux mit einem Stapel Briefen im Arbeitszimmer ein. In den Zuschriften wird er gebeten, etwas gegen die Zubetonierung des Landes zu unternehmen.

In den meisten Demokratien der Welt hätte Franz Weber nicht mehr tun können, als einen Politiker zu wählen, der sich für Landschaftsschutz einsetzt, oder selbst in die Politik zu gehen. In repräsentativen Demokratien wie den USA, Grossbritannien oder Deutschland stimmt das Volk nicht über Sachfragen ab, sondern wählt alle paar Jahre seine Repräsentanten. Diese Parlamentarier kümmern sich um die konkreten Anliegen. In der Schweiz hingegen funktioniert vieles direktdemokratisch. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen oft Vorlagen aus dem Parlament an der Urne billigen. Und wenn das Volk findet, das Parlament ignoriere eine wichtige Frage, gibt es ein Mittel, mit dem es eine Abstimmung erzwingen kann: die Volksinitiative.

Als Franz Weber das Zimmer eines Morgens verlässt, sagt er zu seiner Tochter Vera: «Ich habe eine Idee. Kannst du auf deinem Computer einen Initiativbogen gestalten?» Vera Weber setzt sich hin und beginnt zu tippen. Sie ahnt nicht, wie sehr diese Initiative ihr Leben und das Land verändern wird.

## 5. Juni 2005: Der erste Hilfeschrei

Franz Weber ist nicht der Einzige, der sich im Sommer 2005 Sorgen um die Landschaft macht. Im Oberengadin sind 70 Prozent der Stimmbevölkerung für eine Initiative, die den Bau neuer Ferienwohnungen auf 100 pro Jahr beschränkt. Es ist das erste Mal, dass Franz Weber denkt: Was er vorhat, könnte tatsächlich gelingen. Eine grosse Lösung für das ganze Land.

## März 2006: «Hirnwütige Projekte»

Aus den ersten Entwürfen sind zwei Initiativtexte geworden, gespeichert im Computer von Vera Weber. Einer trägt den Titel «Gegen den masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen». Der andere heisst «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen». Beide zusammen nennt Weber die «Tandeminitiative». Er ist zuversichtlich, dass er diesmal an der Urne eine Mehrheit findet. Vera Weber aber glaubt nicht daran: «Für mich war klar, dass wir verlieren», sagt sie heute, 17 Jahre später.

Ihr Pessimismus ist begründet. Franz Weber kämpft seit Mitte der 1960er Jahre für den Natur- und Tiererschutz. 1975 hatte er die Umweltstiftung «Fondation Franz Weber» gegründet, wenig später die Tochterorganisation «Helvetia Nostra». Ihr Ziel: In der ganzen Schweiz Beschwerden gegen Bauprojekte einzulegen und Volksinitiativen zu lancieren. Im Ausland engagierte sich Weber erfolgreich mit Brigitte Bardot gegen die Robbenjagd in Kanada und verhinderte den Bau einer Aluminiumfabrik im antiken Delphi. Doch in der Schweiz ist ihm mit einer Volksinitiative noch nie ein Durchbruch gelungen. Von jenen, die er bisher eingereicht hat, wurde keine einzige angenommen. Weder jene zur Abschaffung von Tierversuchen noch jene für mehr Mitsprache beim Strassenbau. Damit ist er in guter Gesellschaft: Von den bis 2023 lancierten 523 Volksinitiativen schafften es 228 bis zur Abstimmung. Nur 25 wurden angenommen.

Bereits in der Bundesverfassung von 1848 steht, dass 50 000 Stimmbürger eine Totalrevision der Verfassung fordern können. Abstimmungen zu einzelnen Themen liessen sich damit aber nicht erzwingen. Dazu musste die Initia-

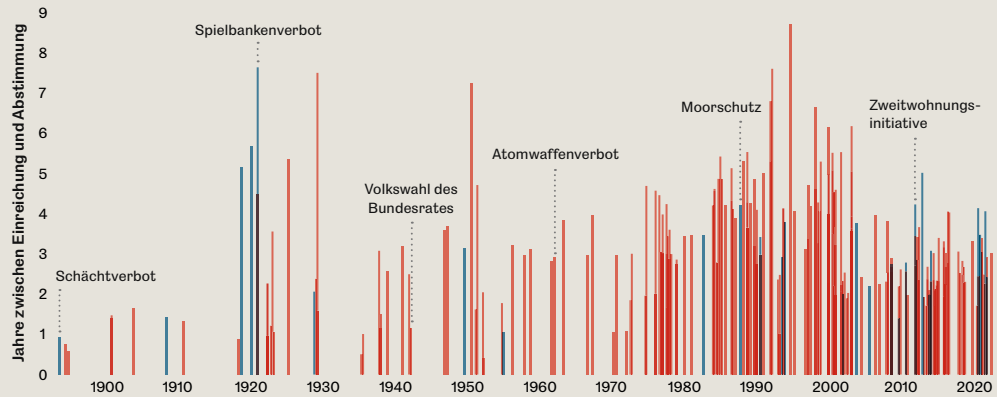


«Ich habe ein Liebesverhältnis zur Natur»: Franz Weber, der Vater der Zweitwohnungsinitiative, an seinem 80. Geburtstag im Jahr 2007.

## Volksinitiativen nehmen zu

Seit 1891 wurden 523 Volksinitiativen lanciert, 228 kamen zur Abstimmung, 25 wurden angenommen. In den letzten 30 Jahren kam es zu einer Häufung. Interessant ist, wie unterschiedlich lange es dauerte, bis eine Initiative fürs Volk kam.

- Angenommen
- Abgelehnt



tive zur «Teilrevision der Verfassung» eingeführt werden.

Es ist ein Recht, das den Bürgern mehr Macht verleiht und jene der Regierenden mindert. Aber die eigene Macht zu beschneiden ist selten im Sinn der Mächtigen. Deshalb dauerte es lange, bis der Bund die Volksrechte ausbaute. Die damals mächtigen Liberalen bremsen, während konservative und linke Kräfte das Ansinnen vorantrieben – auch weil sie hofften, so ihren politischen Einfluss zu stärken.

Erst 1891, nachdem viele Kantone die Volksinitiative bereits eingeführt hatten, zog der Bund widerwillig nach. Auch die liberale NZZ war skeptisch: Das neue Recht werde «für längere Zeit Aufregung und Unruhe bringen» und «hirnwütige Projekte» begünstigen, schrieb sie.

Jedes Anliegen, das 50 000 Unterstützer fand, musste von nun an fürs Volk. Das verhindert, dass Themen totgeschwiegen werden, an die sich die offizielle Politik nicht heranwagt. Allerdings stören Volksbegehren die Politiker beim Regieren und bringen die Machtverhältnisse durcheinander. Zudem atmet die Initiative den Geist der absoluten Volksherrschaft. Wenn es der Mehrheit gefällt, kann sie sich über Minderheiten, Grundrechte oder den Föderalismus hinwegsetzen.

Das zeigte sich bereits 1893 bei der allerersten Initiative: Sie verlangte ein Verbot des Schlachtens ohne Betäubung («Schächtverbot») und wurde mit 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die antisemitischen Motive waren offensichtlich, da das Verbot die jüdische Minderheit betraf.

Rechtlich wäre sogar eine Initiative zur Abschaffung der Demokratie gültig. Verboten sind nur Verfassungsartikel, die dem zwingenden Völkerrecht widersprechen, also etwa Völkermord

oder Folter möglich machen. Das war in den vergangenen 132 Jahren nur bei zwei Initiativen der Fall. Die 2010 eingereichte Initiative für die Todesstrafe bei Mord mit sexuellem Missbrauch wurde zurückgezogen, bevor das Parlament ihre Gültigkeit beurteilen konnte.

Franz Webers Initiativen sind in dieser Hinsicht unbedenklich. Er will sie lancieren, weil er die Schweiz wahnsinnig gern habe. «Ich habe ein Liebesverhältnis zur Natur», hat er einmal gesagt, wenn die Natur zerstört werde, sei das, als «schände man meine Geliebte».

### 9. Mai 2006: Die Ankündigung

Es ist ein Dienstagmorgen, an dem Franz Weber in Bern vor die Presse tritt, um die Tandeminitiative «Rettet den Schweizer Boden» anzukündigen. Wie immer wählt er deutliche Worte. «Wir müssen nicht weniger als die Schweiz retten», sagt er. Der weiteren Verödung und Zerstörung der «einst schönen Schweiz» müsse ein Riegel geschoben werden. Die eine Initiative richtet sich gegen Industriebauten, Einkaufszentren, Parkplätze oder Sportstadien, die nur noch gebaut werden dürften, wenn gesamtschweizerisch ein dringendes Bedürfnis danach bestehe. Drei Jahre später wird Weber sie als chancenlos beurteilen und zurückziehen.

Doch für das zweite Volksbegehren stehen die Erfolgsaussichten besser. «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» verlangt, dass künftig nur noch 20 Prozent der Wohnbaufläche einer Gemeinde für Zweitwohnungen genutzt werden dürfen. Eine Quote, die viele Bergdörfer schon überschreiten. Warum gerade 20 Prozent? Wer damals auf diese Quote gekommen ist, weiss Vera Weber bis heute nicht.

Dass Helvetia Nostra zwei Initiativen vorstellt, hat mit einer weiteren Be-

dingung zu tun, die die Bundesverfassung an einen Initiativtext stellt: Er darf die «Einheit der Materie» nicht verletzen: Auch wenn zwei Anliegen verwandt sind, müssen sie dem Volk einzeln vorgelegt werden. Denn an der Urne darf niemand gezwungen werden, mehrere unabhängige Fragen gleichzeitig mit einem einzigen Ja oder Nein zu beantworten. Deshalb hat das Parlament zum Beispiel 1995 die Initiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» für ungültig erklärt. Aber natürlich lancieren Initianten verwandte Begehren in der Regel gleichzeitig. Das erleichtert das Sammeln: Wer das eine Anliegen unterstützt, unterschreibt meist auch beim andern.

Franz Weber gibt sich an der Pressekonferenz optimistisch, schliesslich würden Hunderttausende von Schweizerinnen und Schweizern um die letzten unverbauten Quadratmeter kostbaren Heimatbodens bangen: «Das Volk ist unser Verbündeter.»

Der SVP-Nationalrat Adrian Amstutz ist am Tag der Ankündigung für eine Sondersession des Parlaments in Bern. Als er von der Zweitwohnungsinitiative hört, denkt er: Dieses Mal könnte der Weber tatsächlich gewinnen. Als Berner Oberländer und Mitinhaber eines Architektur- und Bauleitungsbüros hat er ein Gespür für das Thema. Aber er ahnt nicht, welche ungewöhnliche Rolle er spielen und wie viele Leute er vor den Kopf stossen wird.

### 1. Juni 2006: 38 neue Worte

Das Initiativkomitee reicht bei der Bundeskanzlei die Muster der Unterschriftenbögen für die beiden Initiativen zur Vorprüfung ein. Bei der Zweitwohnungsinitiative besteht der neue Text des Artikels 75 b der Bundesverfassung aus zwei Sätzen:



# GRAND RESORT BAD RAGAZ



Start your  
health  
journey!

# IT'S A NEW LIFE.

Das Grand Resort steht für wahre Transformation. Für mehr Leichtigkeit, mehr Genuss, mehr Gesundheit. In einer aussergewöhnlichen Umgebung aus Lifestyle, Luxus, Spitzenkulinarik und medizinischer Expertise. Geniessen Sie dieses einzigartige Erlebnis.



[resortragaz.ch/newlife](https://resortragaz.ch/newlife)

«1. Der Anteil von Zweitwohnungen am Gesamtbestand der Wohneinheiten und der für Wohnzwecke genutzten Bruttogeschossfläche einer Gemeinde ist auf höchstens zwanzig Prozent beschränkt.»

«2. Das Gesetz verpflichtet die Gemeinden, ihren Erstwohnungsanteilsplan und den detaillierten Stand seines Vollzugs alljährlich zu veröffentlichen.»

Diese 38 Worte sind übriggeblieben, nachdem der Text mehrmals zwischen Initiativkomitee und Bundeskanzlei hin- und hergeschickt wurde.

Die Bundeskanzlei gab schon den ersten Entwurf zur Übersetzung ins Französische und Italienische, weil dabei oft erste Fragen auftauchen: Was ist gemeint? Wie wird es verstanden? Zuweilen fehlt für einen Begriff eine sogenannte Legaldefinition, was heisst, dass seine Bedeutung interpretierbar ist, etwa vor Gericht. Dieses Problem besteht auch bei der Zweitwohnungsinitiative, wie sich viel später zeigen wird: Es gibt keine Legaldefinition für «Wohnung».

### 6. Juni 2006: Es gibt kein Zurück

Die Bundeskanzlei verkündet, dass die Volksinitiative «Schluss mit uferlosem

Rösti, Vorsteher des Departments für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation und als solcher zuständig für das Schweizer Fernsehen, sitzt immer noch im Komitee der «200 Franken sind

genug»-Initiative, deren Ziel es ist, die Gebühren an die SRG drastisch zu senken. Auch wenn das Initiativkomitee Rösti von der Website gelöscht hat: er ist dem Komitee vor seiner Wahl zum Bundesrat beigetreten und kann nicht austreten.

### 20. Juni 2006: Die erste Unterschrift

Die Webers starten an einem Dienstag mit der Unterschriftensammlung, so wie das bei jedem Volksbegehren der Fall ist. Dieser Termin stammt aus der Zeit, als das gedruckte Bundesblatt, in dem die Vorprüfung der Initiativen publiziert werden musste, jeweils an einem Dienstag erschien. Damit alle

ten schon bis zum nächsten Frühling beisammenhaben, prophezeit Franz Weber einem Journalisten der «Berner Zeitung», das Ziel seien 120 000 pro Initiative. Die Erfahrung zeigt, dass ein

## Initiativen stören die Politiker beim Regieren und bringen die Machtverhältnisse durcheinander.

Teil der Unterschriften ungültig sein wird, weil die Leute Bögen falsch ausfüllen, mehrmals unterzeichnen – oder weil sie gar nicht stimmberechtigt sind.

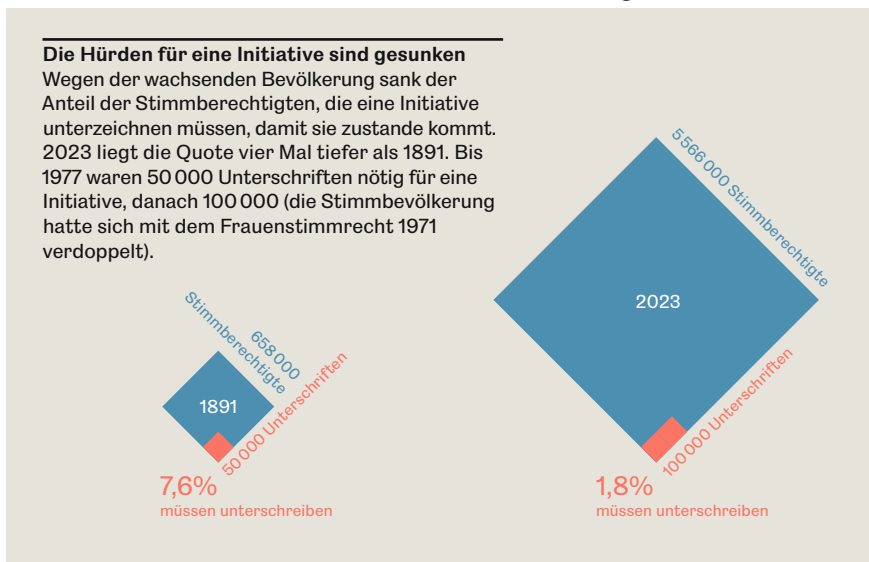
Rein rechnerisch bekommt man heute die Unterschriften viel einfacher zusammen als 1891. Als damals mit dem Schächtverbot das erste Volksbegehren lanciert wurde, mussten die Initianten 50 000 Unterschriften sammeln. Es lebten aber bloss 2 Millionen Menschen in der Schweiz, wovon 658 000 stimmberechtigte Männer. Das bedeutete: 7,6 Prozent von ihnen mussten das Anliegen unterstützen – einer von dreizehn. Weil die Bevölkerung wuchs, die Mindestanzahl von 50 000 Unterschriften aber unangetastet blieb, sank die Quote. Als sich 1971 mit der Annahme des Frauenstimmrechts die Zahl der Stimmberechtigten auf einen Schlag verdoppelte, reichte es, wenn jeder Siebenundsiebzigste unterschrieb oder eben neu jede Siebenundsiebzigste – sechsmal weniger als 1892.

Gegen den Willen der Linksparteien wurde die Hürde 1977 mit einer Volksabstimmung auf 100 000 Unterschriften erhöht. Die Linke empfand das als Abbau der Demokratie. Das hatte wohl auch damit zu tun, dass damals die meisten Initiativen von links kamen. Durch das Bevölkerungswachstum liegt die Quote heute bei 1,8 Prozent – immer noch vier Mal tiefer als 1892.

Hin und wieder flammt die Diskussion auf, ob man die «Initiativenflut» eindämmen müsste, indem die Grenze auf 150 000 oder 250 000 Unterschriften erhöht wird. Oder ob man gar einen Automatismus einführen und die Unterschriftenhürde auf 3 bis 5 Prozent der Stimmberechtigten festsetzen sollte.

### 2006/2007: Sammelzeit

Vera Weber weiss nicht mehr, wann sie die Initiative unterschrieben hat. Was sie noch weiss: Sie fand das Unterschrif-



Bau von Zweitwohnungen!» die formelle Vorprüfung bestanden hat. Ihr Titel sei nicht irreführend, enthalte keine Werbung und führe zu keinen Verwechslungen. Ab jetzt kann kein Buchstabe der 38 Worte mehr verändert werden. Auch ein Austritt aus dem siebenköpfigen Initiativkomitee ist nicht mehr möglich, denn dieses Komitee muss später über einen möglichen Rückzug der Initiative entscheiden.

Diese Regel führte jüngst zu einer kuriosen Situation: SVP-Bundesrat Albert

Initiativen exakt die gleichen Bedingungen haben, hat man den Tag beibehalten, obwohl das Bundesblatt längst online ist. Von diesem Moment an bleiben 18 Monate Zeit, um 100 000 Unterschriften zu sammeln und einzureichen.

Die ersten beiden Unterschriften stammen von Franz Weber und seiner Frau Judith. Sie haben das Dorfzentrum von Grindelwald mit einem Zweitwohnungsanteil von weit über zwanzig Prozent als Startpunkt der Sammlung ausgewählt. Man werde die Unterschrif-



Neuzza Yacussa, 18 Jahre, Mosambik

# NEUZA BRAUCHT KEIN MITLEID. SONDERN EINE SOLIDE AUSBILDUNG.



FAIRE CHANCEN WELTWEIT.



HELVETAS



«Die Sache ist grösser als mein Ego»: Vera Weber, Leiterin der Abstimmungskampagne und Tochter von Franz Weber.



tensammeln furchtbar. «Ich bin wahnsinnig schüchtern, es ist sehr schwierig für mich, auf Leute zuzugehen. Lieber putze ich Klos, als dass ich Unterschriften sammle.» Trotzdem steht sie tagelang auf den Strassen von Lausanne, Basel und Zürich.

Die Voraussetzungen sind gut. In der Kartei der Fondation Franz Weber sind die Adressen von 230000 Mitgliedern und Gönnern verzeichnet, die wohl ein Herz für die Anliegen der Initiativen haben. Ausserdem lässt man Equipen von Studentinnen und Studenten ausschwärmen, um Unterschriften zu sammeln. Viele tun das aus Überzeugung, aber natürlich, sagt Weber in einem Interview, müsse man manche auch bezahlen. Als der Journalist vom «Bund» nachfragt, ob er dabei an 5 Franken pro Unterschrift denke, wehrt Weber ab: «Nein, nein, was stellen Sie sich vor. Das wäre Wahnsinn!»

Weber geht erstaunlich offen mit dem Thema um. Die meisten Initianten geben ungern zu, dass sie kommerzielle Sammler einsetzen. Verboten ist das nicht, aber es erweckt den Anschein, man könne sich eine Initiative kaufen. Strafbar macht sich, «wer einem Stimmberechtigten ein Geschenk oder einen andern Vorteil anbietet, verspricht, gibt oder zukommen lässt, damit er in einem bestimmten Sinne stimme», wie es im Artikel 281 des Strafgesetzbuchs heisst. Darauf stehen bis zu drei Jahre Gefängnis. Die gleiche Strafe riskieren Stimmberechtigte, die sich für ihre Unterschrift bestechen lassen.

Ist es ein Ausverkauf der Demokratie, wenn Unterschriftensammler bezahlt werden? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Bundesrat schon in den 1930er Jahren. Damals entlohnten die Gewerkschaften Arbeitslose fürs Sammeln. Der Bundesrat urteilte 1935, das habe die «bedauerlichsten Folgen».

In den Anfangszeiten der Volksbegehren hatte noch niemand aktiv Unterschriften gesammelt; die Bögen lagen einfach in Gasthöfen oder Geschäften auf. Später sprachen Sammler zwar gezielt Stimmbürger an, aber sie taten das aus «Liebe zur Sache», wie der Bundesrat schrieb. Nun aber bringe der versprochene Gewinn die «bezahlten Agenten» dazu, sich Unterschriften in Wirtshäusern, auf offener Strasse oder in Wohnungen zu erbetteln. Manche würden sogar Namen von Briefkästen oder aus Adressbüchern abschreiben. Die Lösung sah der Bundesrat allerdings

nicht in einem Verbot des Sammelns gegen Geld. Er schlug vor, die Regeln grundlegend zu ändern.

Zukünftig sollte der Stimmbürger seine Unterschrift nur noch auf der Gemeindekanzlei seines Wohnorts abgeben dürfen, die dafür mindestens zwei Stunden in der Woche geöffnet sein müsse. Natürlich wäre es dadurch ungleich schwieriger geworden, Unterschriften von den meist berufstätigen Stimmbürgern zu sammeln. Und das war Absicht. Der Bundesrat wollte mit den neuen Regeln auch gleich die «Überproduktion von Volksbegehren» eindämmen. Das Parlament lehnte das allerdings ab.

Heute gibt es mehrere Anbieter, die bezahlte Sammler losschicken. Der Preis pro Unterschrift kann inzwischen deutlich höher liegen als die 5 Franken, die Franz Weber noch als «Wahnsinn» bezeichnet hatte. Die Initianten des Volksbegehrens «Blackout stoppen», mit dem das Verbot von Atomkraftwerken gekippt werden soll, bezahlten Ende 2022 mehr als 75 000 Franken für 10 000 Unterschriften, wie die «Rundschau» und der «Tages-Anzeiger» enthüllten: 7 Franken 50 pro Stück.

#### 14. Juli 2007: Zürcher im Engadin

Der Zürcher Opernsänger Christian Jott Jenny organisiert seit ein paar Jahren Konzerte im Engadin. An diesem Abend tritt der Jazzmusiker George Gruntz im berühmten Dracula Club in St. Moritz auf die Bühne.

Jenny übernachtet bei Rolf Sachs, der nicht nur den Dracula Club besitzt, sondern auch das alte Olympiastadion, das er zu einer Art Wohngemeinschaft für Künstler ausgebaut hat.

Jenny lebt in Berlin, aber vom Engadin ist er schon seit langem begeistert. Von nun an verbringt er jeden Sommer in St. Moritz und organisiert das «Festival da Jazz». Dass Vera Weber gerade Unterschriften für ein Anliegen sammelt, dessen Folgen ihn noch lange beschäftigen werden, davon weiss Christian Jott Jenny nichts.

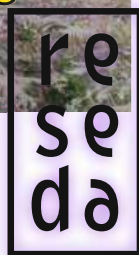
Er wird es mit allen grossen Fragen der Demokratie zu tun bekommen: Wie wird aus einem Volksentscheid ein Gesetz? Wie wirkt sich dieses Gesetz auf die einzelnen Gemeinden aus? Und was geschieht, wenn eine Minderheit im Land unter dem Willen der Mehrheit leidet?

ANZEIGE



[Vermöbelte Bäume  
im Wald]

Massivholzmöbel nach Mass,  
ohne Zwischenhandel,  
aus Winterthur. Showroom  
in Winterthur, Zürich Lochergut  
und Zürich am Hauptbahnhof  
reseda.ch



# 2. Im Vorhof der Politik

Die Initiative landet im Bundeshaus. Noch unterschätzen die Politiker ihre Sprengkraft. Ein Kapitel über geheime Archive, einen ahnungslosen Holzbauer und den Preis der Demokratie.

## 18. Dezember 2007: Fünf Stufen ins Bundeshaus

Die Holztür, die am Ende des Bundeshauses West auf die Bundesterrasse führt, besteht aus zwei schlichten Eichenflügeln mit Glaseinsatz. Doch auf ihre Weise ist diese unauffällige Tür bedeutender als das offizielle Portal auf der anderen Seite des Hauses. Seit Jahren wird sie nur aus einem einzigen Anlass geöffnet: wenn mindestens hunderttausend Stimmbürger die Verfassung ändern wollen.

Zwei Tage vor dem offiziellen Ablauf der Sammelfrist am 20. Dezember 2007 werden auch die Unterschriftenbögen der beiden Initiativen von Helvetia Nostra über die fünf Stufen ins Bundeshaus getragen. Viele Initiativkomitees nutzen den Moment der Einreichung, um die Medien auf ihre Sache aufmerksam zu machen. Meistens werden die in Kisten nach Kantonen verpackten Unterschriftenbögen zu einer Mauer aufgetürmt und dann von einer Menschenkette in Richtung Eingang geschafft.

Einige Initianten versuchten aber auch, auf besondere Weise Aufsehen zu erregen: Bei der Postinitiative 2002 war ein Kamel dabei («Damit die Schweiz keine postalische Wüste wird»). Bei der Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen kippte 2013 ein Lastwagen acht Millionen Fünfrappenstücke auf dem Bundesplatz aus – für jeden Schweizer eines.

Doch über den Erfolg einer Initiative entscheidet nicht das Spektakel bei der Übergabe der Unterschriften. Sowohl die Postinitiative als auch das Grundeinkommen wurden abgelehnt.

Helvetia Nostra macht an diesem Tag kein Aufheben. In Bildarchiven findet sich nicht einmal ein Foto davon, wie Vera Weber und ihre Mitstreiter die

Kisten übergeben. Wie üblich werden diese unter den Augen der Bundespolizei in fünf Blechschränken hinter der Tür verstaut. Dann erhalten die Initianten eine Quittung. Das war's.

Ab jetzt tickt die Uhr des Rechtsstaats. Nach der Einreichung hat der Bundesrat ein Jahr Zeit, um zu einer Initiative Stellung zu nehmen und sie an das Parlament weiterzuleiten. Auch sonst definiert das Gesetz heute klare Fristen – aus gutem Grund. Es gab Zeiten, da hat der Bundesrat Volksinitiativen jahrelang liegenlassen. Das war zwar illegal, aber das Parlament unternahm nichts dagegen. Diese Phase begann um 1930, als der Bundesrat angesichts des heraufziehenden Krieges zunehmend autoritär regierte. Die Praxis, unerwünschte Initiativen zu ignorieren, ging als «Schubladisierung» in die Geschichte ein.

Die am längsten nicht behandelte Initiative wurde nach 43 Jahren Pendenz 1978 abgeschrieben – das heisst in der Geschäftsdatenbank des Parlaments als erledigt markiert. Sie trug den Titel «Für die Wahrung der Pressefreiheit» und war 1935 von der SP eingereicht worden.

## 19. Dezember 2007: Hat es gereicht?

Am Tag nach der Einreichung bringt ein von der Bundespolizei begleiteter Transport die Kisten unauffällig zu einem Gebäude in der Nähe des Bundeshauses. Den Standort enthüllt die Bundeskanzlei nicht. Es wäre eine Katastrophe, wenn den Unterschriftenbögen etwas zustiesse. In den folgenden Tagen werden die Unterschriften dort ausgezählt. Gültig sind nur solche, die von der Wohngemeinde beglaubigt worden sind.

Das Initiativkomitee musste die Bögen schon in der Sammelphase an die jeweiligen Gemeinden schicken, die

überprüften, ob hinter den Unterschriften tatsächlich existierende Stimmberechtigte stecken. Im Durchschnitt wird jeder Bogen von drei Leuten unterschrieben. Normalerweise kommen so bei einer Initiative zwischen 30 000 und 40 000 Bögen zusammen.

## 18. Januar 2008: Es hat gereicht!

Ein grosser Tag für Franz und Vera Weber: Die Bundeskanzlei meldet offiziell, dass die Zweitwohnungsinitiative mit 108 497 gültigen Unterschriften zustande gekommen sei. Wären es zwischen 95 000 und 101 000 Unterschriften gewesen, hätten die Stimmzettel ein zweites und allenfalls ein drittes Mal gezählt werden müssen. Diese Regel wurde eingeführt, nachdem 1992 das Referendum gegen den Bau der schweizerischen Eisenbahn-Alpentransversale mit nur 51 Unterschriften mehr als nötig zustande gekommen war.

Initiativen scheitern häufig im Sammelstadium. Seit 1891 landeten ein Viertel, 141 von 523, auf dem Friedhof der direkten Demokratie.

Manche Initiativen werden aber auch mit einer einzigen Unterschrift eingereicht. Dieses auf den ersten Blick kuriose Vorgehen hat einen triftigen Grund: Es ist die einzige Möglichkeit für das Initiativkomitee, eine Unterschriftensammlung von sich aus zu stoppen. Etwa wenn sich die Wirtschaftslage verändert, wie bei der Initiative «Nationalbankgewinne für eine starke AHV» 2023, oder wenn sich das Initiativkomitee zerstreitet wie bei der Safer-Phone-Initiative 2022, die Massnahmen gegen Elektrosmog verlangte.

Die Zweitwohnungsinitiative schafft die Hürde ohne Probleme und tritt nun endgültig in das Reich der Berner Administration ein, in den Vorhof der Politik. Weil das Volksbegehren mit



«Statt vernünftig zu sein, waren wir gierig»: Enrico Uffer, Holzbaunternehmer in Savognin.

Raumplanung zu tun hat, wird es dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) unter der Leitung von SP-Bundesrat Moritz Leuenberger zugewiesen.

Zwar entscheidet in einer modernen Demokratie das Parlament über die Gesetze, es ist die Legislative, die gesetzgebende Gewalt. Die Vorbereitungen dazu geschehen aber in der Exekutive, also im Bundesrat, seinen sieben Departementen und den dazugehörigen Ämtern. Dort, im Bundesamt für Raumplanung (ARE), beugen sich jetzt die Experten über den Initiativtext. Sie verfassen ein Dokument mit Erklärungen und Erläuterungen, das dem Parlament später als Entscheidungshilfe dienen soll.

Diese Erläuterungen gehen dann in einer geheimen Phase noch durch die Hände der anderen Bundesräte. Sie können nun versuchen, politischen Einfluss auf den Text zu nehmen. Das so entstandene Dokument heisst im Jargon Botschaft und umfasst im Fall der Zweitwohnungsinitiative bloss 13 Seiten. Es zeigt erstmals, was die offizielle Politik von der Initiative hält: wenig.

#### **Herbst 2008: Auf Kollisionskurs**

Enrico Uffer, ein 37jähriger Bündner, übernimmt die Firma seines Vaters. Das war von langer Hand geplant. Uffer wusste es von klein auf: Auch er würde einmal Holzbauer werden, so wie sein Urgrossvater, sein Grossvater und sein Vater. Uffer ist ein Bergler, er wuchs in Savognin im Kanton Graubünden auf, war immer gern im Wald, und am Stubentisch hörte er interessiert zu, wenn der Vater über seine Holzbaufirma redete.

Jetzt arbeiten neun Zimmerleute für Enrico Uffer. Das Geschäft läuft gut, besonders lukrativ sind Aufträge, die seine Firma beim Bau von Ferienwohnungen ausführen kann. Für Politik interessiert sich Uffer kaum, von der Zweitwohnungsinitiative hat er noch nie etwas gehört. Bald wird er wegen ihr schlaflose Nächte haben.

#### **29. Oktober 2008: Ablehnen!**

An diesem Mittwoch tritt Moritz Leuenberger nach der wöchentlichen Bundesratssitzung vor die Medien. Er will vor allem über die anstehende Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes sprechen. «Wenn ich schon da bin», sagt er nach sieben Minuten nonchalant, «nehme ich noch Stel-

lung zu zwei Volksinitiativen, die wir heute auch behandelt haben.» Es sind die Begehren von Helvetia Nostra, sie scheinen keinen hohen Stellenwert zu haben.

Der letzte Satz der Botschaft an das Parlament, die an der Bundesratssitzung verabschiedet wurde, lautet denn auch: «Die Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» ist (...) abzulehnen.»

In der Regel empfiehlt der Bundesrat Initiativen zur Ablehnung. So natürlich es ist, dass Initiativen den Status quo verändern wollen, so natürlich ist es, dass der Bundesrat den Status quo bewahren will; schliesslich hat er ihn

mitverantwortet. Seit Ende des 19. Jahrhunderts hat er lediglich drei Initiativen unterstützt: 1927 das «Volksbegehren zur Erhaltung der Kursäle», 1993 den arbeitsfreien 1. August und 2002 den Uno-Beitritt.

Mit dem Verabschieden der Botschaft wechselt das Geschäft von einer Staatsgewalt zur nächsten: von der Exekutive zur Legislative. Der Bundesrat kann zwar weiterhin mitreden, Anträge stellen und Druck machen, mitbestimmen kann er aber nicht mehr. Ab sofort ist das Parlament am Zug.

#### **23. Februar 2009: Franz Weber im Zentrum der Macht**

Franz Weber und sein Anwalt Rudolf Schaller reisen nach Bern ins Herz der Demokratie. Es besteht aus zwei Kammern, National- und Ständerat. Sie sind gleichberechtigt und können sich gegenseitig blockieren. Nur wenn sie sich einig sind, kommt ein Entscheid zustande.

Beide Räte tagen im Bundeshaus: Im Süden, in Richtung Alpen, residiert der Nationalrat, diese grosse, laute und bunte Volksvertretung mit 200 Sitzen, die proportional zur Bevölkerung auf die Kantone verteilt werden. Im Norden mit Blick auf die Berner Altstadt konfe-

riert der Ständerat, die kleine, ruhige und vornehme Vertretung der Stände mit 46 Mitgliedern, je zwei pro Kanton und eines pro Halbkanton.

Um die Geschäfte vorzubereiten, bilden die Mitglieder der beiden Kammern feste Arbeitsgruppen, die sich mit bestimmten Themen befassen, die sogenannten Sachbereichskommissionen. In einer von ihnen, der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK), ist die Zweitwohnungsinitiative nun gelandet.

Es ist Tradition, dass Vertreter des Initiativkomitees am Anfang der Beratungen zu den Kommissionsmitgliedern sprechen. «Anhörung» nennt sich

## **Initiativen scheitern häufig im Sammelstadium. 141 von 523 Volksbegehren landeten seit 1891 auf dem Friedhof der direkten Demokratie.**

das. Doch die Worte von Franz Weber bleiben ohne Wirkung. Die Kommission folgt der Empfehlung des Bundesrates und lehnt die Initiative in dieser ersten Runde nach kurzer Diskussion mit 18 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Damit ist die Zweitwohnungsinitiative vollends im Politbetrieb angekommen.

Insgesamt haben National- und Ständerat die weite Welt der Politik in je neun Kommissionen aufgeteilt, von den beiden APK für die Aussenpolitik bis zu den WBK für Wissenschaft, Bildung, Kultur.

Innerhalb der Parteien ist die Verteilung der Kommissionssitze oft umstritten, denn wer sich mit einem Thema profilieren will, muss in der richtigen Kommission sitzen. Oder schweigen und warten, bis es eine Vakanz gibt.

Kommissionen fällen zwar nur Vorentscheide und stellen ihrem Rat Anträge. Kompromisse und wichtige Weichenstellungen haben aber fast immer hier ihren Ursprung. Arbeiten Kommissionen gut, sind die Ratsdebatten Formsache – andernfalls können sie komplett aus dem Ruder laufen.

Kommt ein Geschäft aus den Kommissionen in den National- oder Stände-

rat, sind die Meinungen meist gemacht. Geredet wird noch für Publikum und Protokoll. National- und Ständerat in der Schweiz gelten als Arbeitsparlament. Im Gegensatz zu einem Redeparlament wie in England wird in den öffentlichen Sitzungen vor allem noch über Gesetze abgestimmt, oder es werden Reden für Radio und Fernsehen gehalten, die auf Originalzitate angewiesen sind.

Die relevanten Diskussionen finden geschützt durch das Kommissionsgeheimnis im Verborgenen statt. Die Vertraulichkeit soll den Politikerinnen und Politikern erlauben, die Parteilinie zu verlassen, und so Kompromisse ermöglichen. Doch natürlich ist die Versuchung gross, pikante Details publik zu machen, vor allem wenn sie dem politischen Gegner schaden.

Im Fall der Zweitwohnungsinitiative geschieht das nicht. Das Resultat ist so klar, dass sich alle Fragen erübrigen.

#### 4. Juni 2009: Im Nationalrat

In Bern ist Sommersession. Das Schweizer Parlament tagt vier Mal im Jahr für jeweils drei Wochen. Dann reisen die 246 gewählten Politikerinnen und Politiker aus allen geographischen und ideologischen Ecken des Landes in die Hauptstadt.

Am Donnerstag der zweiten Woche steht die Zweitwohnungsinitiative auf dem Programm des Nationalrats. Die Rednerliste umfasst nur 17 Namen; bei brisanten Themen melden sich auch mal 80 Leute zu Wort.

Diesmal reden vor allem Grüne und einige Bürgerliche aus Tourismusregionen. Als erster tritt der SVP-Nationalrat Guy Parmelin ans Rednerpult, er ist noch nicht Bundesrat und hat auch noch keine grauen Haare. Sein Votum ist Teil eines reglementierten Rollenspiels.

Alles, was in den Ratssälen und Sitzungszimmern geschieht, ist irgendwo

oder Fliege» bei den Männern, «dem offiziellen Charakter des Ortes angemessene Kleidung» bei den Frauen. Auch die Reihenfolge der 17 Redner, die etwas zur Zweitwohnungsinitiative sagen wollen, ist festgelegt.

Im Nationalrat sprechen zuerst immer zwei Mitglieder der zuständigen Kommission, eines auf deutsch, eines

## Das Parlament reguliert sich selbst so eifrig wie den Rest des Landes. Welche Geschenke darf man annehmen? Wer bekommt Geld für die Übernachtung? Wie hat man sich zu kleiden?

in der Verfassung oder einem Gesetz, in einem Reglement oder einer Verordnung, vielleicht aber auch in einem Leitfaden oder einem Grundsatzpapier festgelegt. Das Parlament reguliert sich selbst mindestens so eifrig wie den Rest des Landes. Welche Geschenke dürfen Parlamentarier annehmen? Kompliziert! Der Leitfaden hat zwanzig Seiten. Wie weit weg von Bern muss man wohnen, um eine Übernachtungsentschädigung zu erhalten? Weiter als 30 Minuten Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zehn Kilometer Luftlinie. Wie hat man sich zu kleiden? Kleiderregeln kennt nur der Ständerat: «mindestens Hemd, Veston und Krawatte

auf französisch oder italienisch. Guy Parmelin rapportiert also, weshalb die Kommission Webers Initiative ablehnt («extrem», «unausgegoren», «wirtschaftsfeindlich»). Er vergisst nicht zu erwähnen, dass die Anhörung von Franz Weber die schlimmsten Befürchtungen bestätigt habe.

Moritz Leuenberger sitzt auch im Saal. Das zuständige Bundesratsmitglied muss grundsätzlich immer anwesend sein, wenn eines seiner Geschäfte behandelt wird. Das ist hart und manchmal öde. Bundesrätinnen und Bundesräte hören sich oft stundenlang dieselben Voten und Argumente an. Im Unterschied zu den Parlamentariern

ANZEIGE



# LÖSUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

Näher dran an praxisorientierten  
Management-Weiterbildungen



können sie nicht einfach telefonieren, Zeitung lesen, am Computer arbeiten oder einen Kaffee trinken gehen. Sie sind in diesem Saal blockiert.

Gibt es in ihrem Departement etwas Dringendes zu besprechen, schleicht ein persönlicher Mitarbeiter hinein, um sich kurz mit der Chefin oder dem Chef auszutauschen.

Reden können Bundesräte erst kurz vor Ende der Debatte. Dafür dürfen sie

der eigenen Partei und unterstützt die Initiative nun geschlossen.

**17. Dezember 2010: Gegenvorschlag**  
Schaut her, wir haben das Problem erkannt! Dieses Signal soll die Gesetzesänderung aussenden, die National- und Ständerat an diesem Freitag beschliessen. Sie pflanzen einen neuen Artikel zu den Zweitwohnungen in das Raumplanungsgesetz ein: Die Kantone müs-

## Bundesräte dürfen im Parlament sprechen, solange sie wollen. Für Nationalrätinnen und Nationalräte hingegen ist die Redezeit beschränkt.

im Gegensatz zu den Nationalratsmitgliedern fast immer so lange sprechen, wie sie wollen. Die Redezeit für Nationalräte ist auf fünf bis zwanzig Minuten beschränkt. Moritz Leuenberger braucht nicht viel Zeit, um die Zweitwohnungsinitiative zu zerpfücken. Er kritisiert den unklaren Initiativtext und warnt fast prophetisch vor Kollateralschäden und Rechtshändeln.

Die Debatte endet für Franz Weber ernüchternd: Mit 121 gegen 39 Stimmen bei 24 Enthaltungen empfiehlt der Nationalrat die Initiative zur Ablehnung. Nur die Grünen stimmen geschlossen dafür. Die Hälfte der SP enthält sich der Stimme. Sie tut es wohl aus Rücksicht auf ihren Parteikollegen Leuenberger.

### 6. Oktober 2009: Teilrückzug

Franz Weber zieht die Initiative «Gegen den masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen» zurück. Er will damit die Chancen der Zweitwohnungsinitiative erhöhen.

### 1. November 2010: Doris Leuthard übernimmt

Nach dem Rücktritt von Moritz Leuenberger erbt die CVP-Bundesrätin Doris Leuthard sein Departement und damit auch die Zweitwohnungsinitiative. Sie wird ihr eine der grössten Niederlagen ihrer Karriere einbringen. Im Bundeshaus zeigen sich die Folgen der Rochade rasch. Die SP muss keine Rücksicht mehr nehmen auf einen Bundesrat aus

sen künftig Höchstzahlen für neue Ferienhäuser festlegen und dafür sorgen, dass bestehende Wohnungen besser ausgelastet werden. Wie das gehen soll, lässt das Gesetz offen, die Höhe der Höchstzahlen ebenso. Trotzdem sollen die neuen Vorschriften genügen, um die Bevölkerung davon abzuhalten, die Weber-Initiative anzunehmen. Meint man im Bundeshaus.

Der SVP-Nationalrat Adrian Amstutz stimmt gegen die Gesetzesänderung. Dabei weiss er genau, wie sehr die Leute das Thema beschäftigt. In Sigriswil, wo er lebt und baut, hat die Gemeinde bereits in den 1980er Jahren interveniert und einen «Ewap» eingeführt: einen Erstwohnungsanteilsplan. Solche gibt es in vielen Gemeinden im Berner Oberland. Sie definieren Obergrenzen für Ferienhäuser, einfach weniger rabiat, als Franz Weber sich das vorstellt.

Amstutz ist ein Verfechter solcher Pläne und «gottenfroh», dass der «Ferienhüsliflut» in seiner Heimat Einhalt geboten worden ist. Und doch lehnt er den neuen Artikel im Raumplanungsgesetz im Nationalrat ab. Er beugt sich der Parteilinie.

Manche im Bundeshaus meinen, Franz Weber könnte nun seine Initiative zurückziehen, weil ihm das Parlament ja mit der Gesetzesänderung entgegengekommen ist. Selbst Bundesrat Leuenberger hatte geglaubt, die «leichtfertige» Formulierung der Initiative deute darauf hin, dass Weber auf einen Gegenvorschlag hoffe.

Die Zweitwohnungsinitiative ist eine Ausnahme. Im Normalfall wird nicht gleich das Gesetz abgeändert. Oft läuft das so ab: Ein Komitee macht Druck mit einer radikalen Initiative; das Parlament erarbeitet einen massvollen Gegenvorschlag; das Komitee zieht die Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurück, der dann vors Volk kommt. Aber für Franz Weber ist das kein Thema.

### Frühling 2011: Aus dem Schatten des Vaters

Vera Weber ist 37 Jahre alt, als sich ihr Leben komplett ändert. An einem Morgen steht sie in Montreux im Wohnzimmer ihrer Eltern und sagt: «Ich übernehme jetzt die Leitung der Kampagne für die Zweitwohnungsinitiative. Anders geht es nicht mehr.» Franz Weber ist schon 84 Jahre alt und gesundheitlich angeschlagen, er hat einen Hörsturz erlitten und Probleme mit dem Gedächtnis, gesteht sich seine Schwäche aber nicht ein. «Nein, nein, nein, das machst du nicht», sagt er zu seiner Tochter. Vera Weber gehorcht nicht.

Zusammen mit Mitarbeitern der Fondation und einem externen Politbüro entwirft sie das Abstimmungsplakat mit den vielen Baukränen vor dem Matterhorn, sie baut eine Website und gibt Umfragen in Auftrag – alles an ihrem Vater vorbei.

Als Franz Weber die Rechnungen bezahlen muss, sagt sie ihm, er dürfe immer noch das letzte Wort haben, wenn ihm zum Beispiel ein Plakat nicht gefalle. Aber die Chefin ist jetzt Vera Weber. «So bin ich in die Öffentlichkeit und aus dem Schatten meines Vaters katapultiert worden.»

Vera Weber arbeitet zwar seit 1999 für die Fondation ihres Vaters, aber in Schweizer Politik ist sie noch unerfahren. Sie fragt sich: Kann ich das? Später wird sie merken: Ja, es geht. Aber sie zahlt einen Preis dafür. Weber steht vor den intensivsten Monaten ihres Lebens. Sie spürt den Stress, bald kann sie nicht mehr schlafen und hat Panikattacken.

### 28. Mai 2011: ein Millioneninvestment

In Savognin wird gefeiert. Der Holzbauunternehmer Enrico Uffer lädt die Bevölkerung zum Tag der offenen Tür ein, es gibt Wein und Bier und Bratwürste. Am Rand des Bergdorfes steht eine neue, riesige Produktionshalle, 76 Meter lang, 30 Meter breit. Zwanzig

Millionen Franken hat Uffer in die Anlage investiert, er beschäftigt nun 80 Angestellte und ist der grösste Arbeitgeber im Dorf.

Seit Uffer die Firma vor drei Jahren übernommen hat, ist sie immer grösser geworden. 80 Prozent des Umsatzes macht sie im Tourismus, vor allem mit Zweitwohnungen. Am meisten Aufträge hat Uffer in den teuren Ferienorten des Kantons, in Davos, Lenzerheide und im Engadin. Der Markt mit den Zweitwohnungen boomt, «je mehr gebaut wird, desto besser», sagt Uffer. Es könnte ewig so weitergehen. Doch das wird es nicht.

### 17. Juni 2011: Wer stimmt wie?

Bevor die Sommersession endet, stimmen die Parlamentarier ein letztes Mal über die Zweitwohnungsinitiative ab. Beide Räte beschliessen eine Nein-Empfehlung. Als kurze Zeit später die Damen und Herren National- und Ständeräte ihre Koffer packen und Bern nach drei intensiven Wochen wieder verlassen, denken die meisten, damit sei die Sache mit den Ferienhäusern wohl

zählen ab. Auch nach der Installation der elektronischen Anlage haderten die Standesherren und -damen mit der Offenlegung ihres Stimmverhaltens. Manchen war es ein Greuel, von Politologen vermessen und auf Skalen eingeteilt zu werden. Erst seit März 2022 sind alle Entscheidungen einsehbar.

Die Transparenzgegner warnten stets, die Offenlegung schwäche die individuelle Freiheit der Ständeratsmitglieder. Sie führe zu einer Angleichung an den Nationalrat, zu einer Zunahme der Druckversuche. Tatsächlich braucht es heute mehr Rückgrat, um als Ständerätin oder Ständerat von der Parteilinie abzuweichen oder anders abzustimmen, als es die eigene Kantonsregierung gern sähe.

### Sommer 2011: Geld vom Himmel

Ein Geschenk des Himmels liegt an einem Sommertag im Briefkasten der Fondation Franz Weber. Ein Schreiben, in dem steht, die Stiftung bekomme über eine Million Franken als Legat geschenkt. Ein Legat ist eine Art Erbschaft. Die einzige Bedingung des Gön-

Aus welcher politischen Ecke stammt das meiste Geld? 2011 kam eine Untersuchung zu den Werbeausgaben bei Abstimmungen noch zum Schluss: «Das Geld liegt rechts der Mitte.»

Zehn Jahre später gelangten die Autoren des Buchs «Wer finanziert die Schweizer Politik?» zu einem anderen Urteil. In den Jahren 2019 und 2020 hätten links-grüne Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften für Abstimmungskampagnen knapp ein Drittel mehr bezahlt als die bürgerlichen Wirtschaftsverbände.

Die Finanzierung der Politik war in der Schweiz lange ein wohlgehütetes Geheimnis. Um dies zu ändern, reichte ein Komitee aus Grünen, SP, EVP, BDP und Piratenpartei 2017 eine Initiative ein. Sie forderte, dass über die Finanzierung von Parteien und von Abstimmungs- und Wahlpropaganda Transparenz hergestellt wird.

Der Bundesrat zeigte Verständnis für die Idee, war aber gegen die Initiative und verwies auf eine Studie, in der steht, «dass der Einfluss des Geldes auf politische Entscheide nicht überschätzt werden sollte». Nicht alle teuren Abstimmungskampagnen würden gewonnen, ebenso seien kleinere Parteien mit geringem Wahlbudget auch schon erfolgreich gewesen. Nachdem das Parlament im Juni 2021 ein Gesetz beschlossen hatte, das die Forderungen der Initianten zu einem grossen Teil erfüllte, zogen diese ihre Vorlage zurück.

Die neuen Regeln werden bei den Wahlen im Herbst 2023 erstmals zur Anwendung kommen. Der Schritt ist historisch: Die Parteien müssen ihre Buchhaltung offenlegen, Einblick in ihre Budgets geben und alle Spender deklarieren, von denen sie mehr als 15 000 Franken erhalten. Auch private Komitees müssen Transparenz schaffen, wenn sie gesamthaft über 50 000 Franken einsetzen.

Auch ein Geschenk des Himmels, wie es die Fondation Franz Weber bekommen hat, würde heute unter das neue Transparenzgesetz fallen. Wer damals mit seinem Vermögen in die Schweizer Raumplanung eingegriffen hat, wurde nie bekannt.

Doch was macht das Initiativkomitee mit dem vielen Geld? Wird die Million Schweizerfranken helfen, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu überzeugen? Und was will das Volk überhaupt?

## Demokratie ist teuer. Wer gewinnen will, braucht Geld. Der teuerste Abstimmungskampf soll über 18 Millionen Franken gekostet haben.

vom Tisch, und sie hätten nie wieder mit ihr zu tun. Denn die Initiative, die der Bundesrat in den nächsten zehn Monaten an die Urne bringen muss, ist ihrer Meinung nach chancenlos.

Zehn Mitglieder des bürgerlich-ländlich dominierten Ständerats hatten für die Initiative gestimmt. Wer es war? Man weiss es nicht. Transparenz über das Stimmverhalten besteht zu dieser Zeit nur im Nationalrat.

Früher mussten dessen Mitglieder ihre Haltung durch Aufstehen kundtun, bis 1994 die erste elektronische Abstimmungsanlage eingebaut wurde. Der Ständerat war erst zwei Jahrzehnte später unter grossem Druck zu diesem Schritt bereit. Bis 2014 stimmte die «Dunkelkammer» praktisch immer durch Handerheben und manuelles Aus-

zählen ab. Das Geld muss für Natur- und Landschaftsschutz eingesetzt werden. Auf einen Schlag ist damit die ganze Abstimmungskampagne finanziert. 600 000 Franken habe sie gekostet, sagt Vera Weber, «das ist nicht viel».

Demokratie ist teuer. Wer eine Vorlage gewinnen will, braucht neben Argumenten auch Geld. Der kostspieligste Abstimmungskampf der Geschichte soll die Konzernverantwortungsinitiative 2020 gewesen sein. Gemäss Medienberichten haben Befürworter und Gegner über 18 Millionen Franken in ihre Kampagnen investiert, für Briefsendungen, Inserate, Plakate oder Onlineauftritte. Das ist mehr als doppelt so viel wie für die Abzockerinitiative aus dem Jahr 2013, der vorherige Rekordhalter.

# 3. Sieger und Verlierer

Der Abstimmungskampf beginnt, und der Entscheid des Volkes wird alle überraschen. Ein Kapitel über Lügen, die erlaubt sind, eine erfolgsverwöhnte Bundesrätin und die Macht der Bilder.

**10. Januar 2012: Hochhaus zum Mond**  
Vier Jahre lang ist die Zweitwohnungsinitiative ein Stück Papier mit der Nummer 08.073, das durch die Zimmer im Bundeshaus wandert und vor allem die Politiker und die Beamten interessiert. Die meisten Schweizerinnen und Schweizer haben bis jetzt noch nie etwas von der Vorlage gehört. Umfragen zeigen, dass mehr als die Hälfte erst auf eine Initiative aufmerksam werden, wenn die Abstimmungsunterlagen im Briefkasten liegen. Das ist frühestens vier und spätestens drei Wochen vor dem Urnengang, je nach Kanton.

Erfahrene Initianten wie Franz Weber wissen, wann sie den Abstimmungskampf eröffnen müssen: zwei Monate bevor die Leute ihre Stimme abgeben. Startet man früher, verpuffen die Argumente. Wer gewinnen will, braucht Timing und ein paar Tricks. Weber sagte einmal: «Man freut sich, wenn man die anderen hereingelegt, eingekesselt und schachmatt gesetzt hat. Das ist ein angenehmes Gefühl.»

Achteinhalb Wochen vor dem Urnengang lanciert Weber mit seiner Frau Judith und Tochter Vera im Casino Bern den Abstimmungskampf mit einer Medienkonferenz; die Tagesschau berichtet. Die Familie Weber sitzt vor dem Plakat mit Matterhorn, Baukränen und komplett überbauter Berglandschaft. Von den Gegnern hat man bis jetzt noch nichts gehört.

Franz Weber trägt wie immer Anzug und Krawatte und macht aus den kleinen Paragraphen seiner Initiative eine grosse Sache: «Es geht um die Rettung der Schweiz», sagt er. «Von allen Seiten kommen Spekulanten. Wenn es so weitergeht, kann man irgendwann sogar noch ein Hochhaus bauen, das so hoch ist, dass es bis zum Mond reicht.

Wir dürfen nicht so weiterfahren, sonst

wird die Schweiz eine Stadt vom Genfersee bis zum Bodensee.»

Darf man in einem Abstimmungskampf alles behaupten? Erlaubt ist viel, gesetzlich reguliert wenig. Ein Staatsrechtsexperte, der die Urteile des Bundesgerichts untersucht hat, hält fest: «Die Argumentation darf auf Schlagworte verkürzt werden, die in Form von Übertreibungen, Polemiken und unerfüllbaren Versprechungen an die Stimmberechtigten gebracht werden.» Nur wenn Propaganda krass tatsachenwidrig oder gar verleumderisch ist, könnte ein Richter eingreifen. Das dürfe aber nur «mit grösster Zurückhaltung» geschehen. In einer politischen Debatte soll man möglichst frei sein.

Das geht so weit, dass die Richter in Lausanne in einem Fall entschieden, die Meinungsäusserungsfreiheit gehe der Antirassismusstrafnorm vor. Ein Wahlplakat im Wallis hatte die Hinterteile betender Muslime vor dem Bundeshaus gezeigt, die Staatsanwaltschaft erhob Strafanzeige. Die Richter aber hielten fest, im Rahmen einer politischen Auseinandersetzung dürfe eine Diskriminierung nicht leichtfertig bejaht werden. In der politischen Schweiz muss ein rechter Streit möglich sein, selbst wenn die Argumente geschmacklos sind.

Weber spitzt an diesem Tag zu und übertreibt, er ist ein Meister im Vereinfachen: «Ich habe die Fähigkeit, ein Thema dem Volk zugänglich zu machen, das ist das Geheimnis des Erfolgs.»

### 3. Februar 2012: In den Umfragen gewinnen Initiativen immer

37 Tage vor dem Abstimmungssonntag veröffentlicht das Meinungsforschungsinstitut GFS Bern die erste Umfrage zur Zweitwohnungsinitiative. 61 Prozent der 1208 Befragten befürworten die Vorlage. 10 Tage vor der Abstimmung

werden es noch 52 Prozent sein. Mit der Initiative scheint zu passieren, was immer passiert: Volksinitiativen geniessen in der Regel am Anfang viele Sympathien bei den Bürgerinnen und Bürgern. Je näher der Abstimmungstermin rückt, desto mehr sinkt die Zustimmung. Bei den zwanzig Initiativen, die in den vergangenen fünf Jahren vors Volk kamen, zeichnete sich in den Umfragen vierzehnmal ein Ja ab. Tatsächlich angenommen wurden nur drei.

Auch Bundesrätin Doris Leuthard sieht sich die Umfrage mit Interesse an. Als Vorsteherin des UVEK ist sie nun verantwortlich für das Geschäft. Sie weiss, dass die Zustimmung noch sinken wird, und ein Nein wäre in ihrem Sinn. Leuthard weiss aber auch: Das Anliegen ist keinesfalls chancenlos.

Die Aargauerin kennt die Situation in den Bergen. Ihr Onkel lebt in Davos, einem «verschandelten Ort», wie sie die Bündner Kleinstadt rückblickend nennen wird. Leuthard ahnt, dass es nicht nur Städter sind, die ihre Ferienorte vor zu viel Beton bewahren wollen.

Die Bundesrätin kennt auch Bewohner von Berggemeinden, die Sympathien hegen für Webers Idee, ihre Landschaft zu schützen und Investoren Grenzen zu setzen. Und die hoffen, dass es für sie selber wieder einfacher würde, bezahlbare Wohnungen und Häuser in ihrer Heimat zu finden. Viele von ihnen sagen das aber nicht offen.

### 17. Februar 2012: Der Ritterschlag

Vera Weber ist aufgeregt, sie hat Angst, dass sie an diesem Freitagabend kein Wort herausbringt. Vor der Fernsehsendung sitzt sie nervös beim Schminken und trinkt ein Glas Mineralwasser nach dem anderen. Weber war noch nie in der «Arena». Jetzt muss sie gegen Bundesrätin Doris Leuthard antreten,





«Die Initianten greifen auch in das Leben vieler Menschen ein»: Doris Leuthard, Altbundesrätin.

eine der beliebtesten Politikerinnen des Landes, die schon viele Abstimmungskämpfe erfolgreich bestritten hat.

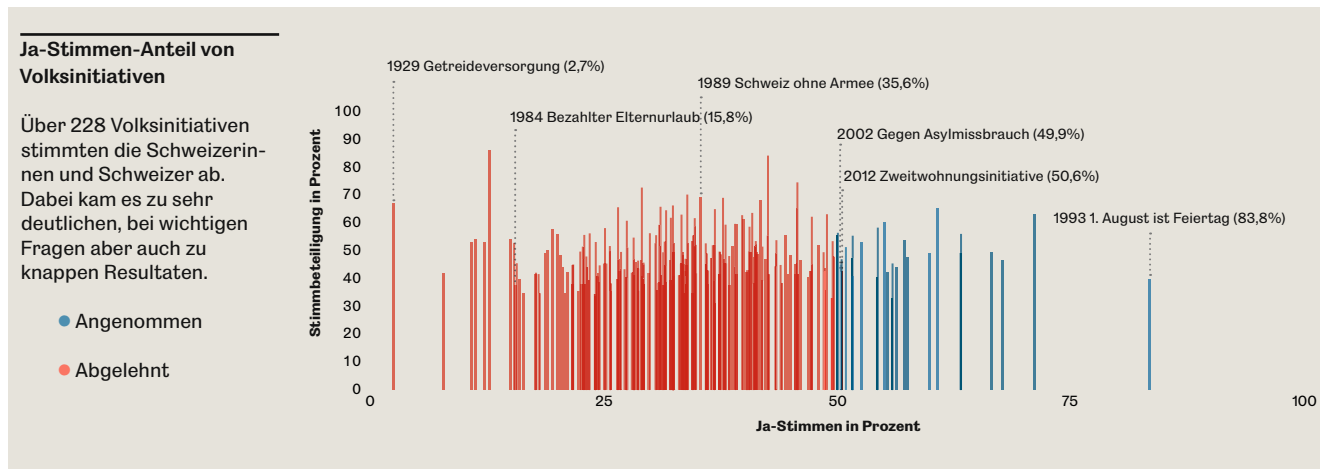
Zum ersten Mal wurde die «Arena» 1993 ausgestrahlt, kurz nach dem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Die Schweiz war aufgewühlt, und die Fernsehmacher bildeten die Polarisierung auf den Bildschirmen ab. Die Sendung veränderte die Politik und die Politiker, man sah sie schwitzen, kämpfen, sich ärgern und freuen. Sie mussten lernen, sich verständlich auszudrücken, zu vereinfachen und meinungsstark zu sein. «Arena»-Tauglich-

nur wenige Wochen im Jahr für sich nutzen würden. Das würde auch den Wohnungsmarkt für die Einheimischen entspannen.

Doris Leuthard lächelt im Verlauf der Sendung oft und gelassen. Sie weist darauf hin, dass die Initiative die Wohnungsnot der Einheimischen nicht mindern, sondern eher verschärfen werde. Und wie schwierig es werden könnte, den Begriff der Zweitwohnung in einem Gesetz zu definieren. Leuthard sieht, dass Weber einen guten Job macht. Später wird sie sagen, Weber habe gekonnt emotionalisiert. Vera Weber wird die

**Mitte Februar 2012: Nein – und fertig**  
In den Beizen in Savognin ist die Zweitwohnungsinitiative erstmals ein Thema. Der Holzbauunternehmer Enrico Uffer hat inzwischen mitbekommen, dass da etwas kommt, das ihn und seine Firma betreffen könnte. Aber er geht davon aus, «dass diese extreme Lösung nie mehrheitsfähig sein wird». Er nimmt das Abstimmungscouvert und schreibt sein «Nein» auf den Zettel.

**11. März 2012: Abstimmungssonntag**  
Morgens um elf Uhr kommen Franz und Judith Weber mit dem Auto aus



keit wurde für eine politische Karriere so wichtig wie Dossierkenntnisse. Über 200 «Arena»-Abstimmungssendungen fanden in den vergangenen dreissig Jahren statt, und lange galt die Faustregel: Wer den Schlagabtausch in der «Arena» gewinnt, gewinnt später auch die Abstimmung.

Doris Leuthard und Vera Weber stehen sich an diesem Abend in der «Arena» direkt gegenüber, im Kreis der einflussreichsten vier Gäste, jene mit dem höchsten Wortanteil. Leuthard startet mit einem rhetorischen Kniff: Sie räumt ein, die Initianten hätten ein wichtiges Anliegen aufgenommen. «Viele Tourismusregionen haben übertrieben.» Die Initiative habe Druck ausgeübt, der Bund mit der Revision des Raumplanungsgesetzes reagiert.

Vera Weber kontert, mit heller Stimme und Westschweizer Akzent warnt sie vor «geschlossenen Fensterläden, kalten Betten, Geisterdörfern». Sie setzt Leuthards juristischer Nüchternheit drastische Bilder entgegen, gehüllt in sanften Ton.

Aber Weber versucht auch, Klarheit zu schaffen. Es gehe ihr nicht darum, vermietete Ferienwohnungen zu verbieten, sondern solche, die Privatpersonen

Arena als ihren «Ritterschlag» in Erinnerung behalten.

An diesem Freitag im Februar steht auch einer der Anführer des Gegnerkomitees in der «Arena»: Beat Flach, Nationalrat der Grünliberalen. Es brauche die Initiative gar nicht, argumentiert er, weil mit dem Raumplanungsgesetz sowieso alles geregelt sei. Bis zu seinem Auftritt war Flach überzeugt: Die Initiative hat keine Chance. Sie wird spätestens am Ständemehr scheitern. Jetzt aber spürt er, wie die Stimmung im Studio kippt. «So ein Raumplanungsgesetz ist nicht sexy», wird er später erklären, «es ist kompliziert und schwerfällig.»

Flach hat Gesetzesparagrafen, aber keine Bilder und keine Erzählung. Politik wird auch mit Emotionen gemacht, und diese weckt Vera Weber. Sie zeigt Fotos von ausgestorbenen Dörfern in den Bergen, überall sind die Fensterläden heruntergelassen, die meiste Zeit wohnt hier niemand. Das ganze Problem in einem einzigen Bild: besser lässt sich Politik nicht vermitteln.

Nach der Sendung bekommt Flach Telefonanrufe von Leuten, die ihm politisch nahestehen und trotzdem für die Initiative stimmen werden. «Ui, ui», das wird doch knapp, denkt er.

Montreux in Bern an. Tochter Vera holt sie am Parkplatz ab und führt sie in den Kursaal. Vera Weber hat den riesigen Raum gemietet, wo normalerweise Partys für ein paar Hundert Leute stattfinden. Sie rechnet nicht damit, dass so viele Menschen an die Abstimmungsveranstaltung kommen, und ob es etwas zu feiern gibt, weiss sie erst recht nicht. Aber es ist der einzige Saal, der noch frei war. Kurz vor Mittag stehen ein Dutzend Initiativbefürworter und ein paar Journalisten im viel zu grossen Festsaal und warten auf die ersten Ergebnisse aus den Kantonen.

Vera Weber liest noch einmal die bereits fertig geschriebenen Pressemitteilungen. Es gibt vier Varianten: Die Initiative scheitert klar, sie scheitert knapp, sie scheitert am Ständemehr. Oder sie scheitert gar nicht. Ein enger Mitarbeiter sagt zu ihr: «Komm, Vera, ich briefe dich. Wir schauen an, wie du auf die Fragen der Medienleute reagieren sollst, wenn das Resultat feststeht.» Gemeinsam spielen sie die drei Szenarien im Fall einer Niederlage durch. Über einen Sieg reden sie nicht, bis Vera Weber fragt: «Und was ist, wenn wir gewinnen?» Der Mitarbeiter sagt nur: «Vera, ich bitte dich.»

Um 12.15 Uhr kommen die ersten Ergebnisse. Genf sagt mit 56 Prozent Ja, das Wallis mit 73,8 Prozent Nein, Basel-Stadt mit 62,2 Prozent Ja, Graubünden mit 57,3 Prozent Nein. Es beginnt ein Politikrimi, einmal liegt die Initiative vorne, dann wieder hinten. In Bern spricht sich herum, dass im Partysaal des Kursaals etwas Überraschendes passieren könnte. Weil die Ergebnisse der anderen Vorlagen an diesem Abstimmungssonntag früh feststehen, kommen immer mehr Politiker und Journalisten zu Webers Veranstaltung.

Kurz vor vier flüstert eine von Vera Webers Mitarbeiterinnen einem Serviceangestellten zu: «Ich glaube, wir brauchen Champagner.» Dann steht das Resultat fest: 12 Kantone und 3 Halbkantone stimmen zu, 8 Kantone und 3 Halbkantone lehnen ab. 50,6 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer sagen Ja. Nur gerade 28 000 Stimmen machen den Unterschied.

Weltweit betrachtet ist die Schweiz das Land, in dem die Bürger am stärksten mitbestimmen können. Doch auch an diesem Abstimmungssonntag hat

sich nicht einmal jeder zweite dazu aufgerafft; die Stimmbeteiligung liegt bei 45,2 Prozent. Und so bestimmt oft eine Minderheit über die schweigende Mehrheit. Wobei: Nur jeder fünfte geht gar nie an die Urne, jeder vierte stimmt immer ab, der Rest ab und zu. Ein Abstimmungssonntag wie dieser 11. März kostet die Steuerzahler 7,5 Millionen Franken, schätzt die Bundeskanzlei.

In der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens um 19.30 Uhr zeigt sich Bundesrätin Doris Leuthard enttäuscht vom Resultat, «aber es ist halt eines». Sie verliert Abstimmungskämpfe selten und ungern. Man werde nun versuchen, das Anliegen der Initianten möglichst gut umzusetzen. Der Moderator fragt die Aargauerin Leuthard, ob ihre Wohnung in Bern eigentlich auch als Zweitwohnung gelte. «Das ist nun eben eine Frage der Definition.» Und die, das weiss Leuthard, müssen sie und ihre Beamten möglichst rasch angehen. Der Wortlaut der Initiative steht jetzt in der Verfassung und gilt ab diesem Sonntag. Die Rechtsunsicherheit ist gross, die Zeit drängt.

Am Abend geht Vera Weber mit ihren engsten Mitarbeitern in die Bellevue-Bar, sie feiern den Sieg und bestellen Champagner. Franz Weber ist bei diesem Fest nicht dabei. Er hat sich früh zurückgezogen und ist mit seiner Frau nach Hause gefahren. Aber schon bald hat er eine Idee, die seine Tochter vor den Kopf stossen wird: Weber plant ein Comeback, er will bei der Umsetzung der Initiative wieder die Führung übernehmen und Vera Weber entmachten.

Während Vera Weber in Bern feiert, sitzt der Holzbauer Enrico Uffer in Savognin und liest zum ersten Mal den Initiativtext richtig durch. Bis jetzt hat er sich kaum mit der Vorlage beschäftigt. Nun merkt er, dass sie sein Geschäftsmodell in Frage stellt.

In den kommenden Nächten schläft Uffer kaum. Was passiert mit seiner Holzbaufirma, mit den 80 Mitarbeitern, mit ihm und seiner Familie, wenn keine Zweitwohnungen gebaut werden dürfen? Was bedeutet die Initiative? Und ab wann gilt sie überhaupt? Uffer stellt fest: Die Politiker wissen es auch nicht so genau.

ANZEIGE

# Unsere Ärzt:innen retten Leben. Ihr Testament auch.



© MSF

- Gerne bestelle ich meinen kostenlosen Ratgeber zum Thema Legate und Erbschaften.

Vorname \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Strasse / Nr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_



Scannen Sie den QR-Code, um Ihren kostenlosen Ratgeber zum Thema Legate und Erbschaften herunterzuladen.  
[www.msf.ch/testament](http://www.msf.ch/testament)  
0848 88 80 80



Bitte einsenden an:  
Ärzte ohne Grenzen Schweiz  
Postfach 1224  
Route de Ferney 140  
1211 Genf 1

NZZF 09 / 2023

# 4. Das Feilschen beginnt

Das Volk hat Ja gesagt. Aber zu was genau? Darüber entbrennt ein Streit. Ein Kapitel über Branchen in Panik, den Retter eines Dorfes und die Grenzen der Sprache.

## 12. März 2012: Der Tag danach

Im Bundesamt für Raumentwicklung in Ittigen, kurz ARE, ist an diesem Morgen der Teufel los. Nicht nur hat man damit gerechnet, dass die Initiative bachab geht, Bundesrätin Doris Leuthard hat am Vorabend auch deutlich gemacht, dass der neue Verfassungsartikel 75 b ab sofort in Kraft sei.

Das Problem ist bloss, dass niemand genau weiss, was denn da nun in Kraft gesetzt sein soll. Das ist an und für sich nicht ungewöhnlich. Volksinitiativen sind kurz wie Bibelsprüche. Die genaue Ausgestaltung von neuen Verfassungsartikeln nimmt das Parlament vor, wenn es die zugehörigen Gesetze formuliert. Doch je nach Präzision eines Initiativtexts führt das zu Unklarheiten. Die 99-Prozent-Initiative von 2021 etwa, mit der die Jungsozialisten den «Superreichen» ans Portemonnaie wollten, enthielt den Begriff «Kapitaleinkommen», den es im Schweizer Recht nicht gibt. Umso leichter fiel es den Gegnern, die Angst zu schüren, dass jeder Hauseigentümer betroffen wäre. Da die Initiative scheiterte, interessierte sich aber schon am Abend der Abstimmung niemand mehr für die Unklarheiten.

Ganz anders bei den Zweitwohnungen. Hier haben die Ungewissheiten weitreichende und handfeste Folgen, denn auf eine entscheidende Frage gibt es an diesem Montag keine Antwort: Was gilt eigentlich als Zweitwohnung? Solange die Gemeinden das nicht wissen, können sie auch nicht wissen, ob ihr Zweitwohnungsanteil bereits über den kritischen zwanzig Prozent liegt und sie keine neuen Baubewilligungen mehr ausstellen dürfen. Weil die Gemeinden aber nicht warten können, bis sich das Parlament auf ein Gesetz geeinigt hat, muss sofort etwas passieren.

Bundesrätin Doris Leuthard ruft eine

Arbeitsgruppe ins Leben, die so schnell wie möglich eine Übergangsverordnung schaffen soll. Diese wird gelten, bis das neue Gesetz beschlossen ist.

## 13. März 2012: Untergangsstimmung

In der Woche nach der Abstimmung spiegelt sich in den Medien blankes Entsetzen der Baubranche. «Katastrophal» sagt ein Bündner Bauunternehmer, und ein anderer prophezeit: «Wir werden die Belegschaft um 50 bis 80 Prozent zurückfahren müssen.» Aus dem Wallis heisst es, die Wirtschaft ganzer Dörfer sei bedroht. Der Schweizer Baumeisterverband behauptet, dass mindestens 10 000 Arbeitsplätze im Land gefährdet seien, konservativ geschätzt.

Nach Abstimmungen tönt es bei den Verlierern oft so, als stehe der Weltuntergang kurz bevor. Meistens wird es dann doch nicht so schlimm. Denn auch wenn das Volk zu einer Vorlage Ja gesagt hat: für die Umsetzung der Initiative sind wieder die Beamten und die Politiker zuständig. Dann beginnt im Bundeshaus das grosse Feilschen um Ausnahmen und Schlupflöcher. Das ist auch diesmal nicht anders.

## 3. April 2012: Die Kehrtwende der Initianten

Drei Wochen nach der Annahme der Initiative, an einem Dienstagmorgen um 10 Uhr, begrüsst Bundesrätin Doris Leuthard die Mitglieder der Arbeitsgruppe im Bundeshaus Nord. Sie sollen in drei Sitzungen den Begriff Zweitwohnung definieren. Leuthard hat sich entschieden, den Prozess aussergewöhnlich eng zu begleiten. Das liegt daran, dass die Zeit sehr drängt. Denn im Moment besteht Rechtsunsicherheit. Leuthard will auch unbedingt ein Referendum verhindern, weil dieser Zustand sonst noch länger anhalten würde.

Leuthard holt deshalb von Anfang an alle an einen Tisch, Befürworter, Gegner, ihre Mitarbeiter. Den 16 Vertretern von Bundesämtern, Kantonen, Tourismusorganisationen und anderen betroffenen Parteien empfiehlt sie Vertraulichkeit: Werde über die Medien miteinander kommuniziert, sei es nicht einfach, in den Sitzungen offen miteinander zu reden. Doch die Schlacht hat längst begonnen. Fünf Tage zuvor hat der ehemalige Waadtländer SP-Nationalrat Pierre Chiffelle, der als einer von zwei Vertretern des Initiativkomitees in der Arbeitsgruppe sitzt, der Zeitung «Le Temps» ein Interview gegeben.

Darin behauptete er kühn, die ganze Diskussion erübrige sich, denn was eine Zweitwohnung sei, stehe schon lange auf einem Informationsblatt des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK): Auch Ferienwohnungen, die zur Vermietung stehen, zählten zu den Zweitwohnungen. Das ist eine Definition, der Vera Weber im Abstimmungskampf vehement widersprach. Kommerziell vermietete Ferienwohnungen würden von der Initiative nicht tangiert, sagte sie noch im Januar. Wer das Gegenteil behauptete, betreibe Angstmacherei und stifte Verwirrung.

Sich nach der Abstimmung nicht mehr genau an das zu erinnern, was man vor der Abstimmung gesagt hat, ist Teil der Politik. Initiativtexte sind oft schlecht geschrieben und ungenau oder bewusst schwammig formuliert. Das ermöglicht den Initianten, vor der Abstimmung eine gemässigte Position einzunehmen und nach dem Sieg Maximalforderungen zu stellen.

## 25. April 2012: Nur die Verfassung zählt

Die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe findet schon drei Wochen nach der ers-



«Selbst wenn es gratis Wohnungen gäbe, zöge niemand hierher»: Vincenzo Pedrazzini, ehemaliger Politiker und Hotelier im Tessiner Dorf Campo.

ten im Berner Kursaal statt. Die Stimmung ist gereizt, denn das Initiativkomitee ist bei seiner Forderung geblieben: «Touristisch bewirtschaftete» Ferienwohnungen, also solche, die vermietet werden, sollen zu den Zweitwohnungen zählen. Daheim in Montreux ist es Vera Weber unangenehm, dass sie dadurch wortbrüchig geworden ist. «Das war furchtbar für mich, ich bin mir wie eine Lügnerin vorgekommen.» Dabei liegt es nicht an ihr, dass die Initianten ihre Meinung geändert haben. Es ist ihr Vater, der auf der harten Linie besteht.

Nach dem Abstimmungssieg will Franz Weber selber wieder die politische Führung übernehmen. Ihr Vater, 85 Jahre alt, habe «einen Schub» gehabt, sagt Vera Weber. «Nachdem wir gewonnen hatten, riss er mir alles aus den Händen. Er sagte, ich hätte nun nichts mehr mit der Initiative zu tun.» Franz Weber ist zwar zufrieden mit dem Erfolg, aber die Tochter erinnert sich, wie er zu ihr sagte: «Wenn ich die Kampagne selber gemacht hätte, hätten wir klarer gewonnen.» Vera Weber ist gekränkt und kündigt, überlegt es sich dann aber wieder anders, «weil die Sache grösser ist als mein Ego.»

Im Kursaal in Bern droht die Situation an diesem Nachmittag zu eskalieren, einige Teilnehmer drohen mit Abbruch der Gespräche. Stephan Scheidegger vom Bundesamt für Raumentwicklung, einer von Doris Leuthards wichtigsten Juristen, leitet die Sitzung. Immer wieder muss er die Wogen glätten. Die Vertreter der Berggebiete wollen die Initianten auf den Aussagen behaften, die sie vor der Abstimmung gemacht haben. Scheidegger macht ihnen klar, dass es darauf nicht ankommt. Es zählen nur die 38 neuen Worte in der Verfassung. Einzige dazu haben die Leute Ja gesagt.

### 18. Juni 2012: Verordnen am Limit

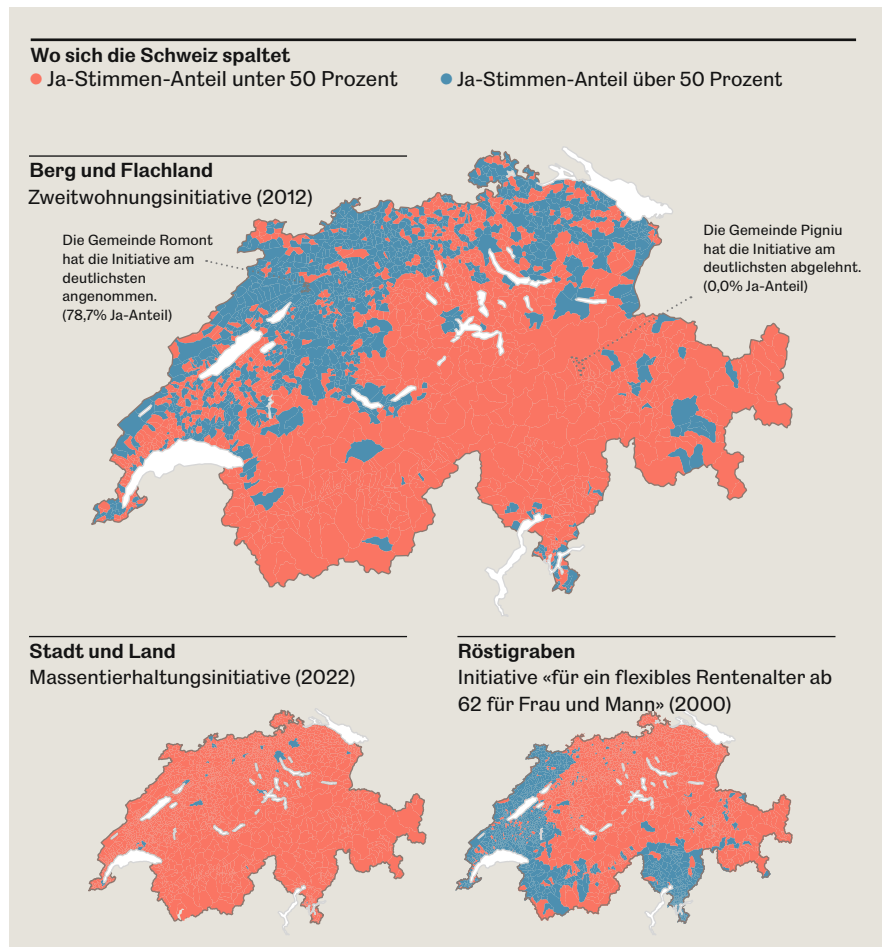
Doris Leuthards Departement, das UVEK, empfängt noch einmal Vertreter von Behörden, Parteien, Verbänden und Organisationen. Sie alle dürfen sich zum Entwurf der Verordnung äussern, den die Arbeitsgruppe Ende Mai fertiggestellt hat.

Leuthard hat in den Wochen zuvor an Konferenzen der Kantonsregierungen teilgenommen, traf Vertreter von Berg- und Tourismusregionen im Wallis, in Graubünden und im Tessin. Sie hörte allen zu und versprach, ihre Anliegen einzubringen.

In Bern verbrachte Leuthard viele Stunden mit Paragraphen. Sie war bei Dutzenden Diskussionen und Sitzungen dabei, oft begannen diese bereits um 7 Uhr morgens. Etliche Male wurde die Verordnung wieder angepasst, Leuthard sagt, es sei «wirklich heftig für alle Betroffenen» gewesen. Sie beschäftigt sich

einem Ort keine neuen Ferienwohnungen mehr gebaut werden dürfen, steigen wohl die Nachfrage und der Preis bei den bestehenden Wohnungen. Es droht die Gefahr einer Wohnungsnot.

Doch für Leuthard gibt es in dieser Frage keinen Handlungsspielraum. Die Besitzer sollen mit ihren bestehenden



mit allen Details, betreibt «Mikro-management, wie es eine Bundesrätin sonst nicht tun würde».

Für die Bundesrätin haben die vielen Sitzungen zumindest einen Vorteil. Sie kennt nun alle Argumente und kann sich auf die Diskussionen im Parlament und in der Öffentlichkeit vorbereiten. Bald wird sie das Geschäft allein gegenüber den Kritikern vertreten müssen – und das sind viele.

Sie stören sich vor allem an einem Punkt: Es soll möglich sein, bestehende Erstwohnungen in Zweitwohnungen umzuwandeln. Wer ein Haus besitzt, das bis 2012 gebaut worden ist, könnte es also als Feriensitz verkaufen oder vermieten, auch wenn darin bisher Einheimische gewohnt hatten.

Das Risiko liegt auf der Hand: Die Einheimischen könnten in Zukunft Probleme bekommen, ein Zuhause zu finden, das bezahlbar ist. Denn wenn in

Wohnungen machen dürfen, was sie wollen. Schliesslich schützt die Verfassung das private Eigentum.

### 20. Juni 2012: Bereit zum Schreddern

Es dauert etwas mehr als drei Monate, bis der Bundesrat die provisorischen Resultate vom Abstimmungswochenende im März für gültig erklärt. Erst müssen alle Fristen für Einsprachen abgewartet und Beschwerden erledigt werden. Das offizielle Resultat: 1 152 598 Ja gegen 1 123 802 Nein. Die Initiative wurde mit 28 796 Stimmen Unterschied – 1,2 Prozent der abgegebenen Stimmen – angenommen.

Wie immer, wenn es so eng wird, bezeichnen die Verlierer das Resultat als Zufallsmehr. Allerdings zeigt eine Befragung nach der Abstimmung, dass 4,5 Prozent der Leute wohl versehentlich Nein gestimmt hatten, weil sie glaubten, Nein bedeute weniger Zweit-

wohnungsbau. Eine solche Verwechslung tritt regelmässig bei Vorlagen auf, die eine Verneinung im Titel tragen (wie «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»)

Das am knappsten abgelehnte Volksbegehren aller Zeiten war die Initiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» im Jahr 2002. Da kamen die Befürworter bis auf 4208 Stimmen an die Gegner heran: Von 1000 Personen stimmten 499 dafür und 501 dagegen. Selbst Entschiede über Fragen von grosser Tragweite fallen oft knapp aus. Das war so bei den Abstimmungen über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (1992), über die Masseneinwanderungsinitiative (2014), die neuen Kampfjets (2020) oder die jüngste AHV-Reform (2022). Immer lagen die Mehrheiten zwischen 50,1 und 50,5 Prozent.

Aus Sicht der Gemeinschaft sind knappe Resultate bei Volksentscheiden

## Knappe Resultate bei Volksentscheiden bedeuten, dass die eine Hälfte der Bevölkerung der anderen ihren Willen aufzwingt.

unschön. Sie bedeuten, dass die eine Hälfte der Bevölkerung der anderen ihren Willen aufzwingt. Unter den Parteien besteht jedoch Einigkeit, dass man das Ergebnis akzeptiert und kaum den Rechtsweg beschreitet – im Wissen, wie rasch das Vertrauen in das System leiden könnte.

Anders als bei der Unterschriftenzählung einer Volksinitiative werden knappe Resultate von nationalen Urnengängen nur nachgezählt, wenn «Unregelmässigkeiten glaubhaft gemacht worden sind, die nach Art und Umfang geeignet waren, das Bundesergebnis wesentlich zu beeinflussen». So steht es im Bundesgesetz über die politischen Rechte.

Die offizielle Mitteilung der Abstimmungsergebnisse ist auch das Startsignal für einen ungewöhnlichen Vorgang: Obwohl normalerweise alle Dokumente ins Bundesarchiv kommen, werden die rund 40 000 Unterschriftenbögen, die das Initiativkomitee vier Jahre zuvor eingereicht hat, nun geschreddert. Niemand soll später heraus-

finden können, wer welches Anliegen unterstützt hat.

### 22. August 2012: Die Baustop-Liste

Fünf Monate nach der Abstimmung verabschiedet der Bundesrat seine erste Verordnung über Zweitwohnungen. Dem Dokument angehängt ist eine Liste, auf die viele Gemeindepräsidenten im Wallis, im Berner Oberland, im Tessin und in Graubünden ängstlich warten. Sie enthält 573 Namen von Gemeinden. Weil der Zweitwohnungsanteil dort vermutlich bereits über 20 Prozent liegt, dürften keine neuen mehr gebaut werden.

Die Liste zeigt aber auch: Die meisten Regionen, die Ja zur Initiative gesagt haben, sind von einem Baustop selber nicht bedroht. Im Kanton Zürich (Zustimmung 52,5 Prozent) wäre einzig die Gemeinde Sternenberg betroffen, in Basel Stadt (62,2 Prozent) und Basel-

land (56,7 Prozent) gar keine. In Graubünden hingegen (42,7 Prozent Zustimmung) drohen 146 Gemeinden ein Bauverbot, im Wallis (26,2 Prozent) sind es 113.

Die Liste ist provisorisch, sie basiert auf Hochrechnungen des Bundes. Denn auch wenn nun seit Jahren über Zweitwohnungen diskutiert wird, weiss niemand, wie viele es in der Schweiz überhaupt gibt. Die Gemeinden waren nicht verpflichtet, sie auszuzählen; erst die Initiative wird sie dazu zwingen.

Viele der Gemeinden auf der Baustop-Liste versuchen, sich möglichst schnell wieder davon streichen zu lassen. Manche können nachweisen, dass bei ihnen der Zweitwohnungsanteil tiefer liegt als vom Bund angenommen. Andere fusionieren mit weniger touristischen Nachbarorten, um unter die 20 Prozent zu kommen. Mit Erfolg: Bis 2014 wird die Liste auf 440 Gemeinden schrumpfen.

In Campo Vallemaggia aber besteht nie die leiseste Hoffnung, das Bauverbot fortzurechnen oder wegzufusionie-

ren. Der kleine Tessiner Ort, in dem Vincenzo Pedrazzini acht Jahre zuvor Bauland für 100 000 Franken gekauft hatte, ist die Gemeinde mit dem höchsten Zweitwohnungsanteil der Schweiz: 88,2 Prozent.

Als Vizepräsident der FDP, Schwyzer und Heimweh-Campesino lehnte Pedrazzini die Initiative natürlich ab, er war auch auf ein paar Podien dabei. Aber er hatte nie damit gerechnet, dass das Volk zu diesem Begehren Ja sagen könnte. Jetzt ist ihm klar: In Campo werden in Zukunft überhaupt keine neuen Häuser mehr gebaut werden, auch nicht auf seinem Land.

Wie soll man Dörfer im Berggebiet vor dem Aussterben retten? Man müsse günstigen und attraktiven Wohnraum schaffen, um die Einwohner zu halten und neue anzulocken, lautet die gängige Antwort der Raumplaner. Aber in Campo ist der Bedarf an neuen Erstwohnungen gleich null. Die 43 meist älteren Menschen, die im Moment noch hier leben, haben alle längst ein Daheim. «Und seien wir realistisch», sagt Pedrazzini. «Selbst wenn es gratis Wohnungen gäbe, zöge niemand hierher.» Es gibt keine Jobs und keinen Laden, Locarno liegt eine gute Autostunde entfernt, das Postauto fährt selten; Schulkinder leben hier seit Jahren keine mehr. Und auch das Ristorante Porta ist zu, weil das alte Wirtepaar keine Nachfolger fand.

Dieser Niedergang führt dazu, dass auch die Leute mit Zweitwohnsitz seltener anreisen. Campo wirkt nun immer häufiger, als sei es bereits ausgestorben. Viele alte Häuser stehen leer, und wenn sie nicht in Zweitwohnungen umgewandelt werden können, werden sie wohl verfallen. Das stört Pedrazzini am meisten: Die Initianten und Befürworter der Zweitwohnungsinitiative hätten immer an Orte wie St. Moritz oder Zermatt gedacht. «Und jetzt wird der ganzen Schweiz das gleiche Gesetz übergestülpt, obwohl die Situation bei uns eine ganz andere ist.»

Pedrazzini entscheidet sich, die Rettung von Campo zu seiner Lebensaufgabe zu machen. Er kauft ein weiteres Stück Dorf dazu: das ehemalige Ristorante Porta. Daraus will er ein Boutiquehotel mit Speiselokal und Bar im Alpin-Chic machen, das Gäste anziehen, aber auch ein Treffpunkt für die Zweitwohnungsbesitzer und die Einheimischen werden soll. Im neuen Namen

«Fior di Campo» schwingt die Hoffnung mit, Campo möge dadurch erblühen. Allerdings: Die Einheimischen machen Pedrazzini die Rettung ihres Dorfs nicht leicht. Es werde im neuen Restaurant nur Kaviar und Champagner geben, raunen sie, und ausserdem sei ein Helikopterlandeplatz geplant.

### **1. Januar 2013: Was ist überhaupt eine Wohnung?**

Die Übergangsverordnung tritt in Kraft. In Gemeinden, in denen die 20-Prozent-Quote überschritten wird, sind ab jetzt gestellte Baugesuche für Zweitwohnungen nichtig. Die Beamten in Bern arbeiten aber bereits an der nächsten grossen Aufgabe: dem Formulieren des Bundesgesetzes. Denn jeder Verfassungsartikel braucht auch ein Gesetz, das konkretisiert, was der kurze Spruch überhaupt bedeutet. Und wieder einmal zeigt sich, wie leicht es ist, eine Idee in Worte zu fassen, und wie schwierig, sie danach in ein Gesetz zu verwandeln. Es fängt bereits beim Wort «Wohnung» an: Bisher ist nirgends definiert, was das überhaupt ist.

Die Antwort der Juristinnen und Juristen wird sich später im Artikel 2 des Bundesgesetzes finden: Eine Wohnung ist eine Gesamtheit von Räumen, die a) für eine Wohnnutzung geeignet sind; b) eine bauliche Einheit bilden; c) einen Zugang entweder von aussen oder von einem gemeinsam mit anderen Wohnungen genutzten Bereich innerhalb des Gebäudes haben; d) über eine Kocheinrichtung verfügen und e) keine Fahrnis darstellen (also nicht beweglich sind).

### **Februar 2013: Flucht aufs Land**

David Zimmermann will die Stadt hinter sich lassen. Er ist Mitte vierzig und sehnt sich nach mehr Ruhe. Im Oberengadin zu leben könnte er sich gut vorstellen, es entspricht seiner wichtigsten Anforderung: Es ist richtig abgelegen. Deshalb fährt Zimmermann an diesem Wintertag fünf Stunden Zug für ein Bewerbungsgespräch, von Münchenbuchsee im Kanton Bern nach St. Moritz, wo er noch nie zuvor war. Hier ist eine Stelle als Jugendarbeiter frei. Das Vorstellungsgespräch findet im Jugendtreff am See statt, und es läuft gut. Zimmermann wird vom ganzen Vereinsvorstand empfangen, man versteht sich.

Bevor er wieder in den Zug zurück ins Unterland steigt, spaziert er durch das Dorf. Es ist Winterhochsaison,

Zimmermann kommen Männer in teuren Skianzügen und Frauen in Pelzmänteln entgegen. Sollte ich die Stelle bekommen, denkt er, suche ich mir eine Wohnung in einem anderen Dorf. Doch das wird schwierig werden.

### **Frühling 2013: Der Zauberwürfel**

Der Holzbauer Enrico Uffer konnte nach der Annahme der Initiative nächtelang nicht schlafen, weil er sich Sorgen um seine Firma machte. Aber jetzt hat er eine neue Geschäftsidee. Uffer plant, kleine Holzhäuser zu bauen, «Quadrin» nennt er sie, kleiner Würfel. Er will sie in der ganzen Schweiz verkaufen, als temporäre Hotelzimmer, Kassenhäuschen oder VIP-Lounges für Musikfestivals.

### **22. Mai 2013: Ein gerechtes Gericht?**

Seit Monaten türmen sich in den Schweizer Gerichten die Fälle, in denen sich Parteien darüber streiten, ob Baugesuche von Zweitwohnungen noch bewilligt werden dürfen oder nicht. Manche der Beschwerden haben es inzwischen bis vor das Bundesgericht in Lausanne geschafft. Über drei Fälle entscheiden die Richter an diesem Mittwoch. Sie sind repräsentativ: Pilotfälle sozusagen, an denen sich die Gerichte in den Kantonen von nun an orientieren können. Das Land blickt gespannt Richtung Genfersee.

Das Bundesgericht ist das oberste Gericht der Schweiz, die letzte Instanz. Damit die Richter über einen Fall entscheiden, müssen sich zuerst kantonale Gerichte damit befassen. Sind die Parteien mit dem Urteil nicht einverstanden, können sie es weiterziehen an das Bundesgericht. Es besteht aus acht Abteilungen, die sich mit verschiedenen Rechtsgebieten befassen: zwei mit Strafrecht, zwei mit Zivilrecht, vier widmen sich dem öffentlichen Recht. Die Zweitwohnungsinitiative gehört in den Bereich des öffentlichen Rechtes: Es regelt das Verhältnis von Staat und Bürgern.

Dass die erste öffentlichrechtliche Abteilung an diesem Mittwoch für eine Beratung zusammentritt, zu der auch Publikum zugelassen ist, hat einen einfachen Grund: Die Richter sind sich nicht einig.

Der Abweichler heisst Peter Karlen. Karlen ist Mitglied der SVP, zwei seiner Kollegen sind in der CVP, einer in der SP, einer bei den Grünen. Die Bundesrichter gehören in der Regel einer

Partei an. Die Vereinigte Bundesversammlung, also National- und Ständerat zusammen, achtet bei der Wahl der Richter auf politische Ausgewogenheit, gemessen an der Wählerstärke.

Kritiker dieses Systems sagen, es sei falsch, dass ausgerechnet jene, die unabhängig urteilen sollen, einer Partei angehören. Befürworter dieser Regel argumentieren, es hätten sowieso alle Menschen eine Haltung, und so sei diese transparent.

SVP-Mann Peter Karlen sieht sich in der heutigen Urteilsberatung als Aussenseiter unter Linken oder zumindest Sympathisanten eines linken Anliegens, dem sie zum Durchbruch verhelfen wollen. Die wichtigste Frage, über die das Bundesgericht entscheiden muss: Was passiert mit den Baugesuchen, die zwischen dem 11. März 2012 – dem Tag der Annahme der Initiative – und dem 31. Dezember 2012 bewilligt wurden? In dieser Zeit haben aussergewöhnlich viele Leute Gesuche gestellt, um einem Bauverbot zuvorzukommen. Helvetia Nostra hat so oft wie möglich Einsprache erhoben.

Das Bundesgericht gibt Helvetia Nostra an diesem Mittwoch im Mai 2013 recht: Gemeinden, die schon mehr als 20 Prozent Zweitwohnungen haben, hätten nach Annahme der Initiative keine weiteren mehr bewilligen dürfen.

Peter Karlen unterliegt an diesem Mittwoch mit seiner Meinung, nicht die Initiative selbst, sondern nur die Übergangsbestimmungen seien direkt anwendbar. Er wird später sagen, das Urteil seiner Kollegen sei auch ein politisches gewesen. «Sie wollten einen Pflock einschlagen und ein Signal senden an die Öffentlichkeit und das Parlament.»

Franz Weber sitzt an diesem Tag im Zuschauerraum des grossen, düsteren Saals des Bundesgerichtes in Lausanne, als das Urteil verkündet wird. Er ruft: «Das Bundesgericht ist ein gerechtes Gericht!»

### **1. Juni 2013: Der Umzug**

Vier Monate nach seinem Vorstellungsgespräch beginnt David Zimmermann als Jugendarbeiter in St. Moritz zu arbeiten. Er hat inzwischen eine Wohnung in Brail gefunden, einem Weiler in der Nähe von Zernez mit 100 Einwohnern. Die Suche nach einer Wohnung war nicht einfach. Zimmermann





«Ich habe aufgehört, in meinem Leben Dingen nachzutruern»:  
David Zimmermann, Jugendarbeiter.

musste seinen Radius immer mehr ausweiten.

Den Arbeitsweg legt er von nun an mit dem Auto zurück, jeden Tag 30 Kilometer hin und 30 Kilometer zurück. Das Postauto nach Zernez fährt höchstens einmal in der Stunde, ab 19 Uhr gar nicht mehr. Es gibt keinen Laden in Brail. Zimmermann stört das nicht, aber er hatte auch keine Wahl. Im Engadin herrscht Wohnungsnot. Doch vielleicht, denkt Zimmermann, wird er eine Wohnung näher bei St. Moritz finden, sobald er im Oberengadin besser vernetzt ist und mehr Leute kennt.

## 26. Juni 2013: Alle reden mit

Ein Jahr nach der Abstimmung legt Doris Leuthard ihren Kollegen den Entwurf für ein Umsetzungsgesetz vor. Das Kollegium beschliesst, den Vorschlag in die Vernehmlassung zu schicken. Nun können die wichtigsten politischen Kräfte des Landes ihre Meinung zum Gesetz äussern. Dazu gehören etwa die Kantonsregierungen, Parteien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Gemeinden, Städte und Berggebiete. Die amtlichen Adresslisten vereinen eine bunte Vielfalt an Organisationen, die von der Internationalen Kaugummvereinigung bis zum Verband Schweizerischer Tabakhändler reicht. Sie können Rückmeldungen aller Art machen: von konkreten Korrekturvorschlägen zum Gesetzestext über allgemeine Anmerkungen bis zur generellen Rückweisung.

Die Idee der Vernehmlassung steht sinnbildlich für das politische System der Schweiz. «Statt das Schicksal in die Hände eines angeblich weisen Präsidenten zu legen, haben wir einen klugen politischen Algorithmus erfunden, eine gewaltige Konsultationsmaschine, die darauf programmiert ist, ständig alle zu allen wichtigen Projekten zu befragen und dabei die grössten Dummheiten wieder herauszufiltern»: So hat es Bundeskanzler Walter Thurnherr im April 2023 in einem Interview mit der NZZ formuliert.

Bundesrat und Parlament beziehen in der Vernehmlassung möglichst alle Lobbys ein, die genug Macht und Geld haben, um eine Vorlage zu kippen. Geregelt sind diese Vernehmlassungen in einem eigenen Gesetz, das selbst einmal in der Vernehmlassung war.

In den 1990er Jahren eröffnete der Bundesrat jedes Jahr im Durchschnitt

25 Vernehmlassungsverfahren. Heute sind es 75 bis 90 pro Jahr. Der Aufwand ist enorm, vor allem für die chronisch unterdotierten Parteisekretariate.

Bei den Zweitwohnungen geben in der Vernehmlassung vor allem die Ausnahmen zu reden, die der Bundesrat vorschlägt. Die Initianten um die Familie Weber sind entsetzt («ein Trauerspiel»), die Alpenlobby freut sich. Sogar der Walliser Staatsrat Jean-Michel Cina ist zufrieden: «Die Schritte weisen in die richtige Richtung», sagt er am Tag der Bundesratssitzung dem «Walliser Boten». Der Weg sei zwar noch weit. «Doch zeigt die Reaktion der Initianten, dass wir gut gearbeitet haben.»

In einer Vernehmlassung schlägt die Stunde der Strategen. Die Regierungen der Kantone Wallis, Graubünden, Uri, Glarus, Nid- und Obwalden reichen praktisch dieselbe Stellungnahme ein. Sie haben sich in der Konferenz der Gebirgskantone abgesprochen, die die identische Stellungnahme gleich nochmals abgibt. Ähnlich läuft es bei den Baumeistern: Der nationale Verband hat einen Standpunkt verfasst, dessen Wortlaut zusätzlich von neun kantonalen Verbänden übernommen wird.

144 Stellungnahmen von Organisationen und Privaten gehen beim Bundesamt für Raumplanung ein, viele sind mehrere Seiten lang, manche sind präzise geordnet nach Gesetzesartikeln, andere eher ein Rundumschlag. Das zuständige Amt muss von Gesetzes wegen alle Eingaben auswerten und in einem Ergebnisbericht zusammenfassen. Dieser listet säuberlich für jeden Artikel auf, wer dafür ist, wer dagegen und wer eine ganz andere Formulierung wünscht. Das Echo ist klar: Die Vorlage kommt bei den bürgerlichen Parteien, den Kantonen und der Wirtschaft gut an. Helvetia Nostra hingegen droht mit Widerstand.

## 8. September 2013: Der Drohbrief

Als Vera Weber den Briefkasten öffnet, erschrickt sie. In einem Couvert befinden sich ein Drohbrief und zwei Patronen. Abgeschickt wurde das Schreiben im Kanton Wallis, unterschrieben ist es «von einem Bürger in Schwierigkeiten». Er habe wegen der Zweitwohnungsinitiative «alles verloren». Auch Pierre Chiffelle, der Anwalt von Helvetia Nostra, wird bedroht. Weber und Chiffelle reichen bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Waadt Strafanzeige ein.

Wie heil ist die Schweizer Politik? Stimmt das Bild noch, dass Bundesräte ohne Bodyguards Tram und Bus fahren können? Im Juni 2023 schrieb die SP-Nationalrätin Jacqueline Badran in einer Motion: «Immer häufiger werden Parlamentsmitglieder und Personen des öffentlichen Lebens bedroht.» Vor allem während der Corona-Pandemie nahmen Drohungen gegen Politiker stark zu, seither ist die Anzahl der gemeldeten Fälle von 1215 auf 528 gesunken. Aber das Bundesamt für Polizei schreibt, diese Zahl sei «immer noch hoch und der Inhalt der Meldungen besorgniserregend».

Badran verlangt, dass die Wohnadressen der Mitglieder von Initiativkomitees künftig nicht mehr veröffentlicht werden müssen. Geschehe dies nicht, könnten Leute, die Angst vor Drohungen hätten, keine Initiativen mehr lancieren.

## 9. Februar 2014: Noch ein Schock

Schon wieder nimmt das Volk eine Initiative an, und dieses Mal sind die politischen Schockwellen noch grösser: Die Masseneinwanderungsinitiative der SVP stellt die gesamte Europapolitik in Frage.

Die Frage, wie sie umgesetzt werden soll, wird die Schweizer Politik fortan dominieren und paralisieren. Und sie wird auch die Debatte um die Zweitwohnungen beeinflussen. Zumindest behaupten das einige Politiker.

## 19. Februar 2014: Eine milde Version

Doris Leuthard ist weiterhin schnell unterwegs: Auf ihren Antrag hin verabschiedet der Bundesrat den definitiven Entwurf für das neue Zweitwohnungsgesetz inklusive Botschaft zuhanden des Parlaments.

Das Ergebnis aus der Vernehmlassung war so deutlich, dass Leuthard dem Parlament eine Gesetzesversion vorschlägt, die viele Ausnahmen und Erleichterungen vorsieht. Auch jener Punkt, der ihr immer besonders wichtig war, ist darin enthalten: Es soll erlaubt sein, bestehende Erstwohnungen als Zweitwohnungen zu nutzen und zu verkaufen, auch wenn die 20-Prozentgrenze erreicht ist.

Damit ist die Arbeit der Regierung vorläufig erledigt. Bundesrat und Verwaltung müssen das Projekt aus den Händen geben. Ab sofort ist wieder das Parlament am Zug.



# ZURICH FILM 19 FESTIVAL

28.9.  
–  
8.10.23

...'CAUSE  
LIFE IS  
BETTER WITH  
MOVIES



**Tickets**  
ab 18.9.  
[zff.com](http://zff.com)

Main Partner



Media Partner



Co-Partner



Cinema Partner



Supported by



Human Rights Partner



# 5. Kommissionen und Kuhhandel

Nun schlägt die Stunde der Lobbyisten. Wie viele Schlupflöcher verträgt ein Gesetz? Ein Kapitel über den Showdown im Bundeshaus, einen listigen SVP-Nationalrat und die Glaubwürdigkeit in der Politik.

## 7. April 2014: Déjà-vu

Politik kann manchmal so langweilig sein, dass man sich in Geheimen einen König wünscht, der Gesetze einfach befiehlt. Im Bundeshaus geht alles wieder von vorne los: die Arbeit in den Kommissionen des Stände- und des Nationalrats, die Anhörungen, die Debatten.

Vor fünf Jahren hatten die Parlamentarier zum ersten Mal über die Zweitwohnungsinitiative diskutiert und sie versenkt. Jetzt ist sie zurück in Bundesbern – als Auftrag des Volkes, an den sich die Politiker halten müssen. Sie können die Initiative nicht mehr verhindern, aber versuchen, Schlupflöcher ins Gesetz einzubauen. Genau das geschieht in den nächsten Monaten. In den Wandelhallen beginnt die Zeit der Lobbyisten, der Wirtschaftsvertreter und der betroffenen Bergkantone. Aber auch die Gegenseite, die Umwelt- und Landschaftsschützer, lobbyiert intensiv.

Schon die erste Runde in der Ständeratskommission entscheidet die Alpenlobby für sich. Erstwohnungen sollen nicht nur in Zweitwohnungen umgewandelt, sondern auch vergrössert werden dürfen. Hotelbesitzer sollen Ferienwohnungen bauen können, um ihren Betrieb querzufinanzieren. Und «touristisch bewirtschaftete» Wohnungen sollen sowieso so grosszügig wie möglich bewilligt werden. Was sich im Bundeshaus anbahnt, wird Vera Weber bitter als «Parodie von Demokratie» bezeichnen.

Im Parlament wird gefeilscht. Aber erst ein Jahr später wird man in einem Hinterzimmer des Bundeshauses einen Kompromiss finden, den niemand erwartet hat.

## 6. Juli 2014: Der Skandal

In der «Schweiz am Sonntag» erscheint ein Artikel mit dem Titel «Die vielen Zweitwohnungen des Franz Weber».

Der Landschaftsschützer besitze ein Appartement in Paris, ein Ferienhaus in Südfrankreich und neben seinem Hauptwohnsitz in Montreux eine weitere Wohnung oberhalb der Stadt. Die Botschaft ist klar: Weber ist jemand, der Wasser predigt und Wein trinkt. Seine Frau Judith rechtfertigt sich im Artikel: «Wir haben nichts dagegen, dass jemand ein zweites Haus hat.» Ihr Kampf richte sich nicht gegen kalte Betten, sondern gegen die «masslose Überbauung der Schweiz». Allerdings hat Franz Weber selber immer wieder die «kalten Betten» als Kampfbegriff benutzt. Zur Rechtfertigung sagt er, er brauche diese Wohnungen zum Arbeiten.

Wie schädlich ist es für die Glaubwürdigkeit, wenn eine Person im Privaten nicht so lebt, wie sie es öffentlich verlangt? Darf ein Klimaaktivist in die Ferien fliegen, darf ein SVP-Nationalrat, der sich gegen die Zuwanderung wehrt, eine asylsuchende Putzfrau ohne Arbeitserlaubnis anstellen, darf ein CVP-Familienpolitiker ein uneheliches Kind haben? Eine Nationalfondsstudie von 2017 hat untersucht, wie die Öffentlichkeit auf solche Fälle reagiert. Die Forscher kommen zum Schluss, dass seit den 1960er Jahren eine deutliche Personalisierung in der Politik stattgefunden hat. Ein Seitensprung, eine Urlaubsreise oder eine Ferienwohnung hätten vor 60 Jahren in der politischen Diskussion noch keine Rolle gespielt. «Damals hätten alle geschwiegen.»

Insgesamt aber sei der Respekt vor der Privatsphäre in der Schweiz auch heute noch intakt.

Franz Weber schaden seine Zweitwohnsitze nicht. Einige Zeitungskommentatoren beschuldigen ihn der Heuchelei, ein paar politische Gegner machen sich über die Doppelmoral lustig; aber der Skandal verebbt rasch.

## 25. September 2014: Durchlöchern

Im Ständerat werden weitere Löcher gerissen. Es ist «der Grosskampftag der Walliser und der Bündner», wie der Korrespondent der NZZ notiert: «Die vier Ständevertreter dieser zwei Kantone genehmigten sich kaum eine WC-Pause. Sieben Stunden lang fuhren sie das ganze parlamentarische Arsenal von Kommissions-, Minderheits- und Einzelanträgen auf. Sieben Stunden lang kämpften sie für mehr Ausnahmen vom Zweitwohnungsverbot.»

Bundesrätin Leuthard stellt sich ihnen in den Weg. Sie gibt zu, dass bereits mit ihrem Vorschlag der Spielraum «mehr als ausgereizt» werde. «Wenn Sie wie bei anderen Initiativen eine konsequente, buchstabengetreue Umsetzung wünschen würden, dann müssten Sie diese Vorlage zurückweisen.» Der Ständerat macht das Gegenteil. Er beschliesst weitere Ausnahmen.

Der Punkt, der in ein paar Jahren viele Leute in existentielle Nöte treiben wird, gibt auch hier zu reden: die Erstwohnungen, die zu Zweitwohnungen werden könnten. Schon der Bundesrat hatte auf die Gefahr einer Wohnungsnot hingewiesen. Aus seiner Sicht genügt es aber, einen «Missbrauchsartikel» im Gesetz zu verankern: Gemeinden und Kantone könnten bei unerwünschten Entwicklungen strengere Regeln erlassen und zum Beispiel die Umnutzung in Zweitwohnungen erschweren.

Die Walliser und die Bündner können den Ständeratssaal zufrieden verlassen. Juristisch kann sie niemand stoppen. Denn die Schweiz kennt keine Verfassungsgerichtsbarkeit.

Findet jemand, das Parlament habe eine Initiative nicht korrekt umgesetzt, kann er auf dem Rechtsweg nichts dagegen unternehmen. Die Einführung eines Verfassungsgerichts wurde oft



«Irgendwann sagten wir nur noch: Augen zu und durch»:  
Adrian Amstutz, ehemaliger SVP-Nationalrat.

diskutiert, aber immer verworfen – vom Parlament, das damit seine Macht wahrt. Allerdings gibt es auch gute Gründe gegen ein Verfassungsgericht: Die Entscheide sind fast immer politisch, und eine Handvoll Richter sind nicht unbedingt weiser als 246 gewählte Politiker.

Wenn Franz Weber mit der Arbeit des Parlaments unzufrieden ist, kann er nicht vor Gericht ziehen. Ihm bliebe wieder nur der Weg über die direkte Demokratie. Vera Weber müsste sich also noch einmal überwinden und auf der Strasse Unterschriften sammeln. Aber wird es wirklich so weit kommen?

**18. November 2014: Noch mehr Löcher**  
Die Kommission des Nationalrats fährt fort, wie der Ständerat aufgehört hat: Sie schlägt neue Löcher in die aktualisierte Umsetzungsvorlage, die im Moment aus 23 Seiten mit 26 Gesetzesartikeln besteht. Zum Beispiel bei den Plattform-Wohnungen. Der Bundesrat hat vorgeschlagen, dass neue Ferienwohnungen gebaut werden dürften, wenn sie «touristisch bewirtschaftet» werden – also wenn der Besitzer sie auf Plattformen wie Airbnb stellt.

Die Nationalratskommission will, dass diese Wohnungen als Erstwohnungen zählen. Die Folge: Man könnte mit dem Bau von neuen Ferienwohnungen die Quote in manchen Gemeinden unter die 20-Prozent-Grenze drücken und dort wieder ganz ungehindert noch mehr Ferienhäuser bauen. Mit jeder Lockerung drängt sich die Frage stärker auf: Wird das Komitee um Franz Weber das Referendum dagegen ergreifen?

Das fakultative Referendum ist so etwas wie das direktdemokratische Gegenstück der Initiative. Wo letztere die Veränderung, den Wandel sucht, verteidigt das Referendum den Status quo. Wer mit einem Gesetz nicht einverstanden ist, kann mit 50 000 Unterschriften eine Volksabstimmung darüber erzwingen.

Wenig hat die moderne Schweiz so stark geprägt wie die Einführung des fakultativen Referendums 1874. Sie läutete das Ende der freisinnig-liberalen Vorherrschaft ein. Die Möglichkeit, das System zu blockieren, stärkte die Macht der konservativen und sozialdemokratischen Minderheiten. Plötzlich musste die Mehrheit Rücksicht nehmen.

210 fakultative Referenden gab es in den vergangenen 149 Jahren; 87 waren

erfolgreich. Wenn nun aber ein Initiativkomitee mit einem Referendum gegen die Umsetzung der eigenen Initiative kämpfen würde, wäre das ein Novum – ein reichlich absurdes. Doch was soll ein Komitee anderes machen, wenn es mit der Umsetzung nicht einverstanden ist?

Die SVP stand in der Vergangenheit zwei Mal vor der gleichen Frage, und zwar mit ihren erfolgreichen Initiativen zur Ausschaffung von Ausländern und zur Zuwanderung. Sie wählte einen anderen Weg: Anstelle eines Referendums lancierte sie je eine neue Initiative, die sie nun unmissverständlich klar formulierte (die Durchsetzungs- und die Begrenzungsinitiative). Allerdings scheiterten beide an der Urne klar.

Vera Weber wird nicht noch einmal Unterschriften sammeln müssen. Manchmal reicht die Angst vor einem Referendum, damit ein Kompromiss zustande kommt. In diesem Fall ist der Vorgang aber so aussergewöhnlich, dass einige Leute behaupten werden, der Deal sei einem Verhältnis Webers mit einem SVP-Politiker zu verdanken.

**2. März 2015: Deal im Hinterzimmer**  
Im Bundeshaus beginnt die Frühjahrs-session mit einem klandestinen Treffen.

## Ist jemand mit der Arbeit des Parlaments unzufrieden, kann er nicht vor Gericht ziehen.

Eingeladen hat Adrian Amstutz, der in der SVP mittlerweile zum Fraktionschef aufgestiegen ist. Am Tisch sitzen die relevanten Grössen aus SVP, FDP und CVP – und Vera Weber. Vor ihnen liegt der Entwurf für eine Art Friedensvertrag, aufgesetzt von Amstutz und Weber. Die Initianten versprechen, auf das Referendum zu verzichten. Dafür müssen sich die bürgerlichen Parteien verpflichten, die Plattform-Wohnungen aus der Vorlage zu streichen und die Regeln für die Umnutzung von Hotels und Häusern in Dorfkernen zu verschärfen. Damit fallen drei der grössten Schlupflöcher weg.

Seinen Plan präsentiert Amstutz einen Tag vor der entscheidenden Debatte. Eingeweiht ist auch Gabi Huber, die Fraktionschefin der FDP.

Mit Amstutz und Huber kippen die SVP und die Freisinnigen. Die Walliser im Raum sind entsetzt, die Bündner nicht minder, und mit ihnen die CVP. Ihre Wortführer verlassen die Sitzung. Die ganze Alpenlobby ist verärgert: Alles hatte so gut ausgesehen, die ultralockere Umsetzung war fast am Ziel, und jetzt das! Es kursieren Gerüchte. Um den Deal zu hintertreiben, unterstellen manche Politiker Amstutz eine Affäre mit Weber.

Amstutz hatte den Deal allein eingefädelt und das Gespräch mit Vera Weber gesucht. Ganz bewusst informierte er die anderen Parteien erst spät. Sogar in der SVP wussten nur wenige Bescheid. «Ohne Überraschungseffekt ist ein solches Manöver nicht möglich», sagt Amstutz rückblickend.

Gegner sprechen von einem Verstoß gegen die parlamentarischen Regeln: Mitten im Prozess die Kommission hinterrücks zu übersteuern gehöre sich nicht. Zweifellos ist der Ablauf ungewöhnlich.

Amstutz' Motive sind umstritten. Man wirft ihm vor, es gehe ihm gar nicht um die Zweitwohnungen. Er mache das nur, um im Streit um die beiden anstehenden SVP-Initiativen (gegen Masseneinwanderung und für die Ausschaffung von Ausländern) eine strikte

Umsetzung verlangen zu können. Amstutz widerspricht auch heute noch: Ihm sei es um die Glaubwürdigkeit des Parlaments gegangen und darum, ein Referendum zu verhindern und endlich Rechtssicherheit für die betroffenen Regionen herzustellen.

Auch Vera Weber wird intern kritisiert für den Deal – vor allem von jenen, die finden, man müsse die Initiative hart umsetzen. Sie sagt: «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.» Die Abmachung hält sie auch heute noch für «ehrentvoll», die Sache sei korrekt abgelaufen.

Für Adrian Amstutz ist das Manöver riskant. Zig Parlamentarier dazu zu bringen, über Nacht die Meinung zu ändern, ist auch für ihn kein einfaches Unterfangen. Wenn der Deal im Natio-

nal- oder Ständerat scheitert, ist Amstutz die Häme sicher. Doch das sei ihm wurst gewesen: «Volksentscheide sind vom Parlament umzusetzen – Punkt.»

### 3. März 2015: Der Deal hält

Während der Debatten im Nationalrat steht Amstutz im Zentrum, er steckt ein, er teilt aus. Einmal geraten er und Bundesrätin Leuthard aneinander, als er sich ihrem Pültchen nähert. Sie habe ihn abgekanzelt wie einen Schulbuben, erinnert er sich. «Gemach, gemach», habe er geantwortet. Sie sei als Bundesrätin auch nur eine Angestellte des Volkes. Das habe die Stimmung allerdings auch nicht verbessert.

Leuthard begrüsst in ihrem Votum den Kompromiss, ergänzt aber: «Ich wünschte mir, dass das, so wie es sein

gibt auch Bundesrätin Leuthard zu. Trotzdem bleibt der Passus stehen. «Irgendwann sagten wir nur noch: Augen zu und durch», sagt Adrian Amstutz.

**20. März 2015: Finale im Bundeshaus** Nun ist es eine Formsache: Am letzten Sessionstag übersteht das neue Gesetz die Schlussabstimmung mit deutlichen Mehrheiten in beiden Kammern. Jetzt kann es nur noch scheitern, wenn jemand das Referendum ergreift. Doch Vera Weber hält Wort.

### 4. Dezember 2015: Inkraftsetzung

An einer der letzten Sitzungen des Jahres schreitet der Bundesrat zum vorläufig letzten Akt: Er beschliesst formell, das Gesetz auf den 1. Januar 2016 in

## Ein Höhepunkt der Gesetzgebung ist das Ganze nicht. Manche Artikel darin sind phantastisch unverständlich.

sollte, in den Kommissionen stattfindet und nicht in irgendwelchen Hotelzimmern oder was weiss ich wo.» Schliesslich stimmt der Nationalrat dem Amstutz-Weber-Deal zu.

### 10. März 2015: Augen zu und durch

Der Ständerat, vom Deal ebenfalls überrumpelt, nimmt die Vorlage an. Ein Höhepunkt der Gesetzgebung ist das Ganze nicht. Geradezu phantastisch unverständlich ist der Artikel 8, Absatz 3 des Gesetzes, der noch heute gilt.

Es geht darin um Hotels, die neue Zweitwohnungen erstellen, wovon sie einen Teil vermieten und einen verkaufen. Wie soll man berechnen, welchen Anteil an der Hotelfläche die Wohnungen einnehmen dürfen? Dazu der Artikel im Original: «Erstellt der Betrieb sowohl Wohnungen nach Absatz 1 wie auch solche nach Absatz 2, so wird der Höchstanteil von 33 Prozent reduziert um den Wert, der sich daraus ergibt, dass der Quotient aus der Fläche der Wohnungen nach Absatz 1 und der Summe der Flächen der Wohnungen nach den Absätzen 1 und 2 mit 13 Prozent multipliziert wird.»

Der Artikel sorgt im Parlament für Gelächter. Ihr sei das zu kompliziert,

Kraft zu setzen. Zudem heisst er eine neue Verordnung gut, die alle Details klären soll.

Verordnungen sind oft so etwas wie die Bedienungsanleitung zu Gesetzen. Fast zu jedem Gesetz gibt es Verordnungen, zu den grossen sogar mehrere. Im Fall der Zweitwohnungen ist darin etwa geregelt, wie der Bund berechnet, ob eine Gemeinde unter die 20-Prozent-Regel fällt.

Mit dem Inkrafttreten stösst ein Gesetz offiziell zur ständig wachsenden Familie des Schweizer Rechts hinzu. Für Ordnung sorgt hier die «Amtliche Sammlung» (AS), in der die Bundeskanzlei chronologisch und akribisch sämtliche Regeln auflistet, die in diesem Land gerade gelten. Die Sammlung besteht seit 1851.

Seit 2016 ist nicht mehr die Papierausgabe massgebend, sondern die Onlineversion. Sie wird bei Bedarf an jedem Arbeitstag in allen drei Amtssprachen aktualisiert. Mit gutem Grund: Der Entscheid des Bundesrats, ein Gesetz in Kraft zu setzen, ist rechtlich nicht relevant – es gilt nur, was in der AS steht. Das Zweitwohnungsgesetz findet hier am 1. Januar 2016 Eingang unter der Nummer AS 2015 5657.

**Frühjahr 2018: Immer noch Pendler** Nach fünf Jahren als Jugendarbeiter pendelt David Zimmermann noch immer täglich 30 Kilometer von Brail nach St. Moritz. Er mag seinen Job, seine Erfahrung und sein Engagement werden geschätzt, und inzwischen kennt er viele Leute. Nur bei der Suche nach einer Wohnung, die näher an seinem Arbeitsplatz liegt, haben ihm all die Bekanntschaften nicht geholfen.

Hin und wieder hört er jemanden klagen, wie schwierig es sei, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Aber Zimmermann macht sich keine Sorgen. Er braucht nicht unbedingt ein neues Zuhause. Jedenfalls noch nicht.

### 7. Oktober 2018: Der Aussenseiter übernimmt

In St. Moritz wird der Zürcher Tenor und Gründer des Festival da Jazz, Christian Jott Jenny, zum Gemeindepräsidenten gewählt. Er setzt sich gegen den Einheimischen Sigi Asprien im zweiten Wahlgang durch.

Jennys Versprechen: «Den Ort wieder auf die 1800 Meter über Meer zu heben, auf denen er einmal war – und von wo er leider in den letzten Jahren etwas abgesunken ist.» In seinem Amt wird Jenny ein Problem begleiten, das er selbst bereits im Wahlkampf erwähnte: Die Einheimischen und die ausländischen Arbeitskräfte hätten Mühe, die Mieten zu bezahlen.

Politik ist Neuland für Jenny. Als die Schweiz über die Zweitwohnungsinitiative diskutierte, lebte er in Berlin. Abgestimmt hat er damals nicht.

### 2. April 2019: Franz Weber stirbt

Im Alter von 91 Jahren stirbt der Vater der Zweitwohnungsinitiative. «Das Feuer von Franz Weber, seine komplette Hingabe, brennt in uns, in mir weiter», schreibt Vera Weber nach seinem Tod. Franz Weber hatte zuletzt an Demenz gelitten. Bei einem Besuch der «Schweizer Illustrierten» zwei Jahre zuvor sagte er: «Ich war immer aktiv, habe so viel gemacht, aber ich weiss nicht mehr, was.»

Auch wenn sich Franz Weber nicht mehr an all sein Wirken erinnerte – die Zweitwohnungsinitiative gerät in der Schweiz nicht in Vergessenheit. Was bleibt von der Idee, die Weber im Frühsommer 2005 in einsamen Nächten entwickelt hatte? Und wie wirkt sie sich heute auf das Leben der Menschen aus?

# 6. Das Leben danach

Die Idee von Franz Weber ist nun seit sieben Jahren ein Gesetz. Was hat es verändert? Ein letztes Kapitel über neue Geschäftsideen, einen Gemeindepräsidenten in Not und den Willen des Volkes, der nicht ewig gilt.

## Sommer 2023: Adrian Amstutz

Heute, nach all den Jahren, kann er es offen sagen: Adrian Amstutz ist froh, dass das Volk die Zweitwohnungsinitiative angenommen hat. «Natürlich gab es dadurch eine grosse Aufregung und auch viele Unsicherheiten. Aber ich glaube, die Vorteile überwiegen. Die scharfe Intervention war nötig.»

Die Politik brauche eben manchmal einen «Schuss vor den Bug», dafür seien Volksinitiativen da. Amstutz hält nichts von der Kritik, wonach Initiativen oft zu schwammig formuliert oder zu radikal seien. «Das Volk ist der Chef. Die im Bundeshaus müssen seine Aufträge ausführen.» Im Fall der Zweitwohnungen ist er mit der Auftragserfüllung zufrieden, an der er massgeblich Anteil hatte: «Das Gesetz funktioniert, die Bremswirkung im Alpenraum ist eindeutig.»

## Sommer 2023: Enrico Uffer

Enrico Uffer, dem Holzbauer aus Savognin, ging es wie vielen in der Baubranche, die dachten, mit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative stehe das Ende bevor: Es kam alles doch nicht so schlimm wie befürchtet. Uffers Firma ist sogar noch gewachsen, heute beschäftigt sie 120 Mitarbeiter. Was Uffer früher mit Ferienwohnungen verdiente, nimmt er heute mit den «Quadrins» ein, den Holzwürfeln, die zu Pop-up-Restaurants, VIP-Lounges oder Hotels werden. Die Zauberwürfel verkauft und vermietet Uffer in der ganzen Schweiz.

Im Nachhinein sei die Initiative ein Glück, sagt Uffer. «Weil wir das Messer am Hals hatten, stellten wir uns neu auf und orientierten uns an neuen Trends.» Er habe in den Krisenmonaten nach der Abstimmung viel gelernt und verstanden. Die Baubranche habe seinerzeit das Geschäft mit den Zweit-

wohnungen zu sehr ausgereizt, «statt vernünftig zu sein, waren wir gierig».

Was geblieben ist: Uffers Enttäuschung über die Politik. Franz Weber macht er keinen Vorwurf, es sei dessen gutes Recht gewesen, eine Volksinitiative zu lancieren. Nur von den Politikern fühlt er sich im Stich gelassen, ihnen gibt er die Schuld für die Rechtsunsicherheit, die viel zu lange gedauert habe. Uffer hat sich von der Politik abgewandt, er geht zwar noch abstimmen, aber nur noch unregelmässig.

## Sommer 2023: Vera Weber

Vera Weber hat vor allem eine Erkenntnis gewonnen: «Die Schweiz ist wirklich ein sehr demokratisches Land. Als Einzelne kann man etwas bewegen.» Aber sie hat auch Freunde verloren, die im Tourismus und in der Immobilienbranche tätig waren und ihr Geschäft von Webers Initiative bedroht sahen. Das ist der Preis, den sie für den Abstimmungssieg bezahlt hat.

Seit zehn Jahren präsidiert Vera Weber die Fondation Franz Weber und Helvetia Nostra. Sie tut es in ihrem eigenen Stil, ruhiger als ihr verstorbener Vater. Sie sagt: «Ich bin verantwortlich, dass man Franz Weber nicht vergisst. Er ist ein Teil der Schweizer Geschichte.»

Vera Webers Kampf geht weiter. Zuletzt hat sie sich dafür eingesetzt, dass Elefanten nicht mehr in Zoos gehalten werden dürfen.

## Sommer 2023: Christian Jott Jenny

Christian Jott Jenny, der Gemeindepräsident von St. Moritz, fährt mit seinem Fiat 4x4 durch St. Moritz Bad, «unsere DDR», und zeigt auf Wohnblöcke am Strassenrand. «Hier gibt es Vierzimmerwohnungen für unter 2000 Franken, aber klar, da bewerben sich 200 Leute drauf.»

St. Moritz' Probleme sind exemplarisch für die vieler Gemeinden in Bergregionen, im Bündnerland, im Wallis oder im Berner Oberland: Die Einheimischen können sich die Wohnungen und Häuser nicht mehr leisten, die Hoteliers finden keine Zimmer für ihr Personal, während der Winter- und der Sommersaison müssen die Angestellten von Bergbahnen und Restaurants von weit her pendeln.

Jenny kommt mit seinem Auto an der «Residenz am See» vorbei, einer ästhetisch bescheidenen Siedlung. «Ein Zürcher Anwalt vertritt die Stockwerkeigentümer. Die Leute haben Wohnungen in den 1970 Jahren wohl für etwa 200 000 Franken gekauft, heute kosten die mehrere Millionen, und die Erben verkaufen sie.» Jenny zeigt auf die andere Seite des Sees: «Da drüben ist das Hotel, das die Gemeinde gekauft hat. Gerade leben ukrainische Flüchtlinge darin, später sollen dort Wohnungen entstehen. Unser Problem ist: Die Leute brauchen jetzt Wohnungen, aber bis wir sie haben, dauert es noch ein paar Jahre.» Für viele ist das zu spät.

## Sommer 2023: David Zimmermann

Der Jugendarbeiter David Zimmermann sitzt in seiner Stube in Koblenz im Aargau. Die Dreizimmerwohnung mietet er für 1200 Franken im Monat.

Zimmermann musste auf Ende März seine Stelle in St. Moritz kündigen und aus dem Engadin wegziehen, sein Vermieter in Brail hatte ihm nach zehn Jahren wegen Eigenbedarfs gekündigt. Obwohl er bereit war, 2000 Franken Miete zu bezahlen, suchte er vergeblich nach einer anderen passenden Wohnung im Engadin. Dass er inzwischen drei Hunde besitzt, hat die Suche auch nicht erleichtert. Wie überall, wo der Wohnraum knapp ist, haben





«Die Leute brauchen jetzt Wohnungen»: Christian Jott Jenny, Gemeindepräsident von St. Moritz

Leute mit Kindern, Tieren oder Instrumenten schlechte Chancen gegen gut verdienende Paare und Singles.

Zimmermann ist auf absurde Angebote gestossen: eine 1,5-Zimmer-Wohnung für 3500 Franken zum Beispiel. Selbst eine Wohnung in seinem früheren Haus, die während Jahren leer stand, gehört nun einem Zweitwohnungs-

eigentlich bekämpft hatte. «Die Initiative hat eine Berechtigung gehabt und ihr Ziel erreicht», sagt die Altbundesrätin. Neue Zweitwohnungen seien seither keine mehr gebaut worden, die Landschaft habe sie in dem Sinne geschützt.

Aber Leuthard sieht heute auch die negativen Konsequenzen, vor denen sie

tenzahl zu erhöhen, wenn die Bevölkerung wächst.» Gleichzeitig sei es immer wichtig, dass sich ein Initiativkomitee bewusst sei, was es mit einem Anliegen auslöse: «Man setzt eine riesige Maschinerie in Gang und braucht Ressourcen, die Initianten greifen auch in das Leben vieler Menschen ein.»

### Sommer 2023: Vincenzo Pedrazzini

Der ehemalige FDP-Vizepräsident Vincenzo Pedrazzini steht vor seinem Hotel und blickt auf das Bauland, das er vor fast 20 Jahren mitten in Campo gekauft hat. Gerade hat der Bauer die Wiese gemäht, manchmal grasen hier auch Ziegen. Pedrazzini's Prophezeiung hat sich bewahrheitet: In der Gemeinde wurde seit Annahme der Initiative keine einzige neue Wohnung gebaut. Trotzdem ist Campo aufgeblüht.

Seit das «Fior di Campo» als eine Art Réception für das Dorf funktioniert, reisen die Besitzer der rund 250 Ferienhäuser und Ferienwohnungen wieder öfter an. Sie hinterlegen hier ihre Hausschlüssel oder kaufen Brot. Vor allem aber sind das Restaurant und die Bar zu einem Treffpunkt geworden, wenn auch nicht für die Einheimischen. Obwohl Pedrazzini ihnen zuliebe den Preis für einen Caffè lange unter drei Franken gehalten hatte, kommen sie selten vorbei.

Das Wichtigste aber war das WLAN: Seit Pedrazzini quasi im Alleingang für schnelles Internet gesorgt hatte, nutzen

## Wie lange soll die Meinung des Volkes gültig sein? Müsste nicht jede Generation von neuem über die grossen Fragen ihrer Zeit abstimmen?

besitzer. Der Mann hat sie während der Pandemie gekauft.

Zimmermann erlebte nun selbst, was die Wohnungsnot bedeutet, von der die Einheimischen in St. Moritz seit ein paar Jahren immer öfter sprachen. Die Zweitwohnungsinitiative, sagten sie, habe die Situation verschärft. Jetzt litt auch Zimmermann. Gleichzeitig sah er, wie viele Ansässige von den hohen Immobilienpreisen profitierten. Als er bei Bekannten fragte, ob sie ihm ihre Ferienwohnung dauerhaft vermieten würden, winkten alle ab: Damit würden sie viel weniger verdienen.

Als Zimmermann Ende 2022 die Zusage für einen Job in leitender Position in der Jugendarbeit in Baden erhielt, stand für ihn fest: Er wird das Engadin verlassen. Zuerst wollte er keinen Abschiedsapéro organisieren. Dann einen mit 30 Leuten. Schliesslich kamen 80. Er war ein Einheimischer geworden.

Zimmermann ist jetzt Mitte 50, und er hätte sich gut vorstellen können, bis zur Pensionierung in St. Moritz zu arbeiten. Aber er sei froh um die gute Lösung im Unterland. «Ich habe aufgehört, in meinem Leben Dingen nachzutrauern.» Die Balkontüre zu seiner Wohnung in Koblenz hat er geschlossen, es ist ein heisser Sommertag. «Das vermisse ich», sagt er, «die angenehmen Temperaturen im Engadin.»

### Sommer 2023: Doris Leuthard

Doris Leuthard erinnert sich gerne an die Zeit, in der sie mit der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative beschäftigt war, auch wenn sie das Anliegen

schon früh gewarnt hatte: die Wohnungsnot in den Berggebieten. Es brauche in den nächsten Jahren eine intensive Diskussion über Raumplanung. «Der Chaletstil ist ineffizient, warum können wir nicht in die Höhe bauen? Und wahrscheinlich müssen wir auch darüber nachdenken, ob wir nicht unsere Ansprüche zurückschrauben.» Bezahlbare Wohnungen seien eine wichtige Voraussetzung, um als Land zu wachsen. Und diese gebe es in vielen Orten nicht mehr.

Leuthard findet es wichtig, nach einer gewissen Zeit über Gesetze zu sprechen und diese anzupassen. «Es ist unrealistisch zu sagen, wir machen ein

## Das Gute und das Schwierige an unserer Demokratie: Sie ist nie fertig. In der Schweizer Politik wird immer wieder aufs neue ausgehandelt, was gelten soll.

Gesetz für 30 Jahre.» Es sei keine Schande, wenn man nach zehn Jahren hingehe und schaue, wo man etwas verändern müsse, dafür sei eine Demokratie ja da. «Es kommen neue Generationen, neue Bedürfnisse, die Gesellschaft verändert sich.» Und im Fall des Zweitwohnungsgesetzes passiert genau das. Im Bundeshaus wird im Moment wieder über Lockerungen diskutiert.

Doris Leuthard würde die Hürden für Volksinitiativen anpassen. «Ich denke, es wäre richtig, die Unterschrif-

viele Leute ihre Ferienhäuser als Homeoffice. Die Vorstellung von den Betten, die die meiste Zeit des Jahres kalt blieben, treffe hier nicht zu, sagt Pedrazzini. In Campo gehören die meisten Ferienhäuser Tessinern. Sie kommen an vielen Wochenenden, in den Ferien, und wenn sie pensioniert sind, bleiben sie oft wochen- oder sogar monatelang. «Diese Leute sind die Zukunft von Campo.»

Der Zweitwohnungsanteil in Campo ist noch immer der höchste im ganzen Land. Er liegt sogar noch höher als vor

zehn Jahren, bei 90,6 Prozent. Ein paar Hotelgäste haben sich während ihres Aufenthalts in den Ort verliebt und alte Häuser oder Ställe in Feriendomizile verwandelt.

Doch Pedrazzini hadert noch immer mit dem Gesetz, weil er findet, es werde einem Ort wie Campo nicht gerecht. Die Einschränkungen für den Umbau von bestehenden Gebäuden in Zweitwohnungen seien zu gross, sagt er. Und weil die Initiative das Angebot verknappt hat, sind die alten Häuser und Ställe inzwischen sehr teuer.

Dafür ist Bauland fast nichts mehr wert. Würde Pedrazzini sein Grundstück verkaufen, bekäme er einen Bruchteil von den knapp 100 000 Franken, die er einst bezahlt hat. Das Geld reue ihn nicht, sagt er. Aber es sei einfach schade, dass sich nun nur die Kühe an der schönen Aussicht erfreuten. Vielleicht werde sich das ja irgendwann wieder ändern, denkt Pedrazzini. Unmöglich ist das nicht.

Auch wenn das Volk einmal Ja oder Nein zu einer Idee gesagt hat: für die Ewigkeit ist ein solcher Entscheid nie. Über das Frauenstimmrecht, eine Mutterschaftsversicherung oder den Unbeitritt stimmten die Bürger mehrmals ab und änderten im Lauf der Zeit ihre Meinung.

Und wie lange soll die Meinung des Volkes überhaupt gültig sein? Müsste nicht jede Generation neu über die grossen Fragen ihrer Zeit abstimmen?

Das ist das Gute und das Schwierige an unserer Demokratie: sie ist nie fertig. In der Schweizer Politik wird immer wieder aufs neue ausgehandelt, was gelten soll. Und wenn in ein paar Jahren jemand der Ansicht ist, es sollten wieder mehr Ferienwohnungen in den Bergen gebaut werden, kann er einfach eine neue Initiative starten; dann geht alles wieder von vorne los.

*Flurin Clalüna, Barbara Klingbacher, Reto U. Schneider und Aline Wanner* arbeiten beim NZZ Folio. *Fabian Schäfer* leitet die NZZ-Bundehausredaktion. *Danijel Beljan, Cian Jochem, Roland Shaw* gehören zum Team NZZ Visuals. *Tom Huber* ist freier Fotograf in Zürich.

VOM WORT ZUM BILD

## KRAFT VERSCHLEISSEN

**Anja Kampmann trifft**

**Stefan Guggisberg**

Was entsteht, wenn sich ein Künstler und eine Lyrikerin auf einer Doppelseite begegnen?

NZZ Folio lädt Schriftsteller und bildende Künstler zu einem poetischen Austausch ein über das Verhältnis von Mensch und Natur. In zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben bewegt sich ein Künstlerpaar jeweils «vom Wort zum Bild» und «vom Bild zum Wort».

Für die folgende Doppelseite hat Anja Kampmann das Gedicht «galy» über den August verfasst, einen Monat, der seine Kraft verschleisst.

Stefan Guggisberg knüpft an dieses Bild des unaufhaltsamen Übergangs an, mit einem Ölgemälde von übersteigerter Sinnlichkeit.

Anja Kampmanns (\*1983) Lyrikband «Proben von Stein und Licht» (Hanser) ist 2016 erschienen. Zwei Jahre später folgte ihr Roman «Wie hoch die Wasser steigen» (Hanser). Das Buch wurde mit dem Mara-Casens-Preis für das beste Romandebüt ausgezeichnet und für den Preis der Leipziger Buchmesse und für den Deutschen Buchpreis nominiert. Ihre letzten Veröffentlichungen sind der Gedichtband «Der Hund ist immer hungrig» (2021) und ihre Übersetzung von Ilya Kaminskys «Deaf Republic» (2022).

Stefan Guggisberg (\*1980) studierte Malerei und Fotografie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig und war danach Meisterschüler bei Neo Rauch. Er wurde mit zahlreichen Preisen und Stipendien ausgezeichnet; seine Werke werden international ausgestellt. 2022 war er Gastprofessor an der Musashino Art University in Tokyo.

Folgen Sie dem QR-Code und hören Sie das Gedicht «galy», gelesen von Anja Kampmann.



Stefan Guggisberg  
ohne Titel (Bach), 2023  
Öl auf Papier  
170 x 125 cm  
courtesy Galerie EIGEN + ART Leipzig/Berlin  
Foto: Uwe Walter, Berlin



als wär der august nur ein name  
als wäre es nur ein abschnitt im jahr und nicht  
das hohe weit über den bäumen das hohe  
das über das tal kommt wie eine lawine aus licht  
und feuer. als wären die flüsse noch da  
und als wär hier nie mehr gewesen  
als dieses rinnsal glucksend über flachem stein  
in seine eigene sprache vertieft. wie falter  
nichts anderes können in ihrem seichten  
so seltsam anmutenden auf und ab wie stunden  
sich über welke nesseln schleppen  
und das schweigen der stämme ist eisern  
wo es dem licht nicht entweichen kann. früh  
am morgen zieht die natter davon einen singvogel  
quer im gesperrten rachen. seine klagenden rufe  
haben nur eine frequenz – auch das ist  
der august. aufgeheizt die steine, trocken wie steppengras  
die kämme der hügel. das licht balanciert sanft dahin  
am abend. durch holz und geäst  
dringt wenig zu uns das moos auf den steinen  
verliert allmählich sein grün. man fordert  
beweise für die erzählung vom großen regen  
von all der zeit die diese steine formte  
wer am bach saß in der hand die pfeife  
schafe saufen und etwas, größer als wir  
verklingt. verwehte asche wurzelholz  
am rand wir hören nachts  
das bächlein flach und eingeschlossen  
tief in sich, gesprächig wie falter es sind  
in ihrem auf und ab als gäbe es keine richtung  
für schnee.



# «SIE SIND DIE HILFLOSESTEN MENSCHEN IN RUSSLAND»

Die russische Autorin *Linor Goralik* erklärt Kindern den Krieg. Sie redet über die Kraft der Sprache und wie sie damit ihren eigenen Schmerz heilt. Von *Alexander Estis*



Jonas Opperskalski / laif

## **Linor Goralik, wie kommt jemand, der Computerwissenschaften studiert hat wie Sie, zum Schreiben?**

Ich habe recht spät mit dem Schreiben angefangen, erst mit 23 Jahren. Das war zunächst ein laienhaftes Vergnügen, ich schrieb unsagbar schlecht. Ich sterbe vor Scham, wenn ich an meine ersten Werke denke. Später haben mich wunderbare Menschen gelehrt, anders zu schreiben und anders zu lesen.

### **Sie sprechen mit russischen Kindern über den Krieg. Wie geht es diesen Kindern?**

Eines Tages erhielt ich einen der schwersten Briefe meines Lebens. Darin hiess es: «Ich bin ein Mädchen von 14 Jahren, ich lebe in einer geschlossenen Militärstadt in Russland, mein Vater ist Soldat. Ich hasse die russische Regierung, ich möchte der Ukraine helfen. Sagen Sie mir: Was soll ich tun?» Ich antwortete ihr: «Ich muss Dir etwas sagen, wofür ich mich mein Leben lang schämen werde. Bitte unternimm

## **Die Erwachsenen können den Fernseher einfach abschalten, die Kinder den Lehrer nicht.**

nichts. Denn ich will, dass Du sicher bleibst. Aber mach weiter wie bisher – lies und denk nach.» Sie war voller Dankbarkeit, dass jemand sie gehört hatte. Später schrieb sie mir, sie wolle Geld in die Ukraine senden, was ich in ihrem Namen tat. Wenn ich mir das schiere Ausmass ihrer Hilflosigkeit vorstelle, wird mir übel. Solche Kinder verstehen alles, aber sie können nichts tun. Sie schreiben mir, wie gequält sie sich fühlen von der schulischen Propaganda, von Lehrern, die Putin anbeten, vom Zwang, patriotische Hymnen zu singen. Die Erwachsenen können den Fernseher abschalten, die Kinder den Lehrer nicht. Sie sind die hilflosesten Menschen in Russland.

### **War das Mädchen eine Leserin Ihrer Onlineplattform «Nachrichten 26»?**

Ja. Ich hatte schon lange diese Idee, politische Neuigkeiten für Kinder und Jugendliche aufzubereiten. Ich dachte aber, ich brauche dafür viel Geld und Mitarbeiter. Dann begann im Februar 2022 der russische Angriffskrieg, und plötzlich verstand ich: Ich muss einfach loslegen. Anfangs bezahlte ich

alles selbst, später erhielten wir von einem guten Freund eine kleine Zuwendung, die zumindest die Gehälter für meine Mitarbeiter deckt – eher symbolische Gehälter, eigentlich arbeiten sie ehrenamtlich. Wir berichten jeden Tag, manchmal mehrmals pro Tag. Wir posten auf sämtlichen uns zugänglichen Kanälen, in allen sozialen Netzwerken.

### **Welche Kinder möchten Sie ansprechen?**

Alle Kinder im Alter von 12 bis 14. Daher auch der Name: Ich habe diese beiden Zahlen einfach addiert, und so kamen wir auf «Nachrichten 26». Diese Jugendlichen sind im heutigen Russland heftigster Propaganda ausgesetzt.

### **Worüber berichten Sie?**

Es gibt keine Themen, über die wir nicht berichten würden – seien es Verbote von Geschlechtsumwandlungen in Russland, seien es die grauenvollen Kriegsverbrechen russischer Soldaten in Butscha, in der Ukraine. Ich glaube, es gibt keine Geschehnisse, die man Jugendlichen gegenüber tabuisieren sollte. Es kommt nur auf die Art an, wie man darüber berichtet.

### **Und wie machen Sie es?**

Ich arbeite viel mit Jugendlichen in diesem Alter, ich schreibe für sie, organisiere Lesekreise. Sie sind intellektuell ebenbürtige Gesprächspartner, mit dem einzigen Unterschied, dass sie gewisse politische und historische Hintergründe nicht kennen oder dass sie einige komplexe Wörter nicht verstehen. Wir erklären deshalb genau, setzen wenig Wissen voraus und verwenden eine einfache Sprache. Wir wollen den Kindern das Gefühl vermitteln, dass sich jemand um sie kümmert, dass jemand an sie denkt und bereit ist, mit ihnen in einer menschlichen Sprache zu reden. Wir wollen ihr Unverständnis, ihre Zweifel, ihre Ängste und ihren Schmerz ernst nehmen.

### **Sie sind in der sowjetischen Ukraine aufgewachsen. Haben Sie in Ihrer eigenen Kindheit Fürsorge erlebt?**

Ich war ein Glückspilz: Ich wurde von Erwachsenen umsorgt, meine Kindheit war voller Liebe. Das hat mich gelehrt, dass es nichts Wichtigeres gibt als die Liebe zu unseren Nächsten.

### **Sie wuchsen in einer jüdischen Familie auf. Was für eine Rolle spielte das Judentum?**

Wie es in der Sowjetunion üblich war, sprachen wir kaum darüber. Der jüdische Hintergrund war unsichtbar. Wir mussten uns schützen ...

... weil das Ausüben von Religion in der Sowjetunion geächtet war. Speziell Juden wurden verfolgt, erhielten keine Studienplätze, wurden nicht eingestellt, erlebten Diskriminierungen im Alltag. Was bedeutete das für Sie? Wir lebten wie eine ganz gewöhnliche, atheistische Sowjetfamilie. Zumindes kam es mir so vor.

#### **Linor Goralik (48)**

Die russische Autorin, Künstlerin und Programmiererin wurde 1975 in Dnipro in der ukrainischen Sowjetunion geboren. Ihre Eltern wanderten 1989 nach Israel aus. Dort studierte Goralik Informatik und arbeitete im Internet-Marketing. Nach der Jahrhundertwende lebte Goralik 15 Jahre in Moskau und kehrte danach wieder nach Israel zurück. Goralik schreibt Gedichte, Kurzprosa, Romane und Kinderbücher. Sie wurde für ihre Arbeit mehrfach ausgezeichnet und lebt in Ramat Gan.

**Für Hunderttausende jüdischer Familien war der Antisemitismus in der Sowjetunion der Hauptgrund auszuwandern, vor allem nach Israel und in die Vereinigten Staaten.**

So war auch die Stimmung in unserer Familie. Jüdische Familien fürchteten sich, wir lebten mit vielen Zukunftsängsten, denn niemand wusste, wie sich die Geschichte entwickeln würde. Als ich vierzehn Jahre alt war, wanderten wir nach Israel aus. Damals kannte ich die Gründe nicht. Die Entscheidung hatten meine Eltern aber viel früher gefällt. Niemand konnte ahnen, dass in unserer Stadt, in Dnipro, nach dem Zerfall der Sowjetunion die jüdische Gemeinde und die jüdische Kultur aufblühen würden.

**Fürchteten sich Ihre Eltern nicht auch vor dem Auswandern?**

Tatsächlich war die Entscheidung meiner Eltern geradezu heldenhaft. Man muss sich vorstellen, dass sie echte sowjetische Menschen waren: Sie wussten nicht einmal, was ein Supermarkt ist. Wir gingen in die vollkommene Einsamkeit und Ungewissheit, ins Nirgendwo, ohne Sprache, ohne jegliche Vorstellung vom dortigen Leben, ohne Geld – man durfte vielleicht 300 Dollar ausführen. Und die sowjetische Staatsbürgerschaft wurde uns bei der Auswanderung sofort entzogen. Aber meine Eltern wagten es. Bis heute bewundere ich ihren Mut und bin ihnen dafür dankbar.

**Wie haben Sie diesen Umzug erlebt?**

Meine Gefühle waren gemischt. Einerseits war es schwer. Ich wollte meine Freunde nicht verlassen, ich vermisste sie über alles. Andererseits traf ich in Israel sofort grossartige Menschen. Das war zum Teil Glück, zum Teil das Verdienst einer Schulleiterin: Sie hatte Kinder in einer Klasse versammelt, die sehr gut zueinander passten. Ihr ist es zu verdanken, dass wir nicht einsam blieben.

**Das Ankommen wurde Ihnen leichtgemacht?**

Der Staat Israel hat sich stark für uns Kinder eingesetzt, wir wurden ständig zu verschiedenen Aktivitäten und Festivitäten eingeladen, wir konnten das Land bereisen und kennenlernen. Das hat mir die Integration sehr erleichtert. Die Auseinandersetzung mit dem Judentum begann für mich erst in Israel. Ich fühle mich heute aber mehr als Israeli denn als Jüdin. Meine wichtigste Identität ist meine israelische, die eher mit dem Land verbunden ist als mit dem Judentum per se. Und natürlich mit der Sprache.

**Ihre literarischen Texte verfassten Sie nicht auf hebräisch, sondern auf russisch. 2000 gingen Sie nach Moskau. Warum?**

Mit Anfang zwanzig hatte ich vor allem ein russischsprachiges Umfeld – meine aller-nächsten Personen sprachen Russisch, und ich wollte für diese Menschen schreiben. Dabei stellte sich heraus, dass ich gar kein

Russisch konnte. Die Redaktoren des vermutlich ersten Onlinemagazins für russische Literatur sagten zu meinen Texten: «Das ist sehr interessant, aber das ist kein Russisch.»

**Wie ist das zu verstehen? Sie sprachen und schrieben doch Russisch.**

Ich kam zwar aus einer sehr gebildeten Familie, aber wir sprachen ein ganz besonderes Russisch. Das war zwar kein Surschik, also keine russisch-ukrainische Mischsprache, aber wir nutzten viele Wörter, Ausdrücke und Lehnübersetzungen aus dem Ukrainischen. Zum anderen lebte ich ja

---

## Wir gingen in die vollkommene Einsamkeit und Ungewissheit, ins Nirgendwo, ohne Sprache, ohne jegliche Vorstellung vom dortigen Leben.

während der 1990er Jahre in Israel, ich kannte die aktuelle russische Sprache nicht mehr. Also ging ich nach Moskau. Moskau war damals schlichtweg die beste Stadt der Welt für jemanden, der sich für russische Literatur interessierte. Und dort stellte sich heraus, dass ich nicht nur nicht auf russisch schreiben, sondern auch nicht auf russisch lesen konnte.

**Wie meinen Sie das?**

Mir fehlten bestimmte Lektüreerfahrungen, bestimmte Lesegewohnheiten. Ich hatte zum Beispiel die Literatur der Dissidenten überhaupt nicht wahrgenommen. All das holte ich in Moskau nach. Ich hatte das Glück, dass mich die Menschen in meinem Umfeld lesen lehrten.

**Wollten Sie damals in Moskau bleiben?**

Ich wollte zunächst für drei Monate bleiben, blieb aber fast fünfzehn Jahre. Es war ungewiss, ob ich je nach Israel zurückkommen würde.

**Sie gingen dann 2014 doch zurück nach Israel. In diesem Jahr hatte Russland die Krim völkerrechtswidrig annektiert.**

Nach der Krim-Annexion hatte sich meine Welt umgedreht. Die Situation wurde unerträglich, Russland verwandelte sich zu-sehends. Über das Land brach Finsternis herein. Wäre die Entwicklung anders verlaufen, wäre ich vielleicht noch da. Aber die Geschichte kennt keinen Konjunktiv. Ausserdem war ein Gesetz verabschiedet worden, das Ausländern einen dauerhaften Verbleib in Russland verbot. Ich kam weiterhin regelmässig nach Russland, für lange Aufenthalte, bis im November 2021. Freunde rieten mir, nicht mehr einzureisen. Die Repression in Russland wurde immer stärker, für mich wäre es gefährlich geworden.



**Ihren jüngsten Roman, Bobo, haben Sie nicht in Russland drucken lassen, sondern ihn 2023 offen zugänglich im Internet platziert. Haben Sie befürchtet, dass durch die Publikation auch Ihr Verlag in Russland ins Visier der Behörden geriete?**

Ich wollte den Roman in Russland veröffentlichen und arbeitete mit einem russischen Verlag zusammen. Wir hatten schon die Korrektur abgeschlossen. Aber schliesslich hatte ich den Eindruck, eine Veröffentlichung wäre für die Menschen, die von Russland aus daran mitwirkten, ein Risiko gewesen. Publikationen von Regimekritikern werden in Russland zensiert und alle daran beteiligten Menschen verfolgt. Und ich liebe diese Menschen mehr als den Roman. Also sagte ich ihnen, ich publiziere das Buch im Eigenverlag im Internet. Sie baten mich, zumindest einen Monat zu warten. Sie hofften auf ein Wunder, dass sich in Russland doch noch etwas ändern könnte. Aber das Wunder kam nicht.

**Bobo ist der Name eines Elefanten, der durch Russland zieht und versucht, das Land und die Gesellschaft zu verstehen.**

Dieser Elefant ist mir sehr wichtig, und ein wenig bin ich auch selbst dieser Elefant. Bobo ist mein Versuch, den Schmerz zu verbalisieren, den ich empfinde. Ich habe eine Sprache dafür gefunden, das Schreiben hat mir geholfen, meine eigenen Erfahrungen zu verarbeiten. Als ich 2000 nach Russland kam, war ich wie Bobo bereit, Russland aus ganzem Herzen zu lieben. Aber dann kam die «Kursk».

**Das russische U-Boot sank, und die 118 Mann an Bord starben, weil Russland ausländische Hilfe bei der Rettung viel zu spät zuließ. Als der CNN-Journalist Larry King Putin fragte, was genau mit dem Boot geschehen sei, antwortete er sarkastisch: «Es ist halt gesunken.»**

Es war nicht zu fassen. Vor uns sass ... ein Psychopath. Ich hatte das Gefühl, die Zeit sei für mich zerfallen: In ein Russland vor der «Kursk»

---

**Ich glaube, dass wir die heutige Krise überwinden können. Die israelische Gesellschaft ist sehr lebendig, dynamisch, sie glaubt an sich.**

und in ein Russland nach der «Kursk». Nach diesem Ereignis wurde die politische Lage immer schlimmer. Wir haben damals oft gegen die Regierung demonstriert. Wir taten alles, was wir tun konnten. Aber wir waren ohnmächtig.

**Heute führt Russland, Ihre literarische Wahlheimat, einen Krieg gegen die Ukraine – Ihre ursprüngliche Heimat.**

Ich fühle mich nicht direkt als Ukrainerin, ich empfinde mich mehr als Israeli, aber es reisst

mein Herz in Stücke, wenn ich an die Ukraine denke. Ich habe noch Verwandte in Dnipro.

**Wie gehen Sie damit um?**

Ich versuche, jeden Tag etwas für die Ukraine zu tun. Vielleicht klingt das naiv, aber ich versuche, dem Krieg mit meinen kleinen Projekten etwas entgegenzusetzen. Ich habe ein Onlinemagazin für oppositionelle russischsprachige Kultur gegründet. Es heisst ROAR, «Resistance and Opposition Arts Review», und entstand aus dem Gefühl der absoluten Machtlosigkeit heraus, als der Krieg begann. Meine Kollegen veröffentlichten damals viele Texte im Internet, in den sozialen Medien, weil sie aufgrund der Zensur sonst nirgends erscheinen konnten. Ich sammelte diese Stimmen und publizierte sie. Ich hoffte, gemeinsam würden sie stärker erklingen.

**Mittlerweile sorgen Sie sich nicht nur um die Ukraine und um Russland, sondern auch um Ihre heutige Heimat Israel.**

Es ist sehr bitter, ich habe sozusagen zwei Welten, zwei Politiken, zwei Kulturen, in denen sich Katastrophen ereignen.

**Sie meinen die antidemokratische Justizreform der Netanyahu-Regierung, die auf vehementen Protest stösst.**

Tatsächlich erlebe ich jetzt in Israel Flashbacks, die mich an die Situation in Russland erinnern. Jetzt bricht auch hier Finsternis herein. Wie damals schäme ich mich für die Machthabenden – das ist ein furchtbares Gefühl. Dennoch liebe ich Israel, die Kultur, die Menschen. Das war übrigens auch in Russland so. Aber anders als dort fühle ich hier keine Hoffnungslosigkeit.

**Warum?**

Ich glaube, dass wir die heutige Krise überwinden können. Ich glaube, dass unser Land deutlich stärker ist als diese Führungsriege, es hat schon eine Vielzahl von Krisen bewältigt. Die israelische Gesellschaft ist sehr lebendig, dynamisch, sie glaubt an sich. In Israel hoffe ich auf die kommenden Tage, ja Stunden. Schon im nächsten Augenblick kann sich etwas ändern. Wir befinden uns an einem Scheideweg. Meine ganze Welt befindet sich an einem Wendepunkt – auch mein Leben.

**Inwiefern?**

Ich stehe im Übergang zwischen den Sprachen. Wie mein Kopf seinerzeit plötzlich ins Russische umschaltete, so ging es nun mit dem Hebräischen. Gerade entstehen drei ganz unterschiedliche Bücher auf hebräisch. Es sind politische Bücher.



Die Olympischen Sommerspiele lösten 2008 einen Boom im chinesischen Segelsport aus, hier eine Regatta vor Macau 2023.

## IM OSTEN WAS NEUES

Die chinesische Regierung fördert eine Sportart, die im Westen als Inbegriff von Freiheit gilt: Segeln. Wer mit an Bord geht, versteht Land und Leute besser, manchmal jedenfalls. Von *Matthias Sander* (Text und Bilder)

**Shenzhen/Hainan/Macau.** Was war denn jetzt schon wieder los? Unsere Segeljacht lag vor der südchinesischen Insel Hainan, und die Sonne ging gerade erst auf. Die meisten Mitglieder unserer Crew schlummerten an diesem Morgen noch in ihren Schlafsäcken, doch vom Deck drang Geschimpfe herab. Ich stieg die Leiter hoch und schaute nach: Ein älterer deutscher Kollege fluchte; unser junger chinesischer Kapitän ignorierte ihn und schwieg.

Der Kapitän hatte unangekündigt den Anker reingeholt, nun startete er den Motor und fuhr los. «Wohin?» fragte ich. «Zurück in den Hafen», sagte er nur. Dabei hatte gerade erst der zweite Tag unseres Trips begonnen; geplant waren vier Tage. Wenn irgendjemand ein Seil oder Segel anrühre, drohte der Kapitän, dann werde er die Küstenwache rufen.

Rückblickend hätten wir gar nie lossegeln dürfen. Wir, das war eine achtköpfige Crew: vier Chinesen, drei Deutsche und eine Kanadierin. Die meisten kannten sich schon vom Segeln. Neu war vor allem der Kapitän, den wir angeheuert hatten.

Von Anfang an waren an Bord zwei Welten aufeinandergeprallt: unsere internationale Feriengruppe um zwei über 60jährige Deutsche mit jahrzehntelanger Segelerfahrung und der chinesische Kapitän Mitte dreissig, der gerade erst Segeln gelernt hatte. Er besass, was wir unbedingt brauchten: das Boot und eine chinesische Segellizenz.

Diese Konstellation erinnerte mich an das chinesisch-westliche Verhältnis. Die Deutschen waren gute Segler und vertraut mit China, der eine als ehemaliger Diplomat, der andere als Professor. Beide hatten die goldene Zeit von Chinas «Reform und Öffnung» miterlebt, als ab den 1990ern viele im Westen glaubten, das Land werde sich durch die Integration in die Weltwirtschaft liberalisieren. Beide waren nette Kerle, schienen aber nicht wahrhaben zu wollen, dass China sich in die Gegenrichtung entwickelt und der Machthaber Xi Jinping stur tut, was er will. So wie nun unser grosser Steuermann.

Segeln ist *das* Symbol für Freiheit. Weit draussen auf dem Meer sagt einem niemand, was man zu

tun oder zu lassen habe. Segeln steht für Individualismus, Eigenverantwortung, Abenteuer. Ein grosser Kontrast zum Leben in einer Diktatur wie China, wo die Bevölkerung überwacht wird, Kritiker und Minderheiten verfolgt werden und wo es keine Medienfreiheit gibt. Trotzdem fördert die chinesische Regierung den Segelsport. Warum nur? Und wie geht das?

Meine Segelkarriere hatte im Sommer 2021 mit einem Anfängerkurs in Deutschland begonnen. Die altehrwürdige Segelschule an der Ostsee gefiel mir: Sie ist familiär, als Verein organisiert und wird von Mitgliedern, Gönnern und ehrenamtlichen Helfern getragen. Kurz nach dem Kurs zog ich an Chinas Südküste, nach Shenzhen bei Hongkong, um für die NZZ über Technologie zu berichten. Rasch merkte ich, dass Segeln auch anders funktionieren kann.

Ich suchte im Internet einen Segelverein und fand keinen. Ich lernte: Kinder machen in China Sport vor allem in der Ganztageschule; Erwachsene gehen zu kommerziellen Anbietern. Ich klickte mich durch veraltete Websites mehrerer Segelclubs, bis mir klar wurde, dass in China kaum noch jemand Websites nutzt. Fast alles läuft über Handy-Apps, vor allem über das soziale Netzwerk WeChat. Letztlich lernte ich meinen Segellehrer auf einer Party kennen, ganz *old school*. Er stellte sich als TC vor, seinen vollen Namen erfuhr ich erst viel später durch Zufall: Todd Cunningham.

TC war so angenehm lässig, wie es nur Amerikaner sein können. Mit seiner sonnengegerbten, ledrigen Haut und dem kurzen Irokesenschnitt erinnerte er mich an einen Leguan. TC kannte zwar ausser «Bier» praktisch kein Wort Chinesisch, hat aber mitgeholfen, Segeln in China zum Breitensport zu machen.

Einen wichtigen Schub dabei hatten die Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking gegeben. Die Segelrennen fanden in der östlichen Küstenstadt Qingdao statt, die sich heute als Chinas Segelhauptstadt vermarktet. TC war damals gerade nach Qingdao gezogen, um als Produktionsmanager für einen amerikanischen Segelmacher zu arbeiten. Nach Olympia, so erzählte er es mir, wollten viele Teams ihre Boote nicht mühsam in ihre Heimatländer zurücksegeln. Die Rennboote blieben in Qingdao und wurden fortan von Einheimischen genutzt.

TC half, einen Segeltreff aufzubauen. Er heiratete eine chinesische Olympia-Seglerin, mit der er Segeln unterrichtete und immer weiter die chinesische Küste herunter in den Süden zog, bis sie schliesslich in Shenzhen landeten. Dort wurde 2015 eine von Chinas grössten Segelschulen eröffnet, an der TC nun auch mich unterrichten wollte.

### Ein einflussreicher Konzern und mutige Kids

Die Schule heisst Vanhang und liegt am äussersten Stadtrand von Shenzhen, gut zwei Taxisstunden vom Zentrum entfernt, auf einer Halbinsel im Südchinesischen Meer. Vanhang ist Teil einer modernen Anlage mit einem Luxushotel, einem Wohnheim für Teilnehmer von Segelcamps, Unterrichtsräumen und

einer Bootshalle, alles gruppiert um eine stattliche Marina. Der gesamte Komplex wirkt wie ein typisch chinesisches Infrastrukturprojekt: nicht kleckern, sondern klotzen. Wenn die Freizeitangebote erst mal da sind, wird die Nachfrage schon folgen.

Die Vanhang-Segelschule gehört Chinas grösstem Immobilienkonzern Vanke. Sie wurde gegründet, kurz bevor die Regierung 2016 einen Fünfjahresplan zur Förderung der Wassersportbranche veröffentlichte. Ein Zufall? Vanhang sei auf jeden Fall in einer guten Startposition gewesen, erzählte TC. Ohne gute Beziehungen zur Regierung geht für einen Konzern wie Vanke in China nichts. Seit 2017 ist Vankes grösster Aktionär ein Staatsbetrieb.

Der chinesische Parteistaat fördert Segeln aus vielen Gründen. Das Volk soll generell mehr Sport treiben, am besten draussen. Die Chinesen sollen fitter werden und die Gesundheitskosten sinken. Es geht auch um Wirtschaftsförderung, Prestige und Nationalstolz. China baut Infrastruktur, die Touristen und Wettkampfsportler nutzen können. In möglichst vielen Sportarten soll es chinesische Top-Athleten geben.

Fortan fuhr ich zweimal im Monat raus zu meiner neuen Segelschule, um meine Anfängerkennnisse auf einer Jolle zu verbessern, einem winzigen Einmannboot. Wenn der Wind durch die Bucht peitschte, landete ich mehr als einmal im Wasser. Doch die chinesischen Kinder um mich herum kurvten gekonnt durch die Wellen. Meist verlagerten sie genau im richtigen Moment ihr Körpergewicht und setzten sich auf die andere Bootsseite. Ich fragte mich, woher sie diese Furchtlosigkeit, diesen Mut hatten. Chinesische Schulen sind berüchtigt für Frontalunterricht, stumpfes Auswendiglernen und Kollektivegeist. Die Schüler tragen Uniformen, oft wie in der DDR gepaart mit roten Pionier-Schals. Später erfuhr ich, dass viele der Vanhang-Kids von ihren Eltern auf private internationale Schulen geschickt werden, damit sie mit westlichen Methoden unterrichtet werden.

Der Immobilienkonzern Vanke selbst betreibt in Shenzhen eine internationale Schule. In den speziellen Klassen für «Ozean-Entdecker» segeln die Schüler bei Vanhang. Vanhang veranstaltet auch Ferienlager für andere Schulen. Es ist ein grosses Geschäft: Ein Platz für eine Woche kostet tausend Franken, das entspricht einem durchschnittlichen Monatsgehalt in China. Mein Anfängerkurs in Deutschland war günstiger gewesen.

Im November 2021 machte ich die erste Prüfung für einen Segelschein, um mich im Kurssystem hochzuarbeiten. Eines Tages wollte ich eine Jacht mieten. Ich bestand, TC überreichte mir eine Bescheinigung der britischen Royal Yachting Association (RYA). Ein britischer Segelschein, ausgestellt von einer chinesischen Schule: Die RYA – wie auch die American Sailing Association – leisten in China Aufbauhilfe. Mitglieder der RYA bildeten Dutzende Chinesen zu Segellehrern aus und zertifizierten mehrere chinesische Schulen als Trainingszentren,

die erste war Vanhang. Die RYA hilft auch dem jungen Segelverband Chinese Yachting Association. TC verriet mir einmal, wie das zuweilen abläuft: Ein in China lebender Brite habe RYA-Lehrbücher ins Chinesische übersetzt und dafür einen Haufen Geld bekommen. Wie lange die Unterstützung der Briten und Amerikaner noch weitergeht? Die geopolitischen Spannungen sind ja gross. Die RYA liess eine entsprechende Frage unbeantwortet.

### Das abrupte Ende einer Ausfahrt

Ich hatte also meinen ersten RYA-Schein und strebte den nächsten an – aber dann war plötzlich Schluss. «Training gecancelt wegen des Virus», schrieb mir eine Vanhang-Mitarbeiterin auf WeChat. Es war Januar 2022, in der 20-Millionen-Einwohner-Stadt Shenzhen gab es zwei Covid-Fälle. China war nach seinen Lockdowns Anfang 2020 glimpflich durch die Pandemie gekommen, doch als die hochübertragbaren Varianten wie Omikron aufkamen, versuchte die Regierung ihre strikte Null-Covid-Politik umso rigider umzusetzen.

Die Shenzhener Behörden riegelten die 260 Kilometer lange Küste mit all ihren Buchten ab. Sie verlegten Stacheldraht an Stränden, errichteten meterhohe Metallzäune und Container für Polizeiposten. Die Behörden sagten, sie wollten Quarantäne-Brecher aufhalten. Ein paar Chinesen hätten versucht, mit Booten von Hongkong nach Shenzhen zu kommen, um sich die teure, dreiwöchige Hotelquarantäne in Festlandchina zu ersparen. Deshalb durfte nun kein Boot mehr Shenzhen verlassen.

Die Insel Hainan, die vom Tourismus lebt, wirkte deshalb wie ein letzter Hort der Freiheit. Ein deutscher Bekannter, den ich von der Segelschule kannte, hatte dort für vier Tage ein Boot gemietet. Ein Boot mit einem eigenwilligen Kapitän, wie sich später herausstellen sollte.

Unsere Gruppe traf sich im Mai 2022 in einer typisch chinesischen Marina: topmodern und luxuriös, aber so menschenleer wie das neue Wohnquartier drumherum. Schwer zu sagen, ob das mehr an Covid lag oder an Chinas Immobilienblase.

Die ersten Teilnehmer sassen schon im Cockpit unseres Bootes, als ich ankam. Ihre düsteren Mienen signalisierten, dass etwas nicht stimmte. Der Innenraum des Bootes war vollgestellt mit Taschen und Müll. In den Schubladen waren weder Töpfe noch Geschirr oder Besteck. Dabei hatten wir das Boot für mehrere Tausend Franken gemietet und wollten dort übernachten und kochen. Bevor wir starten konnten, bestellten wir Pappsteller und Plastikbesteck per Lieferdienst ans Boot – immerhin ist online einkaufen in China wirklich praktisch.

In der Planung unserer Route waren wir eingeschränkt. Wir konnten eigentlich nur in eine Richtung segeln, nach Norden, weil die chinesische Marine in der Nähe eine Übung durchführte. Sie tut das im Südchinesischen Meer oft, um ihre illegalen Gebietsansprüche gegen Nachbarstaaten wie Vietnam durchzusetzen. Als wir am ersten Abend ankern



Auch der Strand in Shenzhen wird mit Kameras überwacht.



Der Katamaran des Autors parkiert auf einem Strand in Shenzhen.



Traditionelle Segelboote als Wandschmuck in Macau.



Neue Segelboote werden in die Segelschule Vanhang geliefert.

wollten, kamen von einer nahen Insel Wachmänner im Schnellboot angerast, die uns daran hindern wollten, womöglich aus Furcht vor Covid. Nach endlosen Diskussionen durften wir bleiben.

Meine deutschen Kollegen und der unerfahrene Kapitän stritten einmal mehr, diesmal ging es um die Sicherheit des Ankerplatzes. Der Kapitän fürchtete, der Anker würde nicht halten und sein Boot unkontrolliert abdriften. Er tat mir ein bisschen leid. Ein chinesischer Freund und ich versuchten, ihn mit Smalltalk auf andere Gedanken zu bringen. Der Kapitän erzählte, er habe in Peking Film studiert, dann experimentelle Musikvideos gemacht. Er zeigte uns ein paar Szenen auf seinem Handy. Sonst blieb er wortkarg. Offensichtlich hatte er sein Leben umgekrempelt. Sein Boot sah aus, als ob er dort wohnte. Vielleicht lebte er seinen Traum von Freiheit.

Am nächsten Morgen endete unser Trip abrupt. Offensichtlich war der Streit um den Ankerplatz zu viel gewesen für den Kapitän, und so fuhr er nun eigenmächtig zurück in den Hafen. Dort angekommen, verkroch er sich in seine winzige Koje wie ein beleidigtes Kind. Zuvor hatte er versprochen, unser Geld anteilig zu erstatten; davon wollte er nun nichts mehr wissen. Auch das gute Zureden einer besonnenen Chinesin aus unserer Gruppe brachte nichts. Stattdessen, so berichtete sie uns später, habe er theatralisch ein Messer gegen sich gerichtet und gefragt: «Soll ich mich umbringen?»

Unsere Gruppe konnte sich nicht darauf einigen, die Polizei zu rufen. Die helfen Ausländern eh nicht, sagten manche. Der eine Deutsche besitzt einen Diplomatenpass und wollte lieber nichts mit der chinesischen Polizei zu tun haben. In einem freiheitlichen Rechtsstaat wäre das sicherlich anders gelaufen. Wir gingen ratlos auseinander.

Ich dachte, die Farce von Hainan werde mein letztes Segelerlebnis in China sein, denn ein Ende von Null Covid schien nicht in Sicht. Doch im Dezember 2022 kippte die Regierung plötzlich die Restriktionen. Überall fanden wieder Segelregatten statt. Auch mich zog es aufs Meer zurück.

### Neue Freiheit, neue Hoffnung

In Macau, dem chinesischen Las Vegas, segelte ich im Januar 2023 vier Tage mit wohlhabenden Chinesen. Den Gourmets war die Wahl der abendlichen Restaurants wichtiger als unsere Rennplatzierung. Wir steigerten uns jeden Tag, bis sie mich schliesslich in Macaus bestes Drei-Sterne-Restaurant einluden, das Sichuan-Küche mit französischem Raffinement interpretiert.

In Shenzhen, beim Eröffnungsnachtessen zum ersten Weekend Cup nach dem Ende der Covid-Restriktionen, stiessen Chinesen mit uns Expats an. Viele dieser neuen Bekannten traf ich wieder beim China Cup, ebenfalls in Shenzhen, und immer gab es gutes Essen und reichlich Alkohol. Hedonistisch lässt es sich in Xis China eindeutig besser aushalten.

Doch mit manchem Gesprächspartner wollte ich nicht unbedingt anstossen. Xi Jinping sei kein

schlechter Mensch, sagte mir einer der Chinesen. Ein zweiter kritisierte, dass amerikanische Medien so anders über China berichteten als die Propagandablätter der Kommunistischen Partei. Ein dritter fand nach ein paar Gläsern Wein den Ukrainekrieg nicht so schlimm.

Alle drei hatten im Westen gelebt, in Deutschland, Australien und den USA. Mir wurde bewusst: Auch Leute, die in einem freiheitlichen Land gewohnt hatten und ein freiheitliches Hobby wie Segeln praktizieren, können es sich in einer Diktatur gemütlich einrichten. Die frühen Prägungen und Einflüsse im Leben, das Bildungssystem und die Erziehung, sind wohl wichtiger als alles, was später folgt.

Ob jüngere Generationen einmal anders ticken werden? Im Mai 2023 sprang ich als Segellehrer für ein paar Kids ein. Mein neuer Club, wo ich Mitglied geworden war, weil er näher an meiner Wohnung liegt als der alte, brauchte dringend einen «Ausländer-Coach». So schrieb es mir eine Mitarbeiterin auf WeChat. Weisse, westliche Männer wie ich gelten in China oft per se als Respektpersonen. Ich sollte gut 30 Kinder einer internationalen Schule einen Tag ins Segeln einführen – auf englisch, wie sie es aus der Schule gewohnt waren.

«Morning, everybody!» grüsste ich die Runde, «Morning», hallte es zurück. Die Neun- bis Zehnjährigen beantworteten eifrig meine Fragen, etwa wo Backbord (links) und Steuerbord (rechts) seien. Ich erklärte ihnen, warum man nicht frontal gegen den Wind segeln könne. Chinesische Segellehrer gaben den Kids Schwimmwesten und teilten sie in Kleingruppen ein, dann schob jeder von uns einen Katamaran mit sieben, acht Kindern ins Meer.

«Wo wollt ihr hinfahren?» fragte ich meine Crew, als ich auf den Katamaran aufgesprungen war. «Nach Hongkong!» rief ein Junge. Ich freute mich. Ich wollte meinen Schülern beibringen, dass man beim Segeln frei und selbst entscheiden kann, dass alles möglich ist. Sie träumten schon von der Ferne. «Südkorea, ich will Kimchi essen», rief ein Junge mit chinesisch-südkoreanischen Eltern. «Japan! Sushi!» sagte ein chinesisch-japanischer Bub.

Diese Kinder wuchsen offensichtlich viel weltgewandter auf, als meine älteren Segelfreunde und auch ich aufgewachsen waren. Ich dachte an andere chinesische Kinder, die ich beim Segeln kennengelernt hatte, die nur Englisch miteinander sprachen. Oder sich nicht sicher waren, ob sie einen neuseeländischen oder einen chinesischen Pass hätten. Werden solche Kinder eines Tages China prägen? Werden sie sich für mehr Freiheit einsetzen? Werden sie überhaupt in China leben wollen?

Auf dem Katamaran liess ein Junge während der Fahrt seine Hand durchs Wasser gleiten. «Es ist so schön!» rief er. Als er sagte, er werde auf jeden Fall wieder segeln gehen, fühlte ich mich wie nach einem vielversprechenden ersten Date.

*Matthias Sander* ist NZZ-Technologie-Korrespondent für China; er lebt in Shenzhen.

# SPITZEN UND STÜMPFGE ZWISCHEN DEN HÜGELN

Zürich ist keine Hochhausstadt. Die imposantesten Gebäude erreichen im internationalen Vergleich bestenfalls Hüfthöhe. Wieso ist da nicht mehr Hingabe? Von *Sabine von Fischer*, Illustration *Luca Schenardi*



Weshalb, um Himmels willen, regt sich Zürich über Hochhäuser auf? Der Himmel über den Dächern der Stadt bleibt der gleiche, egal wie nah die Häuser ihm kommen. Seit je waren die Dächer unterschiedlich hoch. Auf die einen können Kinder über Gartenmäuerchen hochklettern. Auf andere weiter oben, wo die Winde stärker wehen, wagt sich nicht einmal die Putzmannschaft ohne Hightech-Sicherung. In Zürich flammt die Aufregung immer wieder auf – und ebbt wieder ab. Seit die Stadt Basel Zürich im Wettbewerb um das höchste Haus der Schweiz überholt hat, ist es um das Thema Hochhaus eher ruhig geworden. Der Schweizer Superlativ blieb nämlich nur kurz in Zürich: Es war der Prime Tower neben dem Bahnhof Hardbrücke, 126 Meter hoch,

entworfen vom Zürcher Architekturbüro Gigon/Guyer, eröffnet im Dezember 2011. Im September 2015 wurde er vom 178 Meter hohen, von den Baslern Herzog & de Meuron konzipierten Bau 1 am Basler Hauptsitz der Firma Roche überholt und dann nochmals sieben Jahre später von seinem grösseren Zwilling, dem 205 Meter hohen Bau 2 von Roche. Wie der erste Basler Roche-Turm hat übrigens auch der Prime Tower einen Bruder, allerdings einen kleineren. Ebenfalls nach dem Entwurf von Gigon/Guyer steht dieser eine S-Bahn-Station weit entfernt vom Erstgebauten. Vier Minuten dauert die Fahrt vom Bahnhof Hardbrücke zum Bahnhof Oerlikon. Dort steht zwischen den Bahngleisen der Andreasturm, der den ehemaligen Zürcher Marketingslogan «Little big

city» in die Architektur übertragen hat. «Little big skyscraper» könnte das Andreastürmchen heissen, das 80 Meter über die Gleise und bis 22 Meter darunter gebaut ist – eine Sensation für Technikfreaks, das Hochhaus ist nämlich auch ein Tiefbauproblem.

Im weltweiten Vergleich sind Schweizer Rekorde eine provinzielle Angelegenheit. Sie wirken beinahe lächerlich. Die europäische Spitzenleistung in Sachen Hochhaus steht seit 2019 im russischen St. Petersburg: Es ist das 462 Meter hohe Lakhta Center, auch bekannt als Gazprom Tower. Sogar 829,8 Meter hoch ragt die Spitze der Burj Khalifa in Dubai dank Aufbauten und Antennen in den Himmel. Auf Dachaufbauten setzte schon das Empire State Building, das 1931 mit Hilfe von Antennen 443 Meter erreichte und über vierzig Jahre lang das höchste Haus der Welt blieb.

Manhattans Wolkenkratzer standen einst geballt da, wo der Boden fest und felsig war. Im Wettbewerb um neue Superlative allerdings werden Hochhäuser immer öfter auch da gebaut, wo es baulich gesehen wenig Sinn ergibt. Mit der heutigen Technik ist es beispielsweise möglich, einen Turm in einem Sumpf oder auf einer Schafweide zu bauen, wie es die Bildmontagen des vermutlich bald höchsten Hauses in Westeuropa zeigen. Im Westen von Dänemark plant die Stararchitektin Dorte Mandrup derzeit den sogenannten Bestseller Tower mit einer Dachkante in 320 Metern Höhe. Dieser Turm inmitten einer vermeintlich ländlichen Idylle wird den bisherigen Rekord von Renzo Pianos Shard-Kegel auf Londons South Bank um 16 Meter übertrumpfen. Rekorde über Rekorde.

Zürich wollte in diesem internationalen Wettbewerb nie mithalten und stellte sich zeitweise sogar ganz quer zum Hochhausbau. Wie die Zeitleiste des kürzlich abgeschalteten Zürcher Online-Hochhaus-Viewers zeigt, wurden in den 1980er und 1990er Jahren in der Stadt keine hohen Häuser mehr gebaut. 35 Jahre lang war das höchste der vier Hardau-Häuser von 1976 mit seinen 94 Metern der Zürcher Spitzenreiter, bis es vom Prime Tower überholt wurde. Die jahrzehntelange Zürcher Abneigung gegen Hochhäuser wurde sogar in einem Verbot im kantonalen Planungs- und Baugesetz (PBG) festgeschrieben, bis 1999 die revidierte Bau- und Zonenordnung (BZO) Gebiete ausschied, auf denen wieder hohe Häuser gebaut werden konnten. Zwei Jahre später wurden dann die ersten Zürcher Hochhausrichtlinien veröffentlicht, die derzeit, zwanzig Jahre später, diskutiert und revidiert werden.

Bei allen guten Absichten bietet die Stadtplanung weiterhin viel Angriffsfläche. So war beispielsweise in den Medien zu lesen, dass die nach der Jahrtausendwende in Zürichs Westen zerstreut aus dem Boden spriessenden Hochhäuser wie ein zahnluckendurchsetztes Kindergebiss wirkten und damit auch eine gewisse Planlosigkeit verraten. Der Vergleich mit dem Gebiss bietet sich leider auch an anderen Orten an: Die edlen Klötze der hochverdichteten Europaallee hinter dem Zürcher Hauptbahnhof wirken wie ein Greisengebiss: an den Seiten goldfarben beplankt, oben stumpf wie jahrzehntelange abgeriebene Kauwerkzeuge: Stümpfe eben, die zwar in einer Reihe stehen, aber weder beißen noch kratzen. An den Wolken schon gar nicht.

Der Vorwurf der Planlosigkeit liesse sich weiterhin platzieren. Neue Hochhäuser entstehen in Zürich an allen

möglichen und unmöglichen Orten: um die Bahnhöfe Oerlikon, Stettbach und Altstetten, über ehemaligen Fabriken, Molkereien oder Tramdepots, am Flussufer, auf dem ehemaligen Freilager oder unmittelbar daneben auf dem umstrittenen Kochareal. Bei all dieser Vielfalt ergeben sich auch ausreichend Gründe, die veränderte Stadtsilhouette zu kritisieren. Geht es um Stadtplanung und Architektur, ist das Hochhaus der Dauerbrenner Nummer eins. Neben Problemen der Weltpolitik diskutierte beispielsweise die legendäre Veranstaltungsreihe «Kosmopolitics» wenige Monate vor dem Konkurs des Kulturhaus Kosmos an der Europaallee darüber, ob die Hochhäuser in Zürich noch höher werden dürften oder eben nicht, und wenn ja: wie viel? Neben den zur Diskussion gestellten Höhen von möglicherweise über 200 Metern himmelwärts wirkt der Prime Tower geradezu winzig.

Um dessen einstigen Höhenrekord hat sich die Aufregung längst gelegt. Seit über einem Jahrzehnt spiegeln sich in seinen Glasfassaden die Wälder des Üetlibergs und der Waid – weiterhin, das scheinen nun alle gemerkt zu haben, prägen Zürichs Hügel die Skyline entscheidender als die Hochhausspitzen und -stümpfe, die im Lauf des letzten Jahrhunderts in die Höhe gezogen wurden.

Die kurzzeitige Aufregung der Zürcherinnen und Zürcher anlässlich des Prime-Tower-Baus erinnert an die Episode der Pariser Skepsis gegenüber dem Eiffelturm: Vor der offiziellen Eröffnung formierte sich vehementer Widerstand. Die damals wichtigste Tageszeitung, «Le Temps», veröffentlichte deshalb im Februar 1887 ein Schreiben namhafter Schriftstellerinnen, Architektinnen und Künstlerinnen gegen die Eisenkonstruktion über den Dächern der Stadt, deren Antenne mehr als 320 Meter weit in den Himmel ragen würde. Sie beschimpften den neuen Turm als «Entehrung von Paris» und als «Scheusslichkeit».

Die Unterzeichnenden legten gemeinsam und «im Namen der bedrohten Kunst und Geschichte Frankreichs mit all unseren Kräften, all unserer Entrüstung Protest gegen die Errichtung des nutzlosen und monströsen Eiffelturms mitten in unserer Hauptstadt» ein. Nach der offiziellen Einweihung im Mai 1889 verflog die Skepsis. Fast zwei Millionen Menschen besuchten den Eiffelturm während der Weltausstellung. Er wurde Wahrzeichen der Stadt, Funkstation im Weltkrieg, Wetterstation, Fernsehantenne und ist auch heute, über hundert Jahre später, ein Publikumsmagnet. Roland Barthes widmete ihm ein Dreivierteljahrhundert nach der Eröffnung einen Essay, in dem er die symbolische Aufladung, die vielfältigen Prozesse der Aneignung und die Zugehörigkeit zur Stadt schildert.

Ob Zürich gleich lange brauchen wird, dem Prime Tower und den vielen anderen kleinen Türmen eine solche Poesie zuzuschreiben?

*Sabine von Fischer* ist Architektin und Autorin; sie lebt in Zürich. Dieser Essay stammt aus dem Buch «Zürich in 100 Geschichten», Verlag NZZ Libro. *Luca Schenardi* ist freischaffender Grafiker und Illustrator; er lebt in Altdorf.





An der ersten virtuellen Modeschau von Dolce & Gabbana zeigten Katzen die neueste Kollektion.

## KATZEN TANZEN ÜBER DEN LAUFSTEG

Fashion-Weeks sind Veranstaltungen, an denen sich jeweils im Frühling und im Herbst modebewusste Menschen treffen, um sich anzusehen, was die Welt bald trägt: Oversized Jeans, Lederjacken, bauchfreie Tops. Bisher versammelten sich die Style-Redaktoren, Blogger und Models in Berlin, Mailand, Paris oder New York. Seit verganginem Jahr laden die Veranstalter ihre Gäste auch zur Fashion-Week in die virtuelle Welt «Decentraland». Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt: Katzen präsentieren die neusten Trends auf dem Laufsteg, schrille Avatare schauen ihnen dabei zu, diskutieren auf Panels und tanzen auf Partys.

Neben herkömmlichen Marken gibt es mittlerweile rein digitale Anbieter, die von den Möglichkeiten der virtuellen Modeschöpfung Gebrauch machen. «The Dematerialised» (DMAT) etwa präsentiert Kleider, die ständig die Farbe wechseln, deren Oberfläche sich wie flüssiges Metall verändert oder Formen annimmt, die mit den Naturgesetzen nicht vereinbar wären.

Wie in der echten Welt spielt Mode auch in der virtuellen eine wichtige Rolle für die Selbstdarstellung: Wer seinen Avatar in «Secondlife» bekleiden möchte, hat für Frauen über zwei Millionen Artikel zur Verfügung, für Männer immerhin 335 000.

Manche Nutzer geben für Luxuswaren bereits sehr viel Geld aus. In der virtuellen Welt «Roblox» erstand im vergangenen Jahr ein Spieler eine Gucci-Tasche für 3500 Franken – und bezahlte damit einen höheren Preis als für die echte Tasche im Laden. Kein Wunder, prognostizieren verschiedene Studien für den virtuellen Modemarkt bis 2030 einen Wert von über 50 Milliarden US-Dollar.

Ich freue mich schon darauf, bald auf den Strassen von «Roblox» flanieren zu gehen. Für meinen Avatar habe ich ein Kleid gekauft, das immer wieder von neuem in Flammen aufgeht. Wie wohl die anderen Passanten auf mein virtuelles Ich reagieren werden?

*Simon Tanner* ist visueller Journalist bei der NZZ. Er erkundet für das NZZ Folio virtuelle Welten.

### Reisen im Netz

Leserinnen und Leser von NZZ Folio können selbst virtuelle Welten erkunden. Der QR-Code führt zu den entsprechenden Videos.



**WENIGER IST MEHR****Eine Managerin? Eine Kurzzeitaufenthalterin? Wen eine Psychologin und ein Innenarchitekt in diesen Räumen vermuten.****Die Psychologin****Ingrid Feigl**

Eine Wohnung mit Steigerungspotential: das Nötigste – Bett, Stuhl, Spiegel – im Schlafzimmer, im Wohnzimmer sind's schon ein paar Möbelstücke mehr, und die Küche mutet beinahe üppig bestückt an. Die Bewohnerin hat eine Vorliebe für Weiss, was der Wohnung etwas Ruhiges, Luftiges gibt, mit einem kühlen Touch.

Hier herrscht Ordnung. In der vermutlich nicht so grossen Wohnung ist alles gut vermessen und platziert – nach dem Motto «Weniger ist mehr». Im Schlafzimmer wird geschlafen, auch die schöne XL-Handtasche darf hier nächtigen, ein grosses Bild hängt an der Wand, und der Spiegel wirkt wie ein Raumvergrösserer. Nichts Überflüssiges soll die Nachtruhe stören.

Auch das Wohnzimmer scheint vor allem ein Ruheraum zu sein, mit dem grossen Sofa, ein paar Kissen für Kopf und Fuss. Hier wird ausgiebig gechillt. Aber ach, der edle Tisch ist etwas gar an die Wand und in die Ecke gedrückt! Wenn Gäste kommen, muss umgebaut werden, aber vermutlich steht hier sowieso nicht dauernd Besuch vor der Tür. Geselligkeit und Sozialleben finden wohl auswärts statt. Auch von Arbeit sieht man hier keine Spuren, es sei denn, der Laptop auf dem Tisch genüge fürs Homeoffice.

Die ganze Wohnung wirkt wie ein Raum für Rückzug und Entspannung. Profanes Alltagszeugs bleibt draussen oder ist irgendwo in den Tiefen eines nicht sichtbaren Schrankes verstaut.

Die Küche macht einen recht lebendigen Eindruck, allerlei steht hier herum, sogar ein kleines Weinlager ziert das Buffet. Mit frischem Gemüse und Kräutern ernährt man sich gesund und bewusst. Aber das Brutzeln und Schmoren – wird das effizient und clean von der multifunktionalen Kochmaschine erledigt?

Überhaupt scheint die Bewohnerin eine strukturierte, effiziente Einzelperson zu sein, die ihr Leben im Griff hat, sorgfältig plant und gestaltet. Vielleicht hat sie auch einen entsprechenden Beruf und arbeitet in der Finanzwelt oder der Versicherungsbranche? Eine Managerin, die Privates und Berufliches gut zu trennen weiss? Ihren Alltag managt sie jedenfalls gut und geniesst ihren Feierabend gerne für sich.

**Der Innenarchitekt****Jörg Boner**

Auf dem Bett gegenüber scheint eine rote Tasche auf den nächsten Ausflug zu warten. An der Wand hängt ein Bild. Die Farbe Wasserblau herrscht vor. Der Bettbezug hüllt ein dünnes Sommerduvet in der gleichen Farbe ein. Das fahle Blau und die weissen Wände definieren den Raum. Das Bett liegt auf einem Unterbau, Beine hat es keine. Der Spiegel gegenüber zeigt Kissen, die ausserhalb des Bildes liegen. Eigentlich sollte man sie nicht sehen, aber man sieht sie doch.

Im Wohnzimmer eine ähnliche Szenerie. Eine Fernbedienung liegt, wie am Abend liegengelassen, auf einem dünnen Baumwolltuch. Wo eine Fernbedienung liegt, da müsste irgendwo ein Bildschirm vorkommen. Er befindet sich ausserhalb des Fotoausschnitts. Bestimmt hängt der flache LCD-Bildschirm in grossem Format dem Sofa gegenüber an der Wand.

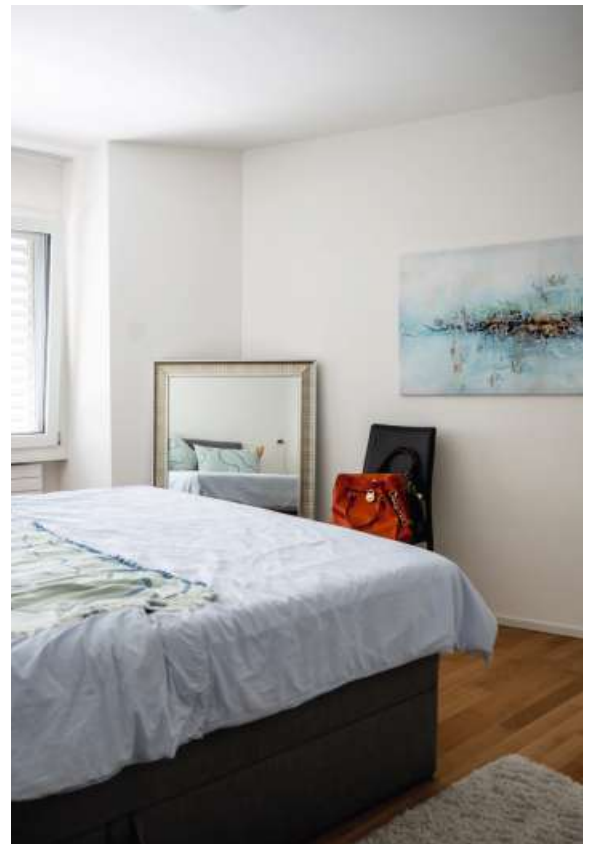
Wieso eigentlich liegt ein Tuch auf dem gepolsterten Sitzmöbel? Ist es zu heiss in diesen Tagen? So heiss, dass der grob karierte Möbelstoff an den nackten Beinen kratzt? Oder ist das Tuch eher ein Schutz, um das Sofa ewig neu zu belassen und ihm keine Patina zugestehen zu müssen? Auch im Wohnzimmer ein Spiegel. Hoch montiert, mit Einblick von unten, spiegelt er die weisse Zimmerdecke.

Spiegel vergrössern den Raum, sagt man. Die Wohnung scheint nicht allzu gross zu sein. Dem Esstisch wird nur wenig Platz zugestanden. Er wird vom Sofa dominiert. Es ist nicht einfach, sich vorzustellen, wie man mit Gästen an diesem Tisch sitzen will. Ein Blick in die Küche zeigt Geräte, die sich bestens eignen, um aufwendige Gerichte zu backen oder zu kochen. Ein paar Weine liegen zur Begleitung bereit. Da müssten eigentlich hin und wieder Gäste vorbeikommen. Hinter dem Sofa aber sitzen sie wohl kaum.

Auch durch die Küche scheint so etwas wie eine Mittelachse zu verlaufen. Die Dinge stehen sich gegenüber, so wie in den anderen Räumen. Auf der linken Seite glänzen die Einbauten mit Glastürchen und Schubladen, die an andere Zeiten erinnern. Rechts des Fensters hingegen brilliert die Schweizer Standardküche, sauber geputzt und aufgeräumt. Gut vorstellbar, wie es hier aussieht, wenn sie in Gebrauch ist.

In dieser Wohnung scheint ein zurückhaltender, eher scheuer Mensch zu wohnen. Die Tasche gehört vielleicht einer Frau. Wohnen tut sie dezent, unscheinbar fast. Persönliche Zeichen sind kaum erkennbar. Wird die Wohnung vielleicht möbliert vermietet? An jemand mit nur kurzer Aufenthaltsdauer, schon auf dem Sprung zur nächsten Bleibe? Aber mit wem trinkt sie die Weine?

**Auflösung auf der übernächsten Seite.**



- o. Wie sitzt man mit Gästen am Wohnzimmertisch?
- l. Die Schweizer Standardküche ist sauber geputzt und aufgeräumt.
- r. Nichts Überflüssiges im Schlafzimmer.



«Ein Blick aufs Wasser, und alles ist gut»: Maria Raubo.

## Maria Raubo, 47 Kosmetikerin

«Wenn ich auf meiner Terrasse sitze und auf den Vierwaldstättersee schaue, fühle ich mich wie in den Ferien. Ich arbeite gleich gegenüber im Hotel Waldstätterhof in Brunnen als Kosmetikerin und Masseurin. Es wohnen einige Hotelmitarbeiter in diesem Haus. Im ersten Stock hat es auch Personalzimmer.

Vor Corona habe ich in Zug auch noch einen eigenen Kosmetiksalon aufgebaut. Der Zeitpunkt war etwas schwierig. Aber wer wusste das schon. Allmählich wird es. Es braucht Geduld.

Geboren und aufgewachsen bin ich in Warschau. Der Unterschied zwischen Warschau und Brunnen ist gigantisch, selbst Zürich ist für mich noch eine kleine Stadt im Vergleich zu Warschau mit vier Millionen Einwohnern. Seit dem Krieg kamen fast eine Million Ukrainer dazu. Warschau verändert sich rasch. Wenn ich nur ein Jahr nicht dort bin, erkenne ich es kaum wieder. In der Schweiz ist das anders. Hier bleibt alles gleich. Über Jahrzehnte.

Ich kam 1999 in die Schweiz. Meinen Ex-Mann, einen Polen, lernte ich bereits in Warschau kennen – er arbeitete aber in der Schweiz, darum zog ich nach der Geburt unseres Sohnes zu ihm nach Gattikon in Zürich. Es war eine schwierige Zeit für mich. Ich konnte die Sprache nicht, hatte keine sozialen Kontakte. Es dauerte viele Jahre, bis ich mich aus der Wohnung wagte. Ich bin ein herzlicher Mensch, aber ich war jung und unsicher. Deutsch lernte ich erst später durch Gespräche mit netten Leuten. Ich mag es, mit Menschen zu kommunizieren, mir ihre Sor-

gen und Nöte anzuhören. Offenheit ist wichtig in meinem Beruf, darum habe ich ihn gewählt. Wenn ich helfen kann, dass sich jemand besser fühlt in seiner Haut, freut mich das. Ich lackiere auch Männernägel und enthaare Männerbeine.

Ich wohne hier seit drei Jahren. Die Wohnung ist 55 Quadratmeter gross und hat 2,5 Zimmer. Einige meiner Möbel fand ich auf Internetplattformen, das ist praktisch, nicht teuer, und wenn sie mir nicht mehr gefallen, verkaufe ich sie wieder. Schade ist, dass ich in meiner kleinen Wohnung nicht genügend Platz für meinen schönen Esstisch habe, der steht einfach so an der Wand. Ein grosszügiges Wohnzimmer wäre ein Wunsch von mir und eine offene Küche, da ich gerne koche. Gemüse mit Fleisch. Suppen. Polen lieben Suppe. Ich kann jede kochen. Typisch ist zum Beispiel Salzgurkensuppe mit Kartoffeln – oh, das schmeckt. Salzgurken bekommt man in der Schweiz leider nicht, darum esse ich sie in Warschau, wenn ich meine Geschwister besuche.

Ich habe vier Geschwister, mit meinen drei Schwestern bin ich eng verbunden, mit dem Bruder weniger. Wir lebten zu siebt in einer Dreizimmerwohnung. Vor vierzig Jahren war das in Polen normal. Als Kind braucht man nicht viel Platz. Natürlich gab es auch Streit, das gehört dazu. Meine Mutter war sehr ruhig und ist nie explodiert, da bin ich schon etwas impulsiver. Mein Vater war immer bei der Arbeit in der Bäckerei, den sah ich selten.

Während des Kommunismus war die Welt vor uns verborgen, es gab kaum Spielsachen, aber die brauchten wir auch nicht. Als die Wende 1989 kam, war ich noch ein Kind. Für meine Eltern war es schwierig, vor allem die Inflation. Im Kommunismus verlor meine Mutter ihr Elternhaus, als der Staat es ihr wegnahm. Mein Vater erlitt früh einen Hirnschlag. Zehn Jahre pflegte ihn meine Mutter zu Hause, bis zu seinem Tod. Sie starb mit 66 Jahren an einem Herzinfarkt.

Ich habe Glück, Geschwister in Warschau zu haben. Aber einfach mal abends mit ihnen zusammensitzen geht leider nicht. Das fehlt mir.

Ich hätte gerne einen ehrlichen Mann an meiner Seite. Das ist gar nicht so einfach. Wenn ich von Freundinnen höre, wie schwierig es ist, jemanden kennenzulernen, der es ernst meint, verzichte ich lieber auf ein Dating-Portal. Was ich suchen würde? Einen Partner, der wie eine Freundin ist, nicht zu dünn, nicht zu jung und nett. Viele Männer in der Schweiz sind etwas verschlossen und denken, Frauen aus dem Ostblock wollten nur ihr Geld.

Wenn ich morgens vor der Arbeit noch Zeit habe, gehe ich kurz in den See, um ein wenig zu schwimmen. Aber nur schon auf der Terrasse zu sitzen und auf den See zu schauen ist Glück. Ein Blick auf das Wasser, und alles ist gut.»

Aufgezeichnet von *Guðrun Sachse*.  
Bilder: *Daniel Winkler*.

## 6 MENSCHEN, 200 MÜCKEN

### Werden manche Leute häufiger gestochen als andere? Ja! Der Körpergeruch ist entscheidend.



Das silberne Rohr hinter dem Zelt leitet den Körpergeruch des Schlafenden in das Haus mit den Mücken.

Julien Adam

In Macha, im Hinterland von Sambia, steht ein rätselhaftes Gebäude: Ein Wellblechdach überspannt einen zwei Tennisplätze grossen Betonboden. Anstelle von Wänden grenzt ein feinmaschiges Gitter den Innenraum ab. Die einzigen Menschen, die man hin und wieder abends dort sehen kann, öffnen in der Mitte des Raums einen Behälter und rennen dann, so schnell sie können, zum Ausgang. Doch das skurrilste Detail sind die acht flexiblen Rohre – je zwei an jeder Seite –, die aus dem Innenraum zu Einzeltelten in zwanzig Metern Entfernung führen. Ein Campingplatz für acht Einzelgänger?

Die Idee für diesen seltsamen Aufbau hatte der Parasitologe Conor J. McMeniman von der Johns Hopkins University in Baltimore, USA. McMeniman interessiert sich dafür, wie die Mücke *Anopheles gambiae*, die Malaria übertragen kann, ihre Opfer findet. Dieses Wissen kann helfen, die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen.

In Laborversuchen wurde schon oft erkundet, auf welche Signale die Insekten reagieren. Der riesige Käfig, der 2020 gebaut wurde, soll nun zeigen, ob sich die dabei gewonnenen Erkenntnisse auch in einer lebensnahen Umgebung bewahrheiten. In Sambia leitet McMenimans Student Diego Giraldo die Experimente. Er stammt aus Kolumbien, «wo es sehr viele Mücken gibt», die sehr viele Krankheiten verbreiten, wie er erzählt. Das war denn auch seine Motivation, die Überträger von Malaria zu erforschen.

Bisherige Studien haben gezeigt, dass die Mücken beim Anflug die Körperwärme, den Körpergeruch und das Kohlendioxid aus der Atemluft als Navigationshilfe benutzen (das Licht spielt bei

Mücken keine Rolle). Diese drei Elemente stehen auch bei den Versuchen in Sambia im Zentrum.

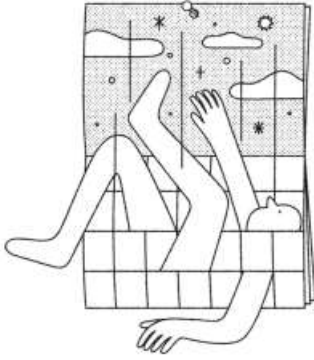
Die Vorbereitungen für die Experimente, die in Zusammenarbeit mit dem Macha Research Trust durchgeführt werden, beginnen jeweils morgens um acht, wenn in der Insektenzucht des Forschungsinstituts 200 weibliche Mücken auf Diät gesetzt werden: Von nun an erhalten sie kein Zuckerwasser mehr – ihre Nahrung, wenn kein Blut verfügbar ist. Zwölf Stunden später werden die mittlerweile sehr hungrigen Tiere im Riesenkäfig freigelassen, während die Probanden mit geruchsneutraler Seife duschen und in ebenfalls geruchsneutrale Spitalkleider schlüpfen.

Die eigentlichen Experimente mit den nachtaktiven Mücken beginnen um 22 Uhr. In einem im Frühling 2022 durchgeführten Versuch begaben sich um diese Zeit zum Beispiel sechs Probanden, die nach nichts ausser sich selber rochen, in die Zelte. Die verbleibenden zwei Zelte blieben leer. Ventilatoren pumpten den Körpergeruch samt der mit Kohlendioxid angereicherten Atemluft in die langen Rohre, die in den Riesenkäfig führen. Die Distanz von zwanzig Metern ist nötig, damit sich kein Mensch – und damit keine riechende Störquelle – den Mücken nähert, wenn ein Versuch läuft. Im Käfig enden die Rohre jeweils bei einer Aluminiumscheibe, die auf Körpertemperatur erwärmt wird.

Die Luft aus den Rohren lockte die Mücken sofort an. Sie konnten allerdings nicht ins Rohr fliegen, denn deren Ende ist mit einem Mückennetz blockiert. Also steuerten sie die warmen Aluminiumscheiben an, wo Infrarotkameras ihre Landungen registrierten. «Sie versuchten zu stechen, aber merkten, dass es aussichtslos war, und flogen wieder weg», sagt Giraldo. Allerdings kamen sie immer wieder. Die Kameras erfassten in einer Nacht über tausend Landungen der zweihundert Mücken.

Die Versuche zeigten, dass die Mücken auch im durchlüfteten Riesenkäfig die Quelle von Körpergeruch und Kohlendioxid ausmachen konnten. Auf den zwei Alu-Scheiben, bei denen aus den Rohren kein Körpergeruch strömte, landeten kaum Tiere. Und sie mochten auch nicht alle Menschen gleich gern. Der Geruch von Proband 3 führte zu über 30 Prozent der Landungen, während jener von Proband 2 weniger als 10 Prozent auslöste. Eine Analyse zeigte, dass der Geruch von Proband 3 reich an Isobuttersäure war, während Proband 2 viel Eucalyptol ausströmte, was den Mücken offenbar nicht gefiel. Dass Menschen für Mücken unterschiedlich attraktiv sind, ist also kein Mythos. In neuen Versuchen will Giraldo herausfinden, wie dieser Unterschied mit der Nahrung, dem Erbgut und den Mikroorganismen auf unserer Haut zusammenhängt.

Auch Diego Giraldo hat übrigens seinen Körpergeruch schon der Wissenschaft gespendet. Obwohl die Versuche nur drei Stunden dauern, blieb er bis am Morgen liegen: «Die Zelte sind sehr bequem.»



## DIE REKLAMATION

Der Sommer war vorüber, und die schönsten Spätsommertage hätte ich beinahe mit lästigen Vorbereitungen für den nahenden Winter vertan. «Immer leben wir auf die Zukunft hin», dachte ich mir, «selbst in diesen schönsten Spätsommertagen. Nun aber – carpe diem!»

Um also auch im Spätsommer noch den einen oder anderen Abend im Freien verbringen zu können, bestellte ich einen Parka mit Futter von isländischen Eiderentendaunen, responsibly sourced, in einer Synthetikfaserhülle aus zu hundert Prozent rezyklierten Altsohlen, nebst einer – dank originalen Treibholz-Buttons – einknöpfbaren Kapuze mit Echtfellbesatz; dieser stammte gemäss Zertifikat von schonend geschlachteten, freischwimmenden und ausschliesslich mit veganen Fischölkapseln ernährten Grönlandrobben aus Mildfang an den Ufern von Tuwit Tuhu. Der als innovativ angepriesene «Teflon-Finish» wärmte schon durch die blosser Assoziation mit der Pfannenbeschichtung, und die verheissene «kompromisslose Performance» schmeichelte meinem inneren Machertypen, der im Körper eines Couch-Potatos steckte.

Obwohl ich bei einer schwedischen Fair-Trade-Firma namens Casum® bestellt hatte, traf die Daunenjacke per Paket aus China ein. Meine Sorge, dass Fell und Futter eventuell doch nicht von isländischen Eiderenten und freischwimmenden Grönlandrobben stammen könnten, erwies sich jedoch als unbegründet, denn – Daunenfutter und Pelzkapuze fehlten gänzlich; sie erreichten mich just, als ich die Rück-

sendung vorbereitete, in separaten Paketen, was mich vollends stutzig machte: Zur Anbringung der Kapuze fehlten mehrere Knöpfe, vor allem aber war mir unklar, wie ich die Daunen ins Innere des Anoraks einspeisen sollte.

Da Casum® eine «rund um die Uhr und an jedem Tag im Jahr komfortabel per Chat erreichbare Kundenkommunikation» versprach, öffnete ich das entsprechende Fenster. Hier wurde zunächst von mir verlangt, mich als Mensch zu identifizieren – ohne jegliche Frage und ohne Bilderätsel oder Eingabefeld. Kurz musste ich belächeln, dass diese sinnlose Aufgabe Abbild der grotesken Vergeblichkeit aller menschlichen Selbstbehauptungen und somit gewissermassen zugleich die Lösung war.

Nachdem ich aber ohne jeden Erfolg herumgeklickt und auf der Tastatur herumgetippt hatte, brach ich in lautes Fluchen aus. Daraufhin leuchtete auf dem Monitor merkwürdigerweise kurz ein Audio-Symbol auf – und ich wurde zum Chat weitergeleitet, wo man mir ohne jegliche Wartezeit antwortete; mein Gesprächspartner reagierte auf meine Beschwerde zwar höflich, aber nicht besonders informativ. Ich sagte: «Mein Anorak ist leider defekt.» Der Computer antwortete: «Ich verstehe. Leider ist Ihr Anorak defekt. Ich freue mich, dass ich Ihnen helfen konnte. Haben Sie weitere Fragen?»

Immerhin konnte ich den Chatbot dazu überreden, eine Anleitung für die Rücksendung der Ware zu liefern. Hierzu existierte eine Online-Maske, welche jedoch die Eingabe einer individuellen Warennummer verlangte, die ausschliesslich verifizierten Nutzern angezeigt wurde; der Verifikationsvorgang seinerseits setzte eine Authentifizierung mittels einer an meine Telefonnummer verschickten PIN voraus, die wiederum nur über eine Verschlüsselungs-App aufgerufen werden konnte, welche durch Auflegen eines NFT-fähigen Ausweises entsperrt werden musste, dessen Erteilung nach Angabe der entsprechenden Infoblattes bis zu drei Monate in Anspruch nehmen würde.

Da der Tag über meinen Recherchen vergangen und es für die Telefonhotline inzwischen zu spät geworden war, schilderte ich meine Situation in

einer Nachricht an den Kundendienst. Die Antwort liess auf sich warten. Man hatte sich meiner Sache wohl endlich angenommen, diese möglicherweise an die nächsthöhere Stelle verwiesen, ja vielleicht schon einen Neuversand nebst einer Kulanzleistung vorbereitet ... Zehn Tage später erhielt ich die Mitteilung, dass meinem «Vorgang» die Nummer 11.593-600 zugewiesen worden sei und dass man mich «zeitnah kontaktieren würde».

Jetzt wollte ich mich über diese unsägliche Behandlung beschweren und versuchte online ein Reklamationsformular auszufüllen, das jedoch regelmässig beim letzten der annähernd fünfzehn sukzessiven Schritte tückisch abstürzte. Indem ich endlich in alle freien Felder «Das Formular funktioniert nicht!» eingab, konnte ich zwar sämtliche Schritte absolvieren, erhielt jedoch nichts als die Meldung: «Wir können Ihre Reklamation nicht erfassen, weil diese Art der Reklamation nicht vorgesehen ist.»

Zuletzt blieb mir nur ein Weg: die telefonische Kundenbetreuung. Zum Glück existierte ein Rückrufservice mit dem vielversprechenden Namen «Re-Bello-Phon»: Um eine Rückrufanfrage zu hinterlassen, war eine Servicenummer zu kontaktieren. Ich hing fest in der Warteschleife; stellte mir vor, wie der Spätsommer verging, ebenso der Herbst, bald darauf auch der Winter, und mit ihm mein Bedürfnis nach einem Anorak. Die Sinnlosigkeit meiner Betätigung, die Nutzlosigkeit all meines Leids anerkennend legte ich auf – und bestellte mir einen leichten Leinenanzug mit atmungsaktiver Nanobeschichtung aus der Borke tunesischer Biojuben.



## LIEBE ADISBEL FADY

Adisbel Fady – dein Name ist etwas ganz Besonderes für uns, niemand hier heisst so wie du. Dein Vater Cristóbal hat diesen Namen ausgewählt. Mit seinem Telefon hat er das Internet durchsucht und ihn gefunden. Wir kennen die Bedeutung des Namens nicht, aber uns beiden gefällt er sehr.

Ich muss dir etwas gestehen: Ich erschrak, als ich merkte, dass ich mit dir schwanger bin. Es war anders als beim ersten Mal mit deinem Bruder. Diesmal machte ich mir Sorgen. Wie werden wir das schaffen? Wir haben kein eigenes Haus, kein eigenes Land.

Dein Vater und ich stammen aus dem Dorf Ankawi im Andenhochland Boliviens. Weil es dort keine Schule gibt, sind wir vor einigen Jahren nach Maragua gezogen. Hier haben wir ein einfaches Haus zum Mieten gefunden. Wir wohnen alle im gleichen Raum, die Küche ist draussen, die Latrine etwas weiter weg vom Haus. Weil wir in Maragua wohnen, könnt ihr Kinder die Schule besuchen. Während der Woche kümmere ich mich allein um dich und deine drei Geschwister. Dein Vater kommt nur am Wochenende nach Hause und lebt die übrige Zeit in der Bezirkshauptstadt Ocurí. Er hat dort bessere Möglichkeiten, als Bauarbeiter Arbeit zu finden.

Die Schwangerschaft war streng. Ich hatte viele Schmerzen und konnte oft nicht schlafen. In der

Schwangerschaftskontrolle sagten sie uns, dass die Geburt schwierig werden könnte. Unsere ersten drei Kinder brachte ich zu Hause zur Welt, diesmal gingen wir ins Gesundheitszentrum. Es war eine gute Entscheidung, wir wurden liebevoll betreut. Am 2. Februar dieses Jahres hast du uns mit deiner Geburt beglückt. Dein Vater Cristóbal freute sich sehr, obwohl er gerne einen weiteren Sohn gehabt hätte. Er weiss, dass Frauen im Leben mehr Gefahren ausgesetzt sind.

Unsere wirtschaftliche Situation ist nicht leicht. Trotzdem werden wir auch dir Schulmaterial bezahlen. Denn auch du sollst zur Schule gehen können und eine gute Bildung bekommen mit ordentlichem Schulabschluss. Ich bin nur bis in die dritte Klasse zur Schule gegangen, dein Vater bis zur sechsten.

Was, wenn du einmal Pflegerin oder gar Ärztin werden würdest? Das wünsche ich mir für dich. Nicht, weil du dann gut verdienen würdest, sondern damit du lernst, für andere zu sorgen. Du sollst ein guter Mensch werden, respektvoll, liebevoll und herzlich. Eine Person, die gute Prinzipien und Werte hat. Damit du uns und unserem Dorf Ehre machst.

Adisbel Fady, all die Schmerzen während der Schwangerschaft sind jetzt vergessen. Jetzt kommen neue Sorgen: Was, wenn du als Jugendliche mit Alkohol, Drogen oder Prostitution in Kontakt kommst? Wirst du stark genug sein, um nicht in solche Kreise hineingezogen zu werden? Ich werde dir erklären, welchen Gefahren junge Menschen vor allem in der Stadt ausgesetzt sind. Und welchen Schaden sie für ihr ganzes Leben nehmen können, wenn sie nicht aufpassen. Ich hoffe, dass du auf deine Mutter hören wirst. Wir werden dich nicht allein in die Stadt ziehen lassen, du sollst hier in unserem Dorf bleiben. Hier bist du sicher.

Herzlich, deine Mutter Ofelia Manrique

Aufgezeichnet von *Emile Stricker*

<b>Bolivien</b>	
Kinder pro Frau:	2,65
Kindersterblichkeit bei 1000 Geburten:	35,5
Adisbel Fadys Lebenserwartung:	67,9 Jahre
Analphabetismusrate:	6 Prozent



### «ICH WUSSTE NICHT, DASS MICH BÜCHER SO ZUM LACHEN BRINGEN»

Die Moderatorin Gülsha Adilji hält die Twilight-Saga für überschätzt und würde vielen Leuten gerne Bücher aufs Kopfkissen legen.

### Das Buch, das unerwartet zu meiner Lieblings-Sommerlektüre wurde.

Bill Kaulitz, den ich in meiner Teenagerzeit nur am Rande als Leadsänger von Tokio Hotel mitbekommen habe, hat in seiner Biographie «Career Suicide» (2021) mein Herz im Sturm erobert. Ich war nie Tokio-Hotel-Fan, aber nach diesem Buch bin ich überzeugt davon, dass Bill und ich dazu bestimmt sind, beste Freunde zu werden.

### Das Buch, das mich die meisten Tränen kostete.

Keine andere Geschichte machte mein Herz so schwer wie «Das Ende der Einsamkeit» (2016) von Benedict Wells. Die Geschichte um drei Geschwister, die den frühen Tod ihrer Eltern bewältigen müssen, ist eines meiner Lieblingsbücher.

### Die Bücher, bei denen ich Bauchschmerzen bekomme vor Lachen.

Bis ich die Werke des deutschen Drehbuchautors und Schriftstellers David Safier kennengelernt hatte, wusste ich nicht, dass mich Bücher so zum Lachen bringen. «Mieses Karma» (2007) über eine als Ameise wiedergeborene Moderatorin oder «Miss Merkel» (2021) über Angela Merkel als Amateurdetektivin in der Uckermark machen derart gute Laune, dass man vergisst, wenn der Sommer-

urlaubs-Flirt seit drei Tagen nicht mehr auf die Whatsapp-Nachrichten antwortet.

### Das Buch, das ich am häufigsten weiterempfohlen habe.

«Raus aus Schema F» (2017) von Gitta Jacob habe ich vielen Menschen empfohlen, am häufigsten wahrscheinlich meinem Freund, das heisst, ich habe es penetrant neben oder manchmal auf sein Kopfkissen gelegt. Im Buch werden die Grundlagen der Schematherapie erklärt, was Innere-Kind-Anteile sind oder weshalb wir dem inneren Richter nicht alles glauben sollen. Aufgrund dieses Buches habe ich meine Vorbehalte gegenüber Therapien abgelegt und mich von meinem Freund getrennt.

### Das Buch, das ich nicht weglegen konnte.

«Die vier Versprechen» (2001) von Don Miguel Ruiz hat mich begeistert und mir geholfen, viele komplizierte Gefühle, die manchmal in mir brodeln, aus einer anderen Perspektive zu sehen. Genau wie «Raus aus Schema F» würde ich es gerne allen neben oder noch lieber auf das Kopfkissen legen.

### Die Buchreihe, die ich für am meisten überschätzt halte.

Den Hype um die Twilight-Saga (2005–2020) kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, im Gegenteil: Ich habe mich um meine Zeit und mein Geld betrogen gefühlt und die Welt nicht mehr verstanden. Ich wollte natürlich den Trend mitmachen und habe mir die Vampirgeschichten gekauft. Die Bücher sind aber so schlecht geschrieben, dass ich nicht weiter als auf Seite 30 des ersten Buches kam.

### Das Buch, das ich endlich gerne fertiglesen möchte.

An Robert Sapolskys «Gewalt und Mitgefühl» (2017) kaue ich schon seit über einem Jahr herum. Das Schlimme ist: Wenn man es weglegt, muss man praktisch wieder von vorne anfangen. Für das Buch des bekannten Affenforschers braucht man mindestens zwei Monate Urlaub, aber es ist unglaublich faszinierend und erklärt, wieso wir Menschen so sind, wie wir sind.



### REISEBLOGS: NEIN, SO GENAU MÖCHTE ICH ES NICHT WISSEN

Wir leben in einer Zeit, in der die Menschen lieber senden als empfangen. Das hat unangenehme Folgen, zum Beispiel Reiseblogs. Selbstverständlich ist es schön und jedermann unbenommen, eine Reise zu unternehmen. Langzeitpaare nutzen das «Around the world»-Ticket gerne als Möglichkeit, der Beziehungs-lange-weile kurz zu entfliehen, bevor Kinder sie für die nächsten zwanzig Jahre in eine Genossenschaftssiedlung am Stadtrand zwingen.

Während des kleinbürgerlichen Abenteuers fern ihres gewohnten sozialen Umfelds entwickeln viele Leute leider den Drang, ihren Freunden und Verwandten davon zu berichten. Dazu erstellen sie einen Blog, auf dem sie aufdringlich oft und aufdringlich genau über ihre Erlebnisse schreiben. Weil wenige der Reisenden brillante Autoren oder Reporterinnen sind, bauen sie diese Einträge immer gleich falsch auf: nämlich chronologisch anstatt als kleine Geschichte mit einem Höhepunkt.

Die Abhandlungen beginnen also damit, wie sie in ihrem Zelt erwacht sind, weil es draussen so heiss war, danach geht es weiter mit von Insektenstichen geplagten Körperstellen, die Blogger erzählen, wie sie den Gaskocher bedienen, wie lange sie auf den Bus warten, weil halt im Ausland alles «ein bisschen chaotisch» ist, und beenden jeden Tag mit demselben Fazit: wie «bereichernd» diese ganze Erfahrung doch sei, besonders auch «der Einblick in andere Kulturen», der «Austausch mit anderen Menschen». die «ehrlichen Begegnungen».



Angereichert sind die Einträge mit unscharfen Handybildern, die durch Busscheiben fotografierte Landschaften zeigen, unbekannte Gebirgszüge, entblösste Schultern, verbrannte Gesichter, exotisches Essen und bunte Cocktails, Einheimische vor Hütten, hinter Marktständen, Touristen in irgendeiner Bar.

Das Problem dieser Blogs: Was für jene, die gerade ihre Tage in Costa Rica, Island oder auf Bali verbringen, hochaufregend sein mag, ist für die anderen, die in ihren Büros und Stuben in Zürich, Emmen oder Lenzburg sitzen, maximal weit weg und für ihren Alltag irrelevant.

Wer nach der Arbeit ohnehin hart zwischen Family-Time und Kletterhalle, zwischen Freunden, Dating-Portalen, Nachrichtenseiten, Podcasts und Netflix-Serien selektionieren muss, mag kaum noch das Abschwellen der Stiche seiner Cousine in Echtzeit mitverfolgen. Zumal der Link zum Reiseblog längst in irgendeiner WhatsApp-Gruppe oder im E-Mail-Posteingang nach unten gerutscht ist.

Das rächt sich dann spätestens beim Wiedersehen nach ein paar Monaten, wenn man entwaffnend ahnungslos fragt und eine vorwurfsvolle Antwort erhält: «Du hast ja sicher gelesen, dass sich Noah am Tag 54 während einer Expedition nach Machu Picchu den Knöchel verstaucht hat?»

Ich sehne mich in solchen Momenten nach knappen Postkarten zurück. Ist der Sinn einer solchen Reise nicht, Distanz zu gewinnen, die Aufmerksamkeit auf das Fremde zu richten oder auf sich selbst – ohne allen ständig alles mitzuteilen? Und wären die Geschichten, die man den Daheimgebliebenen nach seiner Rückkehr erzählt, dann wirklich gut – weil man weiss, was bleibt?

Zum Glück werden Blogs gerade von Bildplattformen wie Instagram abgelöst, deren Nutzer ihre Einträge mit kurzen, nichtssagenden Hashtags versehen: #traveltheworld #bestoftheday #vanlife #citytrip #mytinyatlas. Oder, noch besser, sie posten sogenannte Storys, die rasch wieder verschwinden, und Videos auf Tiktok, die mich niemals erreichen werden.

Von Aline Wanner

## 26 FRAGEN ZU HUMOR UND WITZ



### WAS FÄLLT IHNEN LEICHTER: LACHEN ODER WEINEN?

Ist Humor etwas für Leute, die keinen Witz haben?

Warum sind Menschen, die von sich sagen, Humor sei «unheimlich wichtig» für sie, nie lustig?

Sex und Humor: eine zum Scheitern verurteilte Paarung?

Hat guter Humor immer eine direkte Verbindung zur Schwere unseres Lebens?

Ist Spassfabrikant das denkbar trostloseste Wort auf Erden?

Warum geht extreme Schönheit sehr oft mit absoluter Humorlosigkeit einher?

Ist Humor nie das Mittel von Leuten, die alles haben?

Welche Schulnote geben Sie Ihrem Humor – wenn Sie Schadenfreude und Lachen auf Kosten anderer abziehen?

Ist Humor ohne Intellekt zu haben?

Können Sie ausschliessen, dass menschliches Leid für Sie einen Unterhaltungswert hat?

Trennt die Menschen nichts so sehr voneinander wie der Lachanlass?

Nie fröhlich, mitunter lustig, in der Regel allenfalls zu amüsieren: Beschreibt Sie das?

Was fällt Ihnen leichter: Lachen oder Weinen?

Lachen Sie auch über sich oder immer über andere?

Können Sie sich selbst parodieren?

Können Sie einen Menschen ernst nehmen, der keinen Humor hat?

Findet jeder den Sinn für Humor, den er hat – oder nicht hat – völlig in Ordnung? Und hat deshalb noch nie ein Mensch über sich gesagt, er habe keinen Sinn für Humor?

Ist Witz wirklich die Kultivierung einer Aggression, wie Freud behauptet?

Welcher Schmerz steckt hinter Ihren Scherzen?

Macht es Ihnen keinen Spass, witzig zu sein?

Waren Sie in der Schule das witzigste Kind der Klasse, oder hatten Sie ein gesundes Selbstbewusstsein?

Ist Ironie die Verzweiflung der Klugen oder das Versteck der Feigen?

Ist Zynismus der Humor der Unglücklichen?

Ist ein Mensch, der sich scheut, lächerlich zu sein, auf eine unangenehme Weise lächerlich?

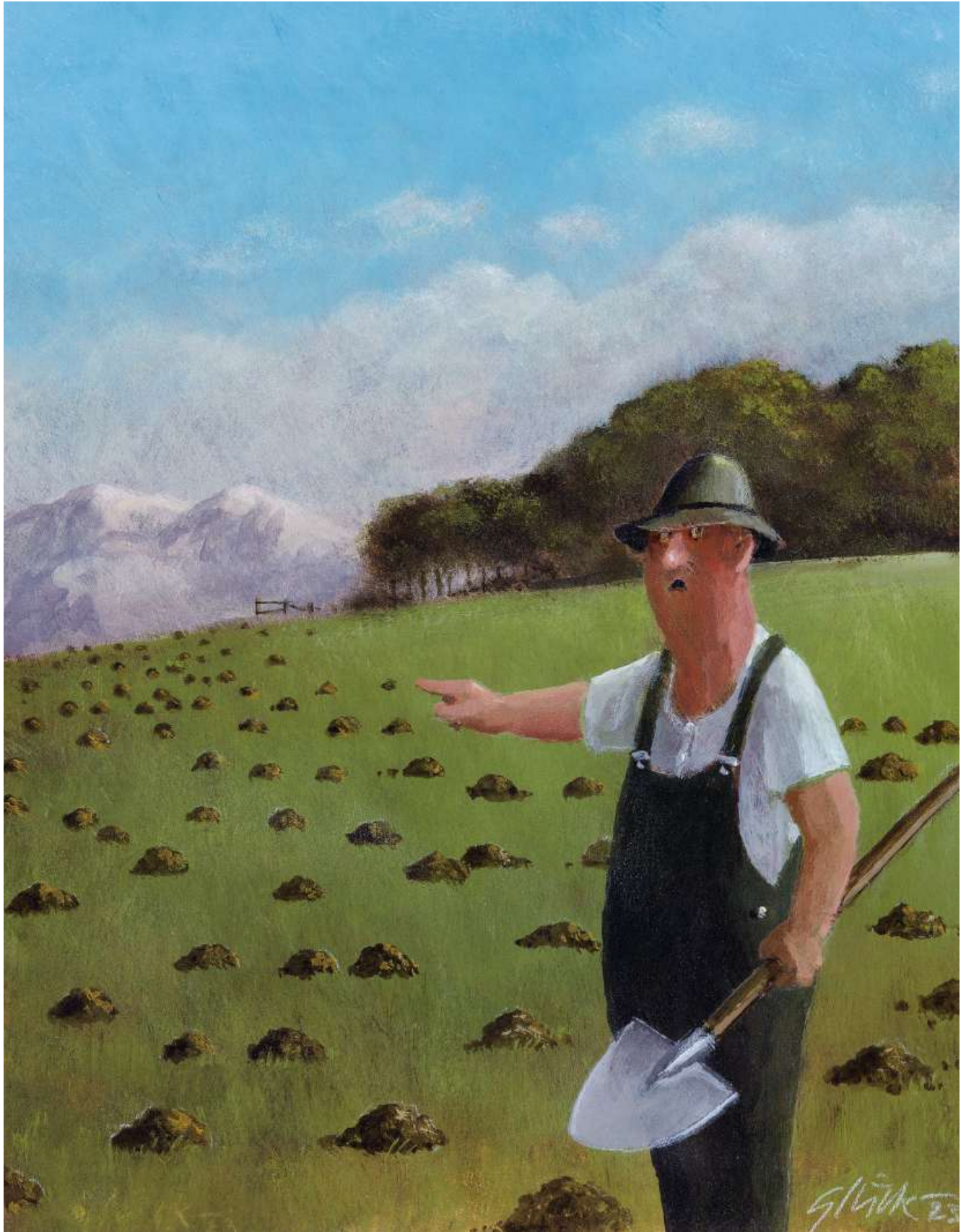
Ist es bloss Zufall, dass es für den wichtigsten Teil eines Witzes, die Pointe, kein deutsches Wort gibt?

Nachdem ein verheerender Grossbrand sein Dorf im Südosten Australiens verwüstet hatte, brachte ein Buchhändler an seinem Ladenfenster ein Schild mit der Aufschrift an: «Postapokalyptische Belletristik steht jetzt unter «Aktuelles Zeitgeschehen». Ist Humor am elegantesten, wenn er Schwarz trägt?

Von Sven Michaelsen

**Die Fragen im Netz**  
Leserinnen und Leser von NZZ Folio können die Fragen von Michaelsen online beantworten. Der QR-Code führt zum interaktiven Artikel.





AUCH BAUER HERMANN IST DER MEINUNG, DASS DER ZERSIEDLUNG  
DER SCHWEIZ EINHALT GEBOTEN WERDEN MUSSTE.

Montag,  
13. November 2023  
20.00–21.30 Uhr

Kaufleuten, Zürich

Tickets und  
Informationen:  
[nzz.ch/live](https://nzz.ch/live)  
+41 44 258 13 81



## Gespräche Karussell der Macht

Das Modell ist weltweit einzigartig: Seit Gründung des modernen Bundesstaats 1848 regieren sieben Personen die Schweiz. Wie entscheidet der Bundesrat? Und wie reagiert er auf Veränderungen? Bisher gelang es der Regierung, ein Land zusammenzuhalten, das aus 26 Kantonen, vier Sprachregionen, aus Bergdörfern und städtischen Wirtschaftsmotoren besteht. Aber ist der Bundesrat auch bereit für die Herausforderungen der Zukunft?

Lea Haller, Redaktionsleiterin «NZZ Geschichte», und Aline Wanner, Redaktionsleiterin «NZZ Folio», diskutieren im Jahr der eidgenössischen Wahlen mit alt Bundesrätin Doris Leuthard und dem Politologen Adrian Vatter über die Erfolgsmomente und Krisen des Schweizer Regierungssystems.



© Keystone



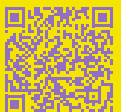
# Wahlkampf- Tour, 1961

Geschichte schreibt Gegenwart

Welche Regierung braucht die Schweiz? Abonnieren Sie jetzt das Magazin «NZZ Geschichte» inkl. der Ausgabe «Bundesrat», die am 28. September erscheint.

6 Ausgaben im Abo zum Spezialpreis von Fr. 68.60 (statt Fr. 98.-)

[go.nzz.ch/geschichte5](https://go.nzz.ch/geschichte5)



NZZ  
GESCHICHTE

Jetzt  
30% Rabatt  
aufs Jahresabo  
sichern



PATEK PHILIPPE  
GENEVE



DIE TWENTY~4 AUTOMATIK  
BEGINNEN SIE IHRE EIGENE TRADITION

PATEK.COM